

Bürgernahe Politik

Stopp der

Oliver Hidalgo:
Paradoxien demokratischer
Partizipation

Karl-Heinz Breier: Das
Verstehen, eine nicht
endende Tätigkeit

Torsten Oppelland: Viel
geschmäht und doch
unentbehrlich

Weitere Themen

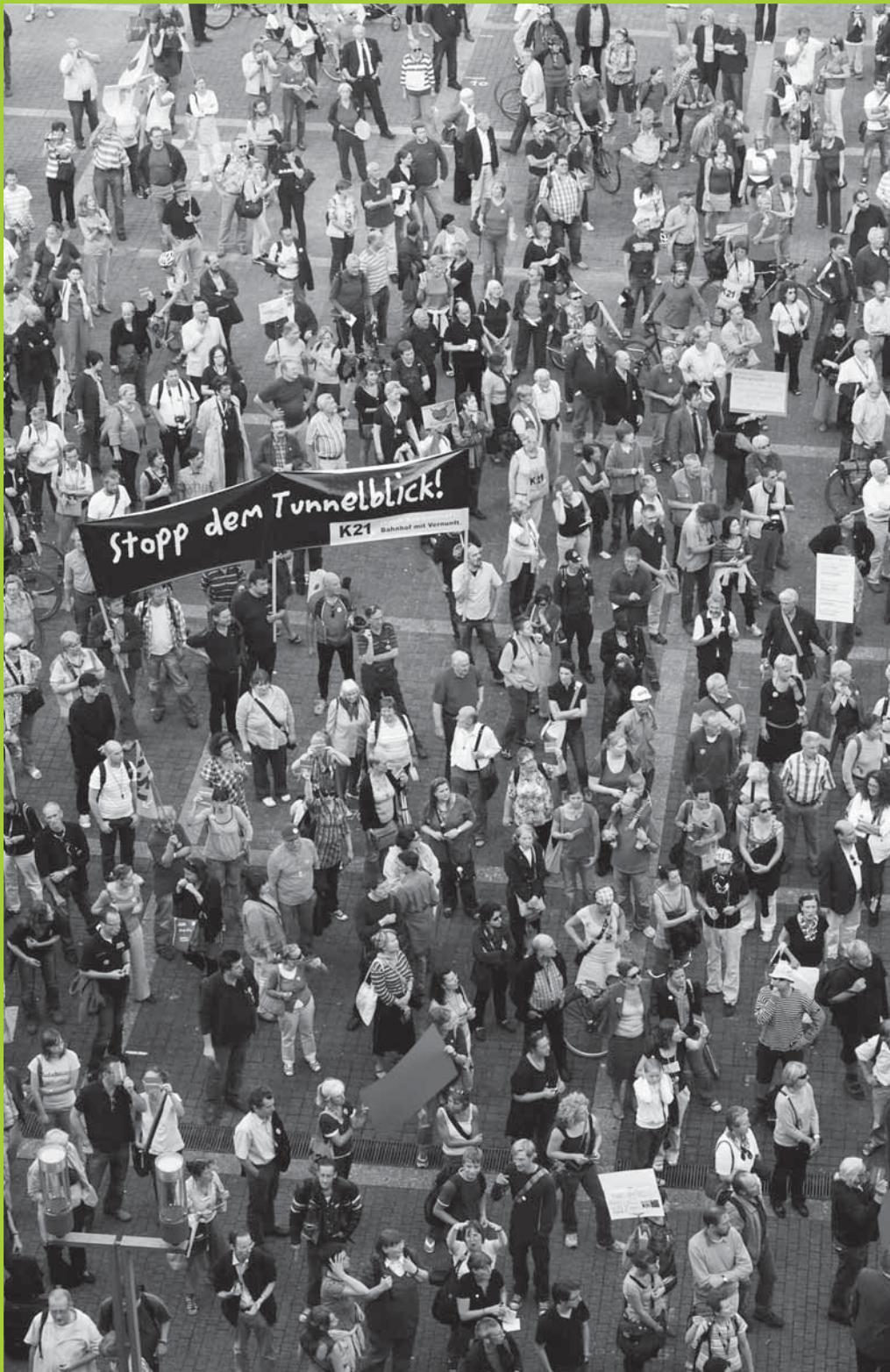
Leitbilder

Spiritueller Tourismus

ISSN 0341-7905 H 13528 57. Jahrgang

ERWACHSENBILDUNG
Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis

3 | 2011



THEMA

- 107 Oliver Hidalgo: Paradoxien demokratischer Partizipation. Alexis de Tocqueville und die Zivilgesellschaft
- 112 Karl-Heinz Breier: Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit. Zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung
- 116 Torsten Oppelland: Viel geschmäht und doch unentbehrlich. Parteien in der Demokratie

BILDUNG HEUTE

- 120 Aktive Bürger und bürgernahe Politik. Projekte der außerschulischen Szene
- 122 Nonformale Bildung ist gefragt. Europäische Diskussion zur Bildungspolitik
- 124 120 Jahre Rerum Novarum. AKSB würdigt Sozialenzyklika
- 125 Online-Medien gewinnen Bedeutung. Eine aktuelle Übersicht

AUS DER KBE

- 128 Dr. Hartmut Heidenreich: Jahr des aktiven Alterns und der Generationensolidarität 2012. Position
- 129 Erwachsenenbildung und der Dialog in der Kirche. KBE sieht Bildung als konstitutiven Teil der Pastoral

EUROPA

- 130 InfoNet wird neu aufgestellt. Vorerst keine EU-Förderung/Hohe Zahl von Nutzern
- 131 Wie kommt man auf die richtige Spur? Erfolgreiche Bildungsberatung am Beispiel Norwegens

UMSCHAU

- 132 Kurt Koddenberg: Leitbilder – notwendig oder überflüssig? Eine kritische Durchsicht von Leitbildern in der Weiterbildung

PRAXIS

- 136 Jan-Philipp Küppers: Community Organizing. Ein Bürgerinstrument für Deutschland?
- 138 Markus Schuck: Politik trifft Hartz IV. Auf dem Weg zu politischer Partizipation: Projekt des Nell-Breuning-Hauses
- 140 Marco Düsterwald: Transparenz für komplexe politische Themen. Politische Planspiele in der Erwachsenenbildung

MATERIAL

- 143 Michael Sommer: Bürger, wo seid ihr? Internetrecherche
- 144 Harald Schwillus: Spiritueller Tourismus in Thüringen. Das »Thüringer Informations- und Ausstellungszentrum« in Reinhardtsbrunn bei Gotha. Kulturfenster
- 147 Literatur zum Thema
- 150 Aktuelle Fachliteratur

EB Erwachsenenbildung



Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis
Heft 3 | 57. Jahrgang 2011 ISSN 0341-7905
Herausgegeben von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)
Vorsitzender: Dr. Bertram Blum
Redaktion/Beirat: Prof. Dr. Ralph Bergold, Bad Honnef; Prof. Dr. Johanna Bödege-Wolf, Osnabrück; Dr. Hartmut Heidenreich, Mainz (Vors.); Andrea Hoffmeier, Bonn; Prof. Dr. Judith Könemann, Münster; Prof. Dr. Tilly Miller, München; Dr. Wolfgang Riemann, Haselünne; Johannes Schillo, Bonn; Prof. Dr. Josef Schrader, Tübingen; Dr. Michael Sommer, Hamminkeln (verantw. Redakteur)

Anschrift: Joachimstraße 1, 53113 Bonn, Tel.: (02 28) 9 02 47-0, Fax: (02 28) 9 02 47-29

Internet: www.kbe-bonn.de, E-Mail: kbe@kbe-bonn.de

Bezugsbedingungen: Erwachsenenbildung erscheint vierteljährlich. Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag bezogen werden.

Einzelheftpreis: Inland 9,90 €, Ausland 10,40 € Bezugspreis jährlich: Inland 30,- € Vorzugsabo für Studierende 27,- €, Ausland 33,- € jeweils einschl. 7% MwSt., zuzüglich Versandspesen

Abbestellungen müssen spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements beim Verlag eingegangen sein; Jahresabonnements können nur zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Gerichtsstand ist Bielefeld, soweit das Gesetz nichts anderes zwingend vorschreibt.

Beiträge und Zuschriften sind an die Redaktion zu richten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte einschließlich Rezensionen wird keine Verantwortung übernommen. Sie gelten erst nach ausdrücklicher Bestätigung als angenommen. Namentlich gezeichnete Beiträge sind Meinungsausschüsse der Autoren und Autorinnen und keine Stellungnahme des Herausgebers oder der Redaktion. Ohne Aufforderung zugestellte Besprechungsstücke werden nicht zurückgesandt. Ihre Rezension liegt im Ermessen der Redaktion. Rezensionen: Johannes Schillo (schillo@t-online.de)

Verlag: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel.: (05 21) 9 11 01-0, Fax: (05 21) 9 11 01-79, E-Mail: service@wbv.de, Internet: www.wbv.de, Bankverbindung: Sparkasse Bielefeld, Konto 463, BLZ 48050161, Geschäftsführer: W. Arndt Bertelsmann, Anzeigen: sales friendly, Bettina Roos, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Tel.: (02 28) 9 78 98-10, Fax: (02 28) 9 78 98-20
Gesamtherstellung: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld

© 2011 W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

BÜRGernahe POLITIK

Konzeption:

Prof. Dr. Johanna Bödege-Wolf



Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 hat der politischen Landschaft in Deutschland einen gehörigen Schub verliehen. Schien seit den letzten großen Brokdorf-Demos 1981 das Engagement des Normalbürgers zugunsten von Individualismus und Karrieredenken verloren gegangen zu sein, so machen die heftigen Diskussionen in Deutschlands Südwesten den Eindruck, als sei die Kultur des politischen Mitmischens plötzlich wiederentdeckt. Was seit Brokdorf fast in Vergessenheit geriet: Es gibt sie noch, die protestierenden Bürger, die Wasserwerfer, der Widerstand gegen unliebsame Entscheidungen. Die »Wutbürger« aus Stuttgart hätte es wahrscheinlich nie gegeben, wenn das Thema dieses Heftes von Beginn der Planung berücksichtigt worden wäre: Bürgernahe Politik. Als ein Ausdruck der Zivilgesellschaft mit den betroffenen Menschen eine gemeinsam tragbare und sinnvolle Lösung zu finden, das wäre wahrscheinlich ganz im Sinne von Alexis de Tocqueville gewesen, der aber auch die Paradoxien und Probleme einer Demokratie deutlich vor Augen hat, wie es Oliver Hidalgo in seinem Beitrag beschreibt. Karl-Heinz Breier analysiert in seinem Beitrag die Bedingungen, die eine bürgernahe Politik braucht, und die Potenziale, die die politische Bildung hat, um politische Partizipation zu ermöglichen. Torsten Oppelland schließlich bricht eine Lanze für die Parteien, die zwar oft geschmäht werden, aber ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie sind. In den Praxisbeispielen werden als Ergänzung Konzepte und Ideen vorgestellt, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen bzw. sich politisch zu vernetzen.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihr

M. Bödege-Wolf



Liebe Leserinnen,
liebe Leser!

Bildserie

Wutbürger

Fotos der Gruppe »Gegenlicht 21«
von den Stuttgart-21-Protesten

Siehe Seite 110

Titelbild: Herb Allgaier

Vorschau

Heft 4/2011: Erwachsenenbildung
und Menschen mit
Behinderung

Oliver Hidalgo

Paradoxien demokratischer Partizipation

Alexis de Tocqueville und die Zivilgesellschaft

Tocquevilles profunde Analyse der Demokratie impliziert eine Krisendiagnostik, die auf eine systeminhärente politische Apathie der Bürger hinausläuft. Diese sei zwar theoretisch mithilfe eines von der Religion evozierten bürgerlichen Verantwortungsgefühls zu bannen; jedoch unterhöhle die Idee demokratischer Chancengleichheit umgekehrt gerade die Autorität von Religion und Transzendenz und lenke den Fokus auf materialistisches Wohlergehen und diesseitiges Glück. In gewisser Hinsicht erscheint Tocquevilles Werben für eine religiös fundierte Zivilgesellschaft daher als eine Art Quadratur des Kreises, doch resultiert dies letztlich nur aus seiner unvorgenommenen Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes: das Paradoxon der Demokratie.

Einleitung

Denkt man heute an aktive Bürgerschaft, Sozialkapital, politische Partizipation, Subsidiarität und Eigenverantwortung, so liegt der Rekurs auf Tocquevilles Werk »Über die Demokratie in Amerika« (1835/1840) sehr nahe. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der französische Demokratietheoretiker und Politiker vor den Gefahren einer überbordenden Bürokratie, der politischen Apathie

der Bürger, dem Konformitätsdruck der Gesellschaft sowie der Dominanz egoistischer Interessen in der modernen demokratischen Gesellschaft gewarnt. Andererseits blieben ihm die Risiken direktdemokratischer Institutionen – die Verführbarkeit und mangelnde Fachkompetenz der Menge, die Schwerfälligkeit basisdemokratischer Entscheidungen oder auch die zeitliche und organisatorische Überforderung der Bürgerinnen und Bürger – keineswegs verborgen. Vor allem deswegen lohnt eine Auseinandersetzung mit seinen Thesen bis heute, weil Tocqueville die zahlreichen Ambivalenzen und Paradoxien der Demokratie schon zu seiner Zeit hellsichtig erkannte. Will man daher seine Einsichten für das Verständnis der aktuellen Krise der repräsentativen Demokratie bzw. das Funktionieren einer politisch handlungsfähigen Zivilgesellschaft nutzen, so gilt es zuallererst, die spezifischen Schwächen des demokratischen Systems zu verstehen, die der französische Aristokrat identifiziert hat.

Probleme der Demokratie

Individualismus und Zentralismus
In seinen Werken unterstellt Tocqueville der modernen Demokratie eine Tendenz, sich in einer verhängnis-

vollen Spirale zu verfangen: Je vermehrt die Bürger ihren privaten und egoistischen Interessen nachgehen (deren Erfüllung durch die demokratische Chancengleichheit realistisch wird), desto mehr verliere die Gesellschaft als Ganzes ihre Fähigkeit zur Selbstregulierung und trete die Macht des Verwaltungsstaates auf den Plan. Aus der Herrschaft der Bürokraten und Technokraten resultiere wiederum das individuelle Gefühl der Ohnmacht, das den einzelnen Bürger nur noch stärker von einem möglichen politischen Engagement abhält. Das individuelle Handeln werde dadurch zunehmend durch die Administration ersetzt, bis Letztere die gesamte soziale Tätigkeit steuert. Dabei sähen die Menschen in ihren demokratisch legitimierten Beherrschern keine Tyrannen, sondern Vormünder, die ihre Schützlinge nach einem vorgefertigten Plan überwachen, belehren und notfalls gegen ihren Willen glücklich machen. Der freie Wille wird nicht gebrochen, sondern zerstört, bis der Einzelne freiwillig auf die Ausübung seines Willens verzichtet. Die Selbstbeschränkung der politischen Aktivität verhindere, dass sich freiheitliche Sitten und Institutionen etablieren können. Die immer unmündiger werdenden Bürger verfallen so stetig in größere Abhängigkeit von der Zentralgewalt. Diese zwingt »selten zu einem Tun, wende sich aber »fortwährend dagegen, dass man etwas tue«. Der demokratische Verwaltungsstaat »zerstört nicht, er hindert, dass etwas entstehe; er tyrannisiert nicht, er hemmt, er drückt nieder« und »löscht aus, er stumpft ab, und schließlich



Dr. Oliver Hidalgo ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

bringt er jedes Volk so weit herunter, dass es nur noch eine Herde ängstlicher und arbeitsamer Tiere bildet, deren Hirte die Regierung ist« (DA II, S. 464).

Die zunehmende Atomisierung der Bürger und das um sich greifende politische Desinteresse, die Tocqueville der modernen Demokratie attestiert, sind die signifikanten Entwicklungen, die er mit dem Begriff des *individualisme* belegt. Als »überlegendes und friedfertiges Gefühl, das jeden Bürger drängt, sich von der Masse der Mitmenschen fernzuhalten und sich mit seiner Familie und seinen Freunden abzusondern«, bringt der Individualismus den Einzelnen dazu, die Gesellschaft sich selbst zu überlassen. Im Bewusstsein des gleichen staatsbürgerlichen Status reduziert nicht nur jeder seine geistigen Einsichten auf die eigene Vernunft, sondern richtet auch »alle seine Gefühle auf sich allein« (DA II, S. 147). Unfähig, ihre Verantwortung für das Gemeinwesen selbstständig in die Hand zu nehmen, übertragen die Bürger die Lösung der sozialen und politischen Probleme weitgehend auf die Bürokratie.

Rechte und Pflichten

Die Diagnose der schlechenden Erosion des öffentlichen Lebens und des

sozialen Zusammenhalts in der modernen Demokratie hat in der Folge bei zahlreichen Denkern und Autoren Anklang gefunden. Man denke an Hannah Arendts *Vita activa* und die dort erhobene Klage über die Durchdringung des öffentlichen Raumes durch private Belange, die für die moderne Massengesellschaft charakteristisch sei und das gemeinschaftliche Handeln korrumpe.¹ Oder an Richard Sennett, der seiner bekannten Studie über den Verfall des öffentlichen Lebens und die Tyrannei der Intimität nicht zufällig ein Epigraf aus der *Demokratie der Amerika* voranstellte.² Und auch Jürgen Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* beruft sich – in kritischer Distanz – auf die Einsichten Tocquevilles,³ wobei er insbesondere dessen »ambivalente Auffassung« ins Zentrum der Betrachtung stellt. Tatsächlich zählt das Erkennen der demokratischen Ambivalenz zu den größten Leistungen des französischen Aristokraten, wird darin doch der Widerspruch transparent, dass es gerade das durch Demokratie und Menschenrechte gestärkte Individuum ist, das den subtilen Unterdrückungsmechanismen der Moderne anheimzufallen droht. So sei es primär die daraus resultierende Unabhängigkeit und Emanzipation von traditionellen Au-

toritäten wie Adel, Kirche oder Gilde, das heißt die praktizierte Autonomie des Einzelnen, die ihn zum (un-)freiwilligen Opfer des Verwaltungsdespotismus macht. Allein gelassen, spürt das mit Rechten bewehrte Individuum seine Ohnmacht, den anonymen bürokratischen Strukturen etwas entgegenzusetzen zu können, wobei es nicht zuletzt deswegen daran scheitert, weil ihm ein *Pflichtgefühl* gegenüber seinen Mitmenschen oder für die Verantwortungsübernahme im politischen Gemeinwesen fehlt. In der modernen Demokratie besteht laut Tocqueville folglich ein großer Unterschied zwischen dem Grundrecht auf politische Beteiligung bzw. der formalen Verankerung der Volkssouveränität auf der einen und der faktischen Existenz einer vitalen politischen Kultur auf der anderen Seite. Eben weil in der demokratischen Gesellschaft das Recht des Individuums über allem anderen steht, drohe der politische Raum leer zu bleiben und die Bürgerinnen und Bürger sich privaten Vergnügungen hinzugeben. Entsprechend bemüht sich Tocqueville in seinen Schriften, ein Freiheitsverständnis zu etablieren, das neben der privaten Autonomie auch den Gehorsam gegenüber einer als gerecht empfundenen Werteordnung umfasst.⁴



Wutbürger | Schlichtung

Foto: Andrea Becker

Religion und Zivilgesellschaft

Tocquevilles Befürchtungen mögen sich nicht allesamt bewahrheitet haben. Dass er jedoch gesehen hat, wie sehr gerade die moderne Massendemokratie der verstärkten Organisation des politischen Handelns bedarf, dieses Verdienst ist ihm schwerlich abzusprechen. Dabei hoffte er, dass der Einzelne qua medial vermittelten Informationsaustausches und persönlichen Engagements in Vereinen und bürgerlichen Assoziationen sukzessive zur Mäßigung seines individuell-egoistischen Strebens gelangen würde, da er in der täglichen politischen Praxis unweigerlich die Interdependenz zwischen partikularen Zielen und den Belangen des Ganzen erfahre. Die »Lehre vom wohlverstandenen Eigennutz« (DA II, S. 182), wie Tocqueville diese Einsicht nannte, ist gleichzusetzen mit einer Absage an den Altruismus sowie der Verknüpfung von Tugend und Interesse, wie sie in der sozialen Verflechtung der individuellen Existenz zum Tragen kommt.

Mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements sind für Tocqueville die Paradoxien der Demokratie tatsächlich bis zu einem gewissen Grad zu lösen. Neben seinem negativen Potenzial für einen »sanften Despotismus« des Verwaltungsstaates birgt das demokratische System für die Individuen ebenso die Chance, die eigene Handlungs- und Gestaltungsmacht gegenüber dem bürokratischen Paternalismus zu spüren. Indes zweifelte der Aristokrat Tocqueville an der Tragfähigkeit bürgerlicher Selbstverpflichtung. Dem wohlverstandenen Eigennutz allein traute er keine ausreichenden Integrationsressourcen zu, um den Spannungen der Marktgesellschaft gewachsen zu sein. Als aufgeklärter Egoismus müsse die doctrine de l'intérêt bien entendu unweigerlich darin versagen, den Bürgern ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu vermitteln.

Um den sich gegenseitig verstärkenden Kreislauf zwischen Zentralismus und Atomismus, Individualismus und Despotismus zu durchbrechen,

braucht es für Tocqueville deshalb einer tiefgründigeren Reanimation dessen, was die Demokratie zu unterminieren droht: einer subsidiär organisierten Zivilgesellschaft, die als *pouvoir intermédiaire* zwischen Staat und Individuum vermittelt. Dazu sei es wiederum nötig, dass die Religion den Materialismus und Gegenwartsbezug der demokratischen Bürger läutert und ein Gefühl der gegenseitigen Verpflichtung stiftet.

Das genuine Interesse am Gemeinwesen stellt sich für Tocqueville erst ein, wenn Einzelne den Blick nicht länger auf ihr irdisches Leben und damit auf ihren kurz- oder langfristig zu erreichenden persönlichen Vorteil heften. Über den *lien social* hinaus aber bedarf die demokratische Gesellschaft der moralischen Orientierung ihrer Mitglieder. Dabei vertraut Tocqueville auf die christliche Nächstenliebe, um ein moralisches Miteinander zu stiften (DA II, S. 34; S. 211 ff.). Abgesehen davon erwartet er von der Religion auch Entlastung (DA II, S. 34–35). Indem die religiös vorgegebenen Gewissheiten die Einzelnen von der Notwendigkeit entbinden, ethische Regeln und Normen ständig neu zu reflektieren und zu begründen, ermöglichen sie erst die Realität einer moralischen Lebensführung.

Das bekannte Böckenförde-Diktum, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann,⁵ findet sich also bereits in der *Demokratie in Amerika*. Für Tocqueville scheint klar, dass »man das Reich der Freiheit nicht ohne das der guten Sitten zu errichten und die guten Sitten nicht ohne den Glauben zu festigen vermag« (DA I, S. 22). Die moderne Demokratie aber benötige die Religion im besonderen Maße, weil nur das religiös fundierte Sozialkapital in der Lage sei, den egoistischen Partikularwillen der Individuen zu überwinden. Die »gefährlichen Triebe« des *homme démocratique*, seine Vereinzelung und sein egoistisches Wohlergehen (DA II, S. 37) sind für Tocqueville ohne das Wirken der Religion nicht zu

bändigen. Ohne einen gemeinsamen Glauben sei weder »die Gesamtheit der Bürger im Streben nach einem gleichen Ziel für längere Zeit« zu einigen (DA I, S. 136) noch »die allzu heftige und ausschließliche Neigung zum Wohlergehen«, die die Menschen in der Demokratie empfinden, »zu läutern, zu regeln und einzuschränken« (DA II, S. 43).

Zwischen dem Vermögen eines Volkes, sich selbst zu regieren, und seiner Religiosität besteht bei Tocqueville demgemäß eine folgenschwere Analogie.⁶ Ohne Religion, ohne ethisch-politische Orientierung, fehle es der Demokratie nicht nur am ausreichenden Wissen über die Qualität ihres Outputs, das heißt der Gesetze, sondern die Bürger, denen ihre metaphysische Autorität verloren geht, sehnen sich zuletzt nach einem »Herren«, d.h. einer (unumschränkt waltenden) politischen Instanz. Dass die Unabhängigkeit in beiden Bereichen, Religion und Politik, am Ende nicht mehr auszuhalten sei, formuliert Tocqueville zum zentralen Satz seines Werkes, dass derjenige, der »nicht gläubig, hörig werden«, und derjenige, der »frei« ist, »gläubig sein muss (DA II, S. 36).⁷

Solche und andere Ausführungen erklären, warum sich insbesondere amerikanische Kommunitaristen wie Robert Bellah (1985)⁸ und Robert Putnam (1995) auf die religiös konstituierte Zivilgesellschaft Tocquevilles berufen haben.

Das demokratische Paradox

Tocqueville beklagt den drohenden Verlust der politischen Handlungsfähigkeit der Bürger in der modernen Massendemokratie. Weil die Individuen in der Ära der Chancengleichheit und Marktgesellschaft darin konform gehen, sich auf private, materialistische Ziele zu konzentrieren und sich eine »natürliche« politische Klasse, wie sie vormals der Adel bildete, nicht mehr herauskristallisiert, werden dem modernen Verwaltungsstaat tendenziell immer mehr Befug-

nisse übertragen. Quasi als Gegengift empfiehlt Tocqueville, dass sich in der Demokratie die isolierten Individuen zu mächtigen Gruppen und Entscheidungsträgern, d.h. in seinem Jargon künstlichen aristokratischen Persönlichkeiten (DA II, S. 472) zusammenschließen und autonom die Dinge regeln, die sie direkt angehen. Sein Plädoyer für politische Selbstverantwortung bezieht sich dabei auf das Prinzip der Subsidiarität:

»Die Vorsehung hat jedem (...) das nötige Maß von Vernunft gegeben, das er zur selbstständigen Führung der ihn allein angehenden Dinge braucht. Das ist der große Leitsatz, der (...) der bürgerlichen und politischen Gesellschaft zugrunde liegt: Der Familienvater wendet ihn auf seine Kinder an, der Herr auf seine Diener, die Gemeinde auf die Gemeindeangelegenheiten, die Provinz auf die Gemeinden, der Staat auf die Provinzen (...) Auf das Ganze der Nation ausgedehnt, wird er zum Dogma der Volkssouveränität« (DA I, S. 590).

Getragen wird das Ganze wie gesehen von der Religion,⁹ ohne die sich für Tocqueville weder eine Vermittlung von privaten und politischen Handlungszielen noch ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl (auf der Ebene bestimmter Gruppen wie der gesamten Gesellschaft) einzustellen vermag. Ohne die Religion als sittlich-moralisches Bindeglied müssten für Tocqueville die sich herausbildenden

Akteursgruppen, Vereine, Lobbys und Parteien genau darin versagen, mehr zu erreichen als einen zermürbenden Kleinkrieg partikularer Interessen. Das Problem an jener »Therapierung« der Demokratie durch die Religion liegt für Tocqueville indes darin, dass das demokratische System gerade das untergräbt, was es für eine freiheitliche politische Kultur am dringendsten benötigt. Zu Beginn des zweiten Bandes der *Demokratie in Amerika*¹⁰ analysiert er diesbezüglich die Tendenz der demokratisch-egalitären Gesellschaft, die Autorität der Religion herauszufordern und sie insbesondere in ihrer öffentlich-politischen Rolle infrage zu stellen. Eine geistige Autorität oder Tradition außerhalb der eigenen Vernunft anzuerkennen falle den nach rationalen Interessen handelnden und sich in intellektueller Unabhängigkeit wähnenden demokratischen Bürgern unheimlich schwer. Insofern wandeln sie sich mehr und mehr zu *Cartesianern*, die letztlich an allem und jedem zweifeln und alles der individuellen Disposition unterstellen – für die Religion kein guter Nährboden, selbst wenn Descartes seinerzeit an Gott als Letztbegründung festhielt. Im Zeitalter der Demokratie sieht Tocqueville daher das anonyme Regime der öffentlichen Meinung anbrechen: Am Ende garantiere nur die Autorität der *opinion commune*, dass das Gesetz der demokratischen Gleichheit nicht verletzt werde. Nur wenn das zählt,

was alle denken (und nicht die überlegene Meinung einzelner geistiger Autoritäten, Persönlichkeiten, Experten oder auch Priester), scheint die hochgeschätzte Vernunft jedes Einzelnen jedem anderen gegenüber gleichberechtigt. Die Demokratie, die den Menschen »von allen seinen Mitbürgern unabhängig macht«, liefere ihn insofern zugleich »der Wirkung der größeren Zahl aus«. Dabei bekehre die öffentliche Meinung »zu ihrem Glauben nicht durch Überzeugung, sie zwingt ihn auf und lässt ihn durch eine Art von gewaltigem geistigem Druck auf den Verstand jedes Einzelnen in die Gemüter eindringen« (DA II, S. 21 f.). Die Abweichung von den mehrheitlich gesetzten Normen und Anschauungen wird mit sozialer Ausgrenzung quittiert. Die Öffentlichkeit entwickelt so einen enormen Konformitätsdruck. Einzelne und Minderheiten werden gezwungen, zur Meinung der Mehrzahl zu konvertieren respektive den Ansichten derjenigen Gruppen zu folgen, die sie für die Mehrheit halten.

Elisabeth Noelle-Neumann bemühte Tocqueville folgerichtig als Kronzeuge für ihr Konzept der Schweigespirale.¹¹ In dessen Insistieren auf den Konformitätszwang durch die Ansichten der Mehrheit geraten die positiven Aspekte der öffentlichen Diskussion tatsächlich deutlich in den Hintergrund.¹² Gemäß der Tocquevilleschen Ausführungen neigt die Demokratie

ZU DEN BILDERN IN DIESEM HEFT

Wutbürger

»Gegenlicht 21« ist ein Netzwerk engagierter Fotografen, die unter diesem Namen einen künstlerischen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um »Stuttgart 21« leisten wollen. Individuelle Positionen verschiedener Foto-Autoren stellen unterschiedliche Aspekte des Themas dar. Sie zeigen ihre Arbeiten im öffentlichen Raum, sehr gerne auf Straßen und Plätzen, wo sie ihre Bilder auf dem Boden auslegen, um Passanten zur Auseinandersetzung mit der Materie einzuladen, bieten die Bilder als Postkarten, rückseitig versehen mit Informationsbeiträgen zu dem Projekt Stuttgart 21, stellen die Bilder im Internet zur Verfügung (www.gegenlicht21.de), als Präsentation oder Ausstellung. Für ihre Arbeit nehmen sie nur Spenden, die den Opfern der Proteste zugutekommen.



Wutbürger | Argumente
Foto: Martin Sigmund



Wutbürger | Staatsgewalt

Foto: Guntram Gerst

über den Transmissionsriemen der öffentlichen Meinung stattdessen dazu, ihre eigenen Probleme und Schwächen ständig zu reproduzieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die erwähnten künstlichen »aristokratischen Persönlichkeiten«, die in der demokratischen Massengesellschaft allein die Fähigkeit zu handeln behalten – die Akteursgruppen, Vereine, Lobbys und Parteien, aber auch die Medien –, in der Demokratie stets dem Verdacht ausgesetzt bleiben, gegen das Gebot der Gleichheit zu agieren und lediglich partikulare Interessen zu vertreten. Eine sittliche Autorität, die sie von dieser Skepsis befreien könnte, wird ihnen vom Volk nur selten (und oft auch zu Recht nicht) zugewiesen. Im Ganzen zeigt Tocquevilles Analyse der modernen Demokratie damit auf,

wie das demokratische System buchstäblich den Ast abzusägen droht, auf dem es sitzt. Die Lektüre seiner Werke ist heute umso wichtiger, als sie uns auf die verborgenen Autoimmunitäten der Demokratie aufmerksam macht, weit über die (spätestens seit Weimar) evidente Gefahr einer (Selbst-)Zerstörung der Demokratie durch eine undemokratische Mehrheit hinaus. Kann man Letzterer offensichtlich durch das Konzept einer wehrhaften Demokratie begegnen, scheint die Therapie gegen Individualismus, Privatismus und Atomismus der demokratischen Bürger ungleich schwerer: Wer gegen den Trend der politischen Apathie in der Demokratie handeln will, der tut dies paradoxe Weise meist gegen das Vorurteil der unpolitischen öffentlichen Meinung.

ANMERKUNGEN

- 1 Zur Bedeutung Tocquevilles für Arendt siehe z.B. Boesche 1993 und Lloyd 1995.
- 2 Vgl. Sennett 2004, S. 6. Weiterführend Sennett 1979.
- 3 Vgl. Habermas 1993, § 15.
- 4 Ausführlich dazu Aron 1981.
- 5 Vgl. Böckenförde 1976, S. 60.
- 6 Ausführlich dazu Allen 1996.
- 7 Zur Freiheitsmetaphysik Tocquevilles, die die geregelte Freiheit des Gläubigen von der ungezügelten Freiheit des (atheistischen) Revolutionärs unterscheidet, siehe auch DA I, S. 65 und OC XII, S. 86.
- 8 Entsprechend erklärt sich auch der Titel von Robert Bellahs berühmter Studie *Habits of the Heart* (1985), die in der Tradition Tocquevilles das (gefährdete) Sozialkapital in den USA untersuchte.
- 9 Siehe dazu im obigen Zitat auch den Hinweis auf die göttliche »Vorsehung«.
- 10 Siehe Teil 1, Kapitel 2.
- 11 Noelle-Neumann 1991, S. 21, S. 124 ff. Dazu auch Allen 1991.
- 12 Für einen kritischen Kommentar hierzu Habermas 1993, S. 214.

LITERATUR

- Allen, B. (1991): The Spiral of Silence and Institutional Design. Tocqueville's Analysis of Public Opinion and Democracy. In: Polity 24, S. 243–267.
- Allen, B. (1996): Tocqueville's Analysis of Belief in a Transcendent Order, Enlightened Interest and Democracy. In: Journal of Theoretical Politics 8.3, S. 383–414.
- Arendt, H. (1999): Vita activa oder Vom tätigen Leben. 11. Auflage. München.
- Aron, R. (1981): Über die Freiheiten. Stuttgart.
- Bellah, R. et al. (1985): *Habits of the Heart*. Individualism and Commitment in American Life. Berkeley.
- Böckenförde, E. W. (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt/Main.
- Boesche, R. (1993): Tocqueville and Arendt on the Novelty of Modern Tyranny. In: Lawler, P.; Alulis, J. (Hg.): Tocqueville's Defense of Human Liberty. Current Essays. New York, London, S. 157–175.
- Habermas, J. (1993): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/Main.
- Lloyd, M. (1995): In Tocqueville's Shadow. Hannah Arendt's Liberal Republicanism. In: The Review of Politics 57, S. 31–58.
- Noelle-Neumann, E. (1991): Öffentliche Meinung. Die Theorie der Schweigespirale. Frankfurt/Berlin.
- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy 6.1, S. 65–78.
- Sennett, R. (1979): What Tocqueville Feared. In: The Partisan Review 46, S. 406–418.
- Sennett, R. (2004): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannie der Intimität. 14. Auflage. Frankfurt/Main.
- Tocqueville, A. (1987): Über die Demokratie in Amerika. 2 Bde (DA I/II). Zürich.
- Tocqueville, A. (1951ff.): *Œuvres complètes*. 18 Bde. (OC I–XVIII). Paris.

Karl-Heinz Breier

Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit

Zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung

Um Bürgerverantwortung zu ermöglichen bedarf es der Freiheit und Raum zu verstehen, wie es die politische Bildung ermöglicht.

»Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt; und man könnte viele Beispiele nennen, in denen wir der grotesken Vorstellung Vorschub leisteten, daß in dem Nachkriegskonflikt zwischen dem Westen und den ›revolutionären‹ Ländern des Ostens nicht mehr auf dem Spiel stünde als Wohlstand, Reichtum, Überfluß. [...] Auf keinen Fall ist auf ein wie immer geartetes Wirtschaftssystem in Sachen der Freiheit Verlaß [...].«

Was Hannah Arendt Anfang der Sechzigerjahre zu bedenken gab, ist aktuell wie nie zuvor. Über Jahrzehnte hinweg hat sich die westliche Welt ihrer wirtschaftlichen Erfolge gebrüstet, und gezählt und gewogen wurde alles, was über Zahlen und Maßeinheiten zu vergleichen ist. Immerhin, es galt, im Systemvergleich gegenüber der kommunistischen Herausforderung zu bestehen, und warum sollte da nicht unsere leistungsorientierte und folglich effizientere Methode des Wirtschaftens ins Feld geführt werden?



Prof. Dr. Karl-Heinz Breier lehrt Didaktik der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Politische Bildung an der Universität Vechta.

Gerade die jüngsten Ereignisse des arabischen Frühlings lehren uns: Ohne funktionierende Wirtschaftsabläufe ist alles nichts. Und spätestens die Fernsehbilder aus den ärmsten Regionen unserer Erde machen uns in aller Schärfe klar: Die Not der Armut ist der größte Feind der Freiheit.

Doch neben der materiellen Armut gibt es einen zweiten Feind der Freiheit. Besonders sehen wir dies überall dort, wo nach der Befreiung von der Diktatur an keine Erfahrung bürgerlicher Selbstregierung angeknüpft werden kann. Die in der Tyrannie als fremd und feindlich erfahrene politische Ordnung hatte nicht nur das öffentliche Leben verwüstet, sondern auch die Psychen vieler Menschen sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unabdingbar, unser westliches Freiheitsverständnis einer radikalen Selbstklärung zu unterziehen. Denn: Freiheit ist eine Lebensweise, und die Lebensweise der Freiheit erschöpft sich keineswegs in den Tätigkeiten eines erfolgreichen Geschäftsmannes. Sowohl die Not der Armut als auch die Not des Reichtums können von einer gelungenen Lebensweise abhalten. Was hingegen eine republikanische Freiheitsordnung anzubieten hat, ist die Möglichkeit, dass Gesellschaftsmitglieder zu Bürgern werden. Hierin liegt die Alternative sowohl zu Herrschaft als auch zu Anarchie.

Im letzten Buch seiner Discorsi schreibt Niccolò Machiavelli: »Um einer Republik die Freiheit zu erhalten, bedarf es jeden Tag neuer Maßnahmen.«

Mit Machiavelli können auch wir versuchen, den Blick für das Politische zu öffnen. Das heißt, wir bemühen uns um orientierendes Aufklärungswissen, wir suchen nach Kategorien, die unserer politischen Selbstinterpretation den Weg weisen können. Und unversehens steht unser Selbstverständnis als Bürgerin und Bürger zur Diskussion. Denn aus den Bürgern bildet sich eine Republik, durch die Bürger bildet sie sich, und selbst in den Bürgerinnen und Bürgern bildet sich im besten Falle die Republik. Gehört es da nicht zur unverzichtbaren Aufgabe, gerade auch den Erwachsenen von morgen die Denk- und Wirklichkeitskategorien republikanischer Selbstregierung zur Sprache zu bringen?

Der Erwachsenenbildner Werner Kremp spricht in diesem Zusammenhang von der *inneren* Republik, jener innerpsychischen Verfasstheit, die allein der äußeren Republik das Leben einhaucht. Ohne eine fundierte innere Republik kann keine verlässliche Bürgerordnung bestehen, und die Frage nach der Bürgerverantwortung zielt darauf ab, in unserer Psyche die *innere* Republik zu stärken und zu festigen. Das heißt, in dem Maße, in dem sich in heranwachsenden wie auch in erwachsenen Menschen die Republik bildet, werden sie zu Bürgern. Der Begriff *Bürgerbildung* hat damit einen zweifachen Klang: Bürger bilden sich nicht nur, sondern als politisch sich Bildende bilden sie sich auch zu Bürgern.

Die große Herausforderung, vor der wir im 21. Jahrhundert stehen, besteht darin, dass wir uns zu Bürgern bilden. Und jede politische Bildung, die die Frage nach der Bürgerverantwortung ernst nimmt, muss sich daran messen lassen.

Eine Republik – Ernst Vollrath nennt sie »die Institution der Institutionen« – ist nur so machtvoll, wie sie intellektuell, emotional und habituell verankert ist, sprich wie sie in den Köpfen, Herzen und Gewohnheiten präsent ist. Während Willkürherrschaften, die sich Herrschaft anmaßen, in ihrem Kern unpolitisch sind, muss eine machtvolle Freiheitsordnung in den Denk- und Handlungsgewohnheiten möglichst vieler Bürger verankert sein. Nur so wird die politische Ordnung mächtig und machtvoll. Und wohlgemerkt, machtvoll zu sein bedeutet nicht, gewalttätig zu sein. Je machtvoller eine politische Ordnung ist, desto weniger muss sie auf Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zurückgreifen. Und gerade Regime, die ihre Ohnmacht erfahren, die also an Zustimmung verlieren und keine Unterstützung erfahren, stehen in der Versuchung, die ihnen entzogene Macht durch Gewaltmittel zu ersetzen. Doch fehlende innere Annahme lässt sich nicht erprügeln.

Macht bildet sich, wenn die politischen Institutionen intakt sind, und intakt sind sie in einer freiheitlichen Verfassung, wenn sich die Bürger in den Institutionen zum politischen Handeln gleichsam einladen. Eben hierin liegt das Betriebsgeheimnis jeder föderalen politischen Ordnung. Macht konstituiert sich durch die Teilhabe möglichst vieler, und zwar mit der wundersamen Folge, dass das politische Handeln einzelner Amtsinhaber eingehetzt, begrenzt, ja genau genommen *entsouveränisiert* wird. Sich als Einzelner etwa zum Souverän zu erheben ist höchst unpolitisch. Denn der Souverän einer Republik ist ein Plural; es ist die Pluralität der Bürgerinnen und Bürger, die all den unterschiedlichen Amtsinhabern Macht überhaupt erst anvertrauen. Und die Anvertrauung der Macht geschieht nicht willkürlich,

sondern geordnet, nämlich nach den Grundsätzen und Regeln der gemeinsamen Verfassung.

Das heißt, mit den Worten von Aristoteles gesprochen: Die Verfassung ist das heilige Buch einer wohlgeordneten Polis. Und Bürger kann nur sein, wer nicht in einer Tyrannis lebt. Denn unter angemäster Herrschaft zu leben und Bürger zu sein schließt sich kategorisch aus. Ja, die gemeinsame Verfassung, der Bürgerbund, ist geradezu *das* freiheitssichernde Bollwerk gegen jede Form von Herrschaftsmaßung.

Verantwortung der Repräsentanten

Was bedeutet dies für die Amtsinhaber und Repräsentanten einer Republik? Sie sind es ja, die im hellen Licht der Öffentlichkeit handeln, und von ihnen können die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Recht erwarten, dass sie sich der anvertrauten Macht als würdig erweisen. Allen, denen öffentliche Ämter anvertraut sind – und das reicht in der Tat vom Klassensprecher bis hin zum Bundespräsidenten –, sollte bewusst sein, dass sie in ihrem öffentlichen Sprechen und Handeln das politische Selbstverständnis der eigenen Ordnung zum Ausdruck bringen. Das heißt, Repräsentanten sind den Repräsentierten gegenüber nicht nur rechenschaftspflichtig für ihr öffentliches Handeln. Sie tragen auch dahin gehend Verantwortung, dass sie in ihrer jeweiligen Amtsführung immer auch die Standards der gemeinsamen politischen Ordnung repräsentieren. Denn wie keine andere Ordnungsform lebt eine Republik von ihrer öffentlichen Sichtbarkeit. Da wäre es fatal, wenn gerade höchste Amtsinhaber, statt die Gesetze einzuhalten, den Gesetzesbruch repräsentieren würden. Wie sollten dann sogenannte »einfache« Bürger die Würde und Unantastbarkeit ihrer Freiheitsordnung erfahren können? Und wie sollte in einem solchen geistigen Klima, in dem der *Geist der Gesetze* mit Füßen getreten wird, freiheitsverbürgender Bürgerstolz wachsen können?

Nur eine intakte Bürgerordnung, die die Bürger als *ihre* wahrnehmen, kann in Krisenzeiten bestehen. Jede bloß aufgesetzte Ordnung, der es an innerer Annahme ermangelt, tut sich dagegen schwer. Sie dürfte in Krisenzeiten wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Bürger zu sein ist demnach etwas höchst Anspruchsvolles. Denn Bürger erheben den Anspruch, unter einer freiheitssichernden Verfassung zu leben. Politisch gebildete Bürger wissen, dass eine politische Ordnung die Aufgabe hat, den unter der Ordnung Lebenden ein würdiges, ein eben menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Neben ihrer Existenz als Privatmann und als Geschäftsfrau können sich Bürger eine weitere, bereichernde Dimension gelungener menschlicher Existenz eröffnen, die sie – ohne Bürger zu sein – gar nicht leben könnten.

Mensch zu sein ist etwas Natürliches, etwas mit der Geburt Gegebenes. Bürger zu sein dagegen ist alles andere als natürlich, es ist etwas höchst Künstliches, Geschaffenes, Hervorgebrachtes, ja Ziviles, etwas, in das wir uns erst einleben müssen. »In der republikanischen Regierungsform ist man auf die ganze Stärke der Erziehung angewiesen«, schreibt Montesquieu in seinem Hauptwerk *De l'Esprit des Lois* sehr pointiert:

»Nun geht es aber mit der Regierung genauso wie mit allen anderen Dingen der Welt: Man muss sie lieben, um sie zu erhalten. Nie hat man sagen hören, dass die Könige die Monarchie nicht liebten oder dass die Despoten den Despotismus hassten. So kommt also alles darauf an, in der Republik diese Liebe zu begründen; sie in die Herzen zu pflanzen, muss das Ziel der Erziehung sein.«

Zur Bürgerverantwortung gehört es, dass wir die gemeinsame Angelegenheit als die unsere erkennen und wahrnehmen. Die *res publica* stellt jene durch und durch öffentliche Angelegenheit dar, die auch die stetige Selbsterziehung der Bürger zu ihrer Verfassung mit umfasst. In dem Maße, in dem es den Bürgern untereinander

gelingt, in ihren täglichen Gewohnheiten wie auch in ihrem institutionellen Handeln eine republikfreundliche Mentalität – und dies ist mehr als eine auf bloße Gesinnung abzielende Werteerziehung – auszubilden und zu pflegen, wird die Republik als weltlich bedeutsame Realität fest verankert sein. Ganz besonders jedoch ist die *res publica* den in voller Sichtbarkeit handelnden Repräsentanten anvertraut.

Es liegt auf der Hand, dass im politischen Selbsterziehungsprozess den führenden Repräsentanten eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Amtsinhaber in einer Republik, denen mit ihrem jeweiligen Amt von ihren Mitbürgern Amtskompetenzen sowie damit verbundene Rechte und Pflichten übertragen worden sind, sind ihren Mitbürgern für die Art und Weise ihrer Amtsführung verantwortlich. Von ihnen muss erwartet werden können, dass sie die Standards der gemeinsamen Ordnung im wahrsten Sinne des Wortes *verkörpern*. So hängt es entscheidend von den Qualitäten der Amtsinhaber ab, ob sie das Vertrauen in die gemeinsamen Institutionen stärken oder ob sie zu Misstrauen gegenüber »denen da oben« Anlass geben. Versuchen die Repräsentanten über sachbezogene und aufrichtige Debatten ihren Mitbürgern die politischen Kontroversen vor Augen zu führen oder aber versuchen sie durch unernstes Gerede, durch Bemäntelung oder gar Täuschung das Publikum hinter das Licht zu führen? Laden sie in aufklärender Rede und Gegenrede zum Nachvollzug der politischen Alternativen ein oder ergehen sie sich in Allgemeinplätzen und reden in ihrer Sorge um Machterwerb und Macht-erhalt gar die drängendsten Probleme herunter?

Karl Jaspers spricht in diesem Zusammenhang von »zwei Grundgesinnungen in der Politik«. Die eine Grundgesinnung erzeugt jene »Politik aus Verachtung«, die wie auf einem Thron sitzend sich »vermeintlich zum Herrschen berufen« sieht, während allein die andere Grundgesinnung, der zufolge Bürger ihre Mitbürger in



Wutbürger | Stadtquartier

Foto: Frank und Steff

allem Ernst in die Politik und die in ihr ausgetragene Auseinandersetzung einzubeziehen suchen, der Festigung der Bürgerfreiheit dient. Auf diesen Sachverhalt, auf die gleichsam erzieherische Dimension politischen Handelns, hat bereits Aristoteles im fünften Buch seiner *Politik* hingewiesen. Ihm zufolge ist jede gute Politik bereits politische Bildung, denn eine gute Politik stärkt das Bürgersein und unterstützt die Selbsterziehung der Bürger untereinander.

Auch für Montesquieu steht der *Esprit des Lois*, eben der Geist der Gesetze, im Vordergrund seiner Betrachtung. Da ist es nicht möglich, in politischen Dingen einfach nur ein paar Kippschalter umzulegen. Die über Jahre und Jahrzehnte eingebürgerten Sitten und Gewohnheiten lassen dies nicht zu. Kein technizistisches Machbarkeitsideal hilft da weiter. Montesquieu schildert die Prägekraft der *mœurs*, und er betont das ihnen eigene Beharrungs- und Verstetigungsvermögen. Eine sich souverän wähnende Kippschaltermentalität, die in Ingeni-

eurmanier eine neue Gesellschaft am Reißbrett entwirft, ist höchst naiver Aberglaube.

Ganze Gesellschaften, und nicht nur die jeweils heranwachsenden, stehen offensichtlich vor der Aufgabe, sich selbst in ihre freiheitliche Ordnung einzubürgern. Und mit einem Crashkurs in Werteerziehung ist da offensichtlich nicht viel zu erreichen. Denn was kann realistischerweise ein 48-Stunden-Wochenendseminar in der politischen Bildung ausrichten, wenn es darum geht, Gewohnheiten zu verändern, die sich in 48 Jahren gebildet und verfestigt haben?

Politische Bildung hat es immer mit dem gewachsenen Selbstverständnis einer ganzen Gesellschaft zu tun. Und politische Bildung muss sich daher vergegenwärtigen, dass wir schon immer in einer bereits *interpretierten* Wirklichkeit leben und dass auch die Erwachsenen von morgen keine *Tabula rasa* vorfinden!

Die Wirklichkeit, die wir vorfinden und in der wir leben, ist immer schon eine vorstrukturierte Wirklichkeit, ja

sie präsentiert sich uns als eine Wirklichkeit, die kategorial immer schon erschlossen ist. Mit anderen Worten: Den Kategorien, *in* denen und *mit* denen wir unsere Realität deuten, kommt höchste Bedeutung zu.

Ein Beispiel: Es macht einen Unterschied, ob wir sagen »Der Staat und seine Bürger« oder ob wir sagen »Die Bürger und ihre politische Ordnung«. Im ersten Fall – *Der Staat und seine Bürger* – kommt dem Staat – wer ist das eigentlich? – eine eigentümliche

Weihe zu. Er wird zu einer Substanz an sich verklärt, und die Bürger werden ihm besitzanzeigend (»seine«) zugeordnet. Kategorial treten die Bürger lediglich als Objekte in Erscheinung, als Behandelte, mit denen etwas passiert und die etwas zu erleiden haben. Der Handelnde ist *der Staat*, manchmal sagen wir auch *Vater Staat*, und die Betroffenen sind »seine« Bürger, denen in dieser kategorialen Gegenüberstellung gar keine eigene politische Existenz zugesprochen wird.

Demgegenüber liegt die Betonung bei »Die Bürger und ihre politische Ordnung« eindeutig bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich gemeinsam ihrer politischen Ordnung anvertrauen, ihrer politischen Ordnung, die eben *ihre* Ordnung ist und in der sie womöglich ein zu pflegendes und schätzenswertes Gut sehen, das sie alle verbindet. Zugleich macht der Plural »Die Bürger« deutlich, dass nicht ein irgendwo verortbares Monopol agiert, sondern dass politisches Handeln einer Vielzahl von Handelnden, sprich der Pluralität bedarf.

Es wird klar: Die Kategorien, mit denen wir uns unsere Wirklichkeit erschließen, sind von großer Bedeutung, und es gehört zur Aufgabe jeder verantwortlichen politischen Bildung, sich ihrer eigenen kategorialen Erschließung von Welt bewusst zu werden. Es geht um unsere Selbstinterpretation und um unsere öffentliche Selbstauslegung, eben darum, wie wir uns selbst wahrnehmen.

Die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen. Als Kinder sind wir alle zunächst einmal Neuankömmlinge in unserer bereits bestehenden

Welt. Jeder Neuankömmling findet erst einmal die Welt vor, in die er hineingeboren wird, und erst allmählich – in einem langen Prozess der Erziehung – wird er frei. Zur Freiheit nun, sich handelnd in der Welt bewegen zu können, gehört ein Mindestmaß an Einsicht. Nur wer etwas versteht von der Welt, ist in der Welt zu Hause, und Hannah Arendt hat einmal gesagt, dass wir Zeitgenossen nur in dem Maße sein können, wie wir etwas von der Welt verstehen.

Heimisch in der Welt

Zur Bürgerverantwortung gehört daher, sich um das Verständnis des eigenen wie auch des gemeinsamen Lebens zu bemühen. Denn Menschen, die von der Art ihres In-der-Welt-Seins ein entwickeltes Verständnis haben und die sich darüber der Welt, in der sie leben, zugehörig fühlen, fühlen sich eher heimisch in der Welt. Und wer sich heimisch in der Welt fühlt und sich stark mit ihr verbunden sieht, dürfte sich sicherlich mehr um die Qualität und den Zustand seiner zur Heimat gewordenen Welt kümmern als Menschen, denen dieser Zugang zur gemeinsamen Welt fehlt. Als Bürger, die ganz bewusst darauf achten, in welcher Verfassung sich ihre Welt befindet, können weltverhaftete Menschen viel entschiedener jedem Anflug von Ideologie begegnen als Menschen, die weltverloren vor sich hin existieren. Von ihnen ist zu erwarten, dass sie sich unter Umständen sehr schnell einer heilsversprechenden Ideologie an den Hals werfen.

In aller Deutlichkeit können wir sehen, wie das Verstehen Schritt für Schritt auf das Handeln vorbereitet, und allein wer versteht, ist in der Lage, sich in der Welt zu orientieren. Eine politische Bildung, die sich an freiheitlichen Kategorien orientiert und die von dorther den notwendigen Verstehensprozess begleitet, ist sicherlich in der Lage, den Prozess der Einbürgerung anzubahnen. Politische Bildung ist so gesehen eine eminent praktische Disziplin. Von ihr sollte erwartet werden, dass sie in der

Lage ist, den inneren Kompass beizusteuern, einen kategorialen Kompass, der die mentale Einbürgerung abstützt und der zur Verantwortung gegenüber der gemeinsamen Bürgerordnung erzieht.

Dieser Kompass ist jedoch kein objektiver. Er ist nicht in einem gleichsam göttlichen, archimedischen Punkt verankert, dessen Absolutheit das absolute Maß verbürgt. Er ist nicht außerhalb seines eigenen Verstehensraumes angesiedelt, sondern er befindet sich – und das gehört zur Besonderheit des Politischen und zur Herausforderung aller politischen Bildung – innerhalb der Welt, die er auszuloten sucht.

Wer politisch urteilen will, ist daher auf einen politischen Raum angewiesen; er bedarf eines intakten Zwischenraums zwischen anderen ebenfalls urteilenden Menschen. Das heißt, um eine erstrebenswerte humane Existenz zu leben, ist eine Freiheitsordnung unabdingbar. Nur wo sie existiert, können Bürger sich als Bürger begegnen und sich im Verstehen und Urteilen einüben. Überall jedoch, wo die gemeinsamen Bürgerinstitutionen zu verwahrlosen beginnen und wo der Raum der Freiheit schwindet, drohen auch das Urteilen und das Verstehen als originär menschliche und politische Vermögen verloren zu gehen.

»Das Verstehen nämlich ist – im Unterschied zur fehlerfreien Information und dem wissenschaftlichen Wissen – ein komplizierter Prozess, der niemals zu eindeutigen Ergebnissen führt. Es ist eine nicht endende Tätigkeit, durch die wir Wirklichkeit, in ständigem Abwandeln und Verändern, begreifen und uns mit ihr versöhnen, das heißt, durch die wir versuchen, in der Welt zu Hause zu sein.«

Das Verstehen ist ein unabsließbarer Prozess, der ebenso wie das Erwachsenwerden auf kein definitives Ende zuläuft. Wer von Bürgerverantwortung spricht, muss sich stets darüber im Klaren sein, dass das »Sichbilden« an kein definitives Ende gelangt. Auch von daher ist Machiavelli zuzustimmen: »Um einer Republik die Freiheit zu erhalten, bedarf es jeden Tag neuer Maßnahmen.«

Torsten Oppelland

Viel geschmäht und doch unentbehrlich

Parteien in der Demokratie

Die Parteien werden in der Demokratie gerne als Sündenböcke bemüht, doch – so Torsten Oppelland – ohne sie geht es nicht.

Am 12. September 1796 wurde im *American Daily Advertiser* ein Brief von George Washington an das amerikanische Volk veröffentlicht. In diesem als *Farewell Address* berühmt gewordenen Artikel, der überall sofort nachgedruckt wurde, wollte der Gründungspräsident der USA kurz vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit den Menschen noch einmal den Weg weisen. Es war vor allem ein Dokument der Sorge, denn der Präsident fürchtete, dass der junge Nationalstaat an den Gegensätzen zwischen den Regionen, insbesondere zwischen den Nord- und den Südstaaten, zerbrechen könnte; er fürchtete, dass man sich durch Bündnisse mit den Mächten des alten Europa in Kriege würde hineinziehen lassen, die die Existenz der Vereinigten Staaten gefährden würden; vor allem aber fürchtete er »the danger of parties«, also die Gefahr, die von politischen Parteien ausging. Diese bestand für ihn vor allem in dem Geist der Parteilichkeit, der die Menschen davon abhalte, das wahre Wohl der Republik zu erkennen und zu verfolgen.¹

Im Hinblick auf Parteien zeigt dieses historische Dokument zweierlei: Ers-

tens, dass Parteien in der ersten modernen Demokratie praktisch von Anfang an da waren. Schon in der großen Debatte um die amerikanische Verfassung hatten sich zwei Strömungen herausgebildet, die *Federalists* und die *Anti-Federalists*, die in kürzester Zeit die politischen Debatten der Nation dominierten, vor allem aber den Wahlprozess strukturierten, denn nun standen in den meisten Fällen nicht mehr bloße Individuen zur Wahl, sondern Kandidaten einer der beiden großen Parteien.² Zum Zweiten zeigt Washingtons *Farewell Address*, dass dieses neue Phänomen der politischen Parteien von Anfang an mit Skepsis betrachtet wurde. An beiden Befunden, dem Zusammenhang von moderner Demokratie und der Existenz politischer Parteien wie auch an der Kritik an Parteien, hat sich seitdem wenig geändert, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Demokratien sind auf funktionsfähige Parteiensysteme angewiesen

Das Entstehen von politischen Parteien unmittelbar nach der Gründung der amerikanischen Demokratie verweist bereits darauf, dass Parteien für die Strukturierung des demokratischen Wettbewerbs notwendig sind. Ein Parteiensystem ist dann funkti-

onsfähig, wenn es in der Lage ist, regierungsfähige Mehrheiten zu bilden und wenn zumindest die Möglichkeit eines durch demokratische Wahlen herbeigeführten Machtwechsels besteht.

Was passieren kann, wenn ein Parteiensystem nicht funktionsfähig ist, zeigen zwei historische Beispiele. Ge- wiss ist richtig, dass man den Untergang der Weimarer Republik als Demokratie³ nicht monokausal erklären kann; dennoch ist auch richtig, dass die Spielräume für den Reichspräsidenten, die parlamentarisch nicht mehr legitimen Präsidialkabinette zu berufen – und das erste Kabinett von Adolf Hitler war noch ein solches Präsidialkabinett –, nie entstanden wären, wenn das Parteiensystem regierungsfähige Koalitionen zustande gebracht hätte. Das Scheitern der Großen Koalition, d.h. der Koalition der SPD mit den bürgerlichen Parteien, und damit des letzten Versuches, die Regierung auf eine parlamentarische Mehrheit zu stützen, lag tief in der politischen Kultur Deutschlands, insbesondere im Anti-Marxismus der konservativen Eliten, begründet. Die Folge dieser Unfähigkeit war letztlich die »Selbstpreisgabe einer Demokratie«⁴. Eine völlig andere Folge hatte die Dysfunktionalität des italienischen Parteiensystems am Anfang 1990er-Jahre. Jahrzehntelang war die *Democrazia Christiana* in Italien die führende Regierungspartei in instabilen, häufig wechselnden Koalitionen gewesen, zu denen es faktisch keine Alternative gab, solange es bei den übrigen Parteien Konsens war, die große Kommunistische Partei Italiens von der Regierungsmacht fernzuhalten. Erst als in der Sowjetunion der



Prof. Dr. Torsten Oppelland ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Kommunismus zusammenbrach und sich die KPI daraufhin in eine post-sozialistische Partei reformierte, gelang es mithilfe der Aufdeckung einer Reihe von Korruptionsskandalen, die bis dahin dominierende Parteienherrschaft, *partitocrazia*, hinwegzufegen; innerhalb kurzer Zeit entstand ein völlig neues Parteiensystem, das sich um die Postkommunisten und um die von Silvio Berlusconi neu gegründete Partei *Forza Italia* gruppierte.⁵

In einem der Beispiele führte die Dysfunktionalität des Parteiensystems also zum Scheitern des demokratischen politischen Systems, im anderen zur geradezu revolutionären Umgestaltung des Parteiensystems.

Das positive Gegenbeispiel ist die Bundesrepublik Deutschland, die gemeinhin als demokratische »Erfolgsgeschichte« dargestellt wird.⁶ Obwohl die erste Bundestagswahl 1949 noch ein vergleichsweise fragmentiertes Parteiensystem produziert hatte, das dem der Weimarer Republik ähnlicher war als dem späteren bundesdeutschen⁷, gelang es, eine stabile, aber kleine Mehrheitskoalition im Bundestag zu bilden, die erst den Dualismus von Regierungsmehrheit und Opposition in Deutschland etabliert hat. Mithilfe der Fünfprozentsperrklausel kam es in den 1950er-Jahren zu einer Konzentration des Parteiensystems, die dazu führte, dass bis heute alle Bundesregierungen mit der Kanzlermehrheit gebildet werden konnten. Jedoch ist nicht zu erkennen, dass die Mehrheitsbildung im derzeitigen Fünfparteiensystem nicht leichter geworden ist. Schon 2005 gab es nur noch die Alternative zwischen der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD oder einer – damals noch nicht realisierbaren – Dreiparteienkoalition. Dennoch ist die Funktionsfähigkeit des deutschen Parteiensystems deshalb noch keineswegs gefährdet, denn auch solche Dreiparteienkoalitionen können sich – trotz der größeren ideologischen Distanzen der beteiligten Parteien und der damit verbundenen Notwendigkeit, über mühsame Verhandlungen zu koalitionsinternen Kompromissen zu kommen – als arbeitsfähig herausstellen.

Parteienkritik versus Parteienschelte

Parteien sind zuerst einmal Organisationen des massenhaften bürgerlichen Engagements; trotz sinkender Mitgliedszahlen sind noch immer knapp 1,4 Millionen deutsche Bürger Mitglieder in einer der sechs im Bundestag vertretenen Parteien. Dennoch ist die verbreitete Kritik an »den Parteien« keine Bürgerbeschimpfung, denn sie richtet sich nicht gegen die einfachen Mitglieder, von denen ein großer Teil sein Engagement auf das Zahlen des Mitgliedsbeitrages beschränkt, sondern gegen die wesentlich kleinere Zahl derer, die für politische Ämter und Mandate kandidieren bzw. diese innehaben, also gegen die (partei-)politische Klasse. Die Partienforschung hat seit Langem

gezeigt, dass weder »die Parteien« noch »die politische Klasse« homogene Akteure sind, sondern aus einer Vielzahl von verschiedenen Gruppen und Ebenen bestehen, die nur lose miteinander verkoppelt sind und ganz gewiss nicht einfach Anordnungen der Parteiführung folgen.⁸ Führung in Parteien bedeutet deshalb, die Willensbildung zu organisieren, die einzelnen Gruppierungen zu überzeugen und sie mitzunehmen. Wie sehr es einer Partei schadet, wenn die Führung versucht, einen bestimmten Kurs zu erzwingen, ohne die Partei davon wirklich zu überzeugen, zeigt das Schicksal der SPD in der Ära von Gerhard Schröder und dessen Agenda-2010-Politik, die die Partei nicht nur innerhalb kurzer Zeit die Regierungsmehrheit kostete, sondern auch zu einem nachhaltigen Mitglieder- und Wählerverlust führte. Selbst bei den kleineren Parteien in



Wutbürger | Denkmal

Foto: Felix Sauter

Deutschland, die schon aufgrund ihrer Größe und schwächeren Finanzausstattung keine so starke Parteiorganisation unterhalten können wie die immer noch größeren Volksparteien, findet man keine innerparteiliche Homogenität, sondern Gruppierungen und Parteiflügel – man denke nur an die noch gar nicht so lange zurückliegenden innerparteilichen Kämpfe zwischen »Fundis und Realos« bei den Grünen –, sodass auch bei ihnen keine einfache Willensbildung von oben nach unten stattfindet. Manchmal sollten Parteien vielleicht nicht nur Geschlossenheit demonstrieren, sondern auch die innerparteilichen Konflikte offen austragen, denn damit würde deutlich, dass es eine besondere Leistung nicht nur der Volksparteien ist, gesellschaftliche Interessenunterschiede aufzugreifen, zu debattieren und zu einer politischen Entscheidung zu bringen.

Dann würde auch einer der ältesten Topoi der Parteienkritik, dass Parteien nur ihre eigenen Interessen oder die ihrer spezifischen Klientel verfolgten, nicht aber das Gemeinwohl, der bereits in der *Farewell Address* von Washington deutlich wurde, weniger glaubhaft wirken. Dieser Vorwurf ist zwar schwer zu widerlegen, andererseits aber auch schwer zu begründen, denn es gibt in einer Demokratie keinen Schiedsrichter über die Frage, was das Gemeinwohl ist. Sicher ist es nicht der viel zitierte »Wutbürger«, der eher seine Partikularinteressen mit dem Gemeinwohl verwechselt. Letztlich bleibt nichts anderes, als diese Entscheidung der Mehrheit zu überlassen, wobei man mit guten Gründen argumentieren kann, die Bürger direkt an solchen Entscheidungen zu beteiligen und nicht immer nur die mit Mehrheit gewählten Repräsentanten entscheiden zu lassen. Freilich sollte man sich davor hüten zu glauben, dass allein mit mehr direkter Partizipation alle Probleme gelöst seien; das Schweizer Minarettverbot beispielsweise hat gezeigt, dass der Minderheitenschutz in einer direkten Demokratie nicht unbedingt besser aufgehoben ist als in einer repräsentativen.

In eine ähnliche Richtung geht der Vorwurf, Parteien interessierten sich nicht für den Bürger, sondern nur für dessen Stimme und sie würden alle Wahlversprechen vergessen, sobald sie die Stimme bekommen hätten; ein Vorwurf übrigens, der nicht nur von den Medien gerne aufgegriffen wird, sondern auch von den Parteien selbst, die einander häufig Wortbruch und Lüge vorwerfen.⁹ Zu einem gewissen Grade ist dieser Vorwurf wohlfeil, denn er ignoriert, dass sich Rahmenbedingungen sehr rasch ändern können, wenn etwa Banken zusammenbrechen oder Atomkraftwerke explodieren. Wenn eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung eine dramatische Politikrevision wie die Entscheidung der derzeitigen Bundesregierung nach der Katastrophe von Fukushima, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zurückzunehmen und die Weichen in Richtung eines baldigen Ausstieges aus der Kernkraft zu stellen, zwar begrüßt, eine noch größere Mehrheit dies aber nur wahlpolitischem Opportunismus zuschreibt, dann zeigt das, wie schwer es für die Parteien ist, es der Mehrheit recht zu machen.¹⁰ Dabei ist der »Wahloppportunismus« der Parteien in der Demokratie eigentlich das entscheidende Regulativ, um den Mehrheitswillen umzusetzen.

Der Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien, der in solchen Befunden zum Ausdruck kommt, ist freilich zu einem beträchtlichen Teil von diesen selbst verursacht. Stetig wiederkehrende Fälle von Verstößen gegen das Parteigesetz im Hinblick auf die Parteienfinanzierung, von Ämterpatronage in Bereichen, die eigentlich nicht zum originären Wirkungsbereich von Parteien gehören wie etwa den Rundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Sender, von Privilegienmissbrauch¹¹ und dergleichen Dinge mehr, die jedesmal alle negativen Stereotype und Vorurteile zu bestätigen scheinen, untergraben langfristig das Vertrauen in eine (partei-)politische Klasse, die sich von der Lebenswelt der Bürger abschottet und sich aus sich selbst rekrutiert. Letzteres kommt, nur leicht überpünktiert, in Lebensläufen zum Ausdruck,

die direkt von der Mitgliedschaft in der Jugendorganisation einer Partei über das Studium – vorzugsweise der Rechts- oder einer Sozialwissenschaft – in eine Tätigkeit als Referent oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Mandats- oder Funktionsträgers und von dort in eine Laufbahn als Berufspolitiker führen.

Solche und andere hier aus Platzgründen nicht genannte konkrete Missstände zu kritisieren ist in einer Demokratie selbstverständlich nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Der pauschale Vorwurf »Lügenpack«, der nicht erst bei den Protesten gegen »Stuttgart 21« aufkam, hat mit einer derartigen Kritik indes wenig gemeinsam.¹²

Reformbemühungen der Parteien

Es ist nun freilich keineswegs so, als ob den Parteien die Vertrauenskrise, die sich auch in Mitglieder- und Wählerverlusten ausdrückt, verborgen geblieben wäre.¹³ Im Gegenteil, schon seit den frühen 1990er-Jahren bemühen sich insbesondere die beiden großen Parteien, den Trend umzukehren und durch zahlreiche Organisationsreformen die Parteimitgliedschaft wieder »gewichtiger, spannender und verantwortungsvoller« zu machen.¹⁴ So zielen die Reformbemühungen auf die Steigerung der Mitwirkungsrechte der »einfachen« Parteimitglieder durch innerparteiliche Personal- und Sachentscheidungen, auf die Einführung von Schnuppermitgliedschaften und ähnlicher Dinge, um die Schwelle zum Beitritt zu senken, auf die Öffnung zur Gesellschaft über Netzwerke zu Sympathisanten, die an einzelnen Politikfeldern, nicht aber an einer allgemeinen Parteimitgliedschaft interessiert sind, bis hin zu den jüngsten Vorschlägen der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zur Beteiligung von Nichtmitgliedern an innerparteilichen Vorwahlen fast nach amerikanischem Muster. Insgesamt sind alle diese Reformatiengungen jedoch weitgehend verpufft; teils weil sie auf innerparteilichen Widerstand trafen,

da die beitragszahlenden Mitglieder ihre Rechte gefährdet sahen, teils weil sie nur punktuell und nicht flächendeckend umgesetzt wurden, teils aber auch weil der verbreitete Vertrauensverlust der Parteien, dem gerade entgegengewirkt werden sollte, einer Parteimitgliedschaft in den Augen der Bürger wenig Attraktivität und Prestige zubilligt. Tatsächlich ist es ja auch einfacher, billiger und bequemer, den Parteien die Verantwortung für alle Probleme dieser Welt aufzubürden und selbst in den Sesseln der »Zuschauerdemokratie« sitzen zu bleiben oder sich nur punktuell an einer Demo für oder gegen ein Projekt zu beteiligen, an dem man selber ein hohes Interesse hat.

Konsequenzen für die politische Bildung

Nach der bisherigen Darstellung ergeben sich die Konsequenzen für die politische Bildung fast von selbst. Die politischen Bildner und Bildnerinnen sollten sich selbst folgende Dinge immer wieder klarmachen und diese dann den Bürgern vermitteln:

Bei aller legitimen und notwendigen Kritik an Parteien sollte nie außer Acht gelassen werden, dass das Funktionieren von Demokratien auf ein funktionsfähiges Parteiensystem angewiesen ist; man sollte sich also davor hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Eine pauschale, undifferenzierte Kritik an Parteien, die keine konkreten Missstände benennt, erweckt leicht den Verdacht, dass »die da oben«, d.h. Parteien und Politiker, für alles und jedes haftbar gemacht werden, ohne zu fragen, ob für das, was beklagt wird, nicht langfristige Entwicklungen wie Staatsverschuldung, demografische Entwicklung, Globalisierung verantwortlich sind, die nicht von politischen Entscheidungen der jetzt agierenden Parteien und Politiker ausgelöst wurden.

Die völlig legitime und notwendige Kritik an Missständen in den Parteien und an den Auswüchsen der Parteidemokratie setzt ein halbwegs

realistisches Bild der politischen Wirklichkeit in diesen Parteien voraus und sollte die Erwartung eines in sich geschlossenen Akteurs mit hierarchisch vorgeformter Willensbildung vermeiden.

Vor allem aber hat die politische Bildung die schwere Aufgabe, den Bürgern klarzumachen, dass viele der durchaus zu Recht kritisierten Missstände wie beispielsweise die Überalterung der Parteien nur durch bürgerschaftliches Engagement *in den Parteien* und nicht *gegen* die Parteien zu beheben sind. Der »Wutbürger« wird nur dann nachhaltige Wirkung erzielen, wenn er sich auf den »langen Marsch durch die Institutionen« begibt – auch wenn er auf dem Weg, wie die 68er vor ihm, nicht nur die Parteien, sondern auch sich selber verändern wird.

ANMERKUNGEN

- Der Brief ist u.a. abgedruckt in Hefner 1976, S. 62–67.
 - Vgl. zum »ersten« Parteiensystem der USA Klumpjahn 1998, S. 108–117. Für einen knappen Gesamtüberblick zur Entwicklung amerikanischer Parteien: Oppelland 2005, S. 79–99.
 - Es ist ein aktueller Trend historischer Forschung, den Blick eher auf das Fortschrittliche der Weimarer Demokratie als auf deren Scheitern zu richten, beispielhaft dafür die Beiträge in: Friedrich-Ebert-Stiftung 2009.
 - Erdmann, Schulze 1978. Vgl. auch jüngst: Jesse 2010, bes. S. 47–51.
 - Zohlnhöfer 2006, S. 275–298.
 - Beispielhaft: Wolfrum 2006.
 - Vgl. Falter 1981.
 - Vgl. zum Modell der »lose verkoppelten Anarchie« den kompakten, aber sehr hilfreichen Überblick von Wiesendahl 2006, bes. S. 34–36.
 - Das beste Beispiel ist der von den damaligen Oppositionsparteien beantragte 1. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode (2002/03), der als »Lügenausschuss« bekannt wurde, weil er die angeblich vorsätzliche Täuschung der Wähler durch die damalige Bundesregierung über die wahre Haushaltsslage untersuchen sollte.
 - ARD Deutschland Trend vom Juni 2011 (www.tagesschau.de/multimedia/bilder/crbilderstrecke244.html, aufgerufen 16.8.2011).
 - Dazu gehört auch das immer wieder kritisierte Privileg der Parteien, über ihre Fraktionen gewissermaßen selbst über die Höhe der Parteienfinanzierung und der Abgeordnetenbesetzung entscheiden zu können.
 - Vgl. den in mehrfacher Hinsicht interessanten Rückblick auf die Proteste gegen den Bau der neuen baden-württembergischen Landesmesse in Leinfelden-Echterdingen in den Jahren 2002/03 von Michael Ohnewald 2011.
- 13 Es gibt dabei jedoch Ausnahmen: Die kleineren Parteien in Deutschland konnten insbesondere in Phasen der Oppositionszeit eine wachsende Mitgliederzahl registrieren, die FDP in den frühen und späten 2000er-Jahren, Die Linke von 2007–2009 und Bündnis 90/Die Grünen zwischen 1993 und 1999 sowie seit 2008; diese Zugewinne waren jedoch meist nicht nachhaltig; vgl. Niedermayer 2011, S. 369, Tab. 1.
- 14 So das Konzept »Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei« von 2003, zit. nach Jun 2009, S. 195.

LITERATUR

- Erdmann, K. D.; Schulze, H. (Hg.) (1978): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Düsseldorf, 5. Aufl.
- Falter, J. W. (1981): Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: Politische Vierteljahrsschrift 22, S. 236–263.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen (Hg.) (2009): Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie. Erfurt.
- Hefner, R. (Hg.) (1976): A Documentary History of the United States. New York, 3. Aufl., S. 62–67.
- Jesse, E. (2010): Systemwechsel in Deutschland 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90. Köln, Weimar, Wien.
- Jun, U. (2009): Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun, U.; Niedermayer, O.; Wiesendahl, E. (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, S. 187–210.
- Klumpjahn, H. (1998): Die amerikanischen Parteien. Von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Opladen.
- Niedermayer, O. (2011): Parteimitglieder im Jahr 2010. In: ZParl 2, S. 365–383.
- Ohnewald, M. (2011): Vom Widerstand im Schwabenland. In: FAS v. 24.07.2011, S. 5.
- Oppelland, T. (2005): Divided Nation – Zur Rolle der Parteien in der amerikanischen Politik. In: Ders./Kremp, W. (Hg.): Die USA im Wahljahr 2004 (= Atlantische Texte, Bd. 24), Trier, S. 79–99.
- Wiesendahl, E. (2006): Parteien. Frankfurt/M.
- Wolfrum, E. (2006): Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart.
- Zohlnhöfer, R. (2006): Das Parteiensystem Italiens. In: Niedermayer, O.; Stöss, R.; Haas, M. (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, S. 275–298.

Weiterbildung für alle

»Deutschlands Zukunft hängt von einem offenen und chancengerechten Zugang zur Weiterbildung ab.« Das erklärte die Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV), Rita Süssmuth, vor den 1.500 Gästen des 13. Deutschen Volkshochschultages in Berlin, bei dem auch das neue DVV-Grundsatzprogramm vorgestellt wurde. Darin verpflichten sich die Volkshochschulen zu noch mehr eigenen Anstrengungen für mehr Bildungsgerechtigkeit für alle. Der DVV trat auch der »Allianz für Bildung« (vgl. EB 2/11) bei. Um Bildungsangebote für bildungsbenachteiligte Erwachsene vorhalten zu können, forderten die Volkshochschulen von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft jährlich 100 Millionen Euro. Damit sollen pro Jahr zusätzlich 50.000 funktionale Analphabeten Lesen und Schreiben lernen. Die DVV-Präsidentin reagierte damit auf eine Studie, nach der in Deutschland 7,5 Millionen Erwachsene so geringe Lese- und Schreibkompetenzen haben, dass sie am alltäglichen Leben nur schwer teilhaben können (vgl. EB 2/11).

DVV-Vorsitzender Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, kündigte in Berlin eine Innovationsoffensive der Volkshochschulen an. »Unsere Angebote werden den Betroffenen in jeder Lebensphase und auf unterschiedlichen Niveaustufen zur Verfügung stehen, vom Anfänger- bis zum Fortgeschrittenenkurs mit beruflicher Ausrichtung und anerkanntem Abschluss, als Weiterbildungsbereit in der Volkshochschule oder zu Hause und am Arbeitsplatz unter Einsatz moderner digitaler Lernplattformen.«

Aktive Bürger und bürgernahe Politik

Diskussionen der außerschulischen Szene

Politikverdrossene, politikferne Bevölkerungskreise oder eine desinteressierte Jugend, aber zunehmend auch Wutbürger und Empörte sind in der letzten Zeit als Problemfälle identifiziert worden. In der EU und den Staaten der europäischen Peripherie haben sich wütende Bürger und Bürgerinnen, siehe die nordafrikanische »Arabellion«, noch in ganz anderer Weise bemerkbar gemacht. Für den eingespielten Betrieb der Politik mögen solche Aktivitäten als Störung erscheinen. Für die politische Erwachsenenbildung könnte der zivilgesellschaftliche Eigensinn dagegen eine Chance sein – wie er auch in historischer Perspektive eine wichtige Antriebskraft darstellt, um nonformale, außerhalb des formalen Ausbildungssystems stehende Bildungsbemühungen zu organisieren.

Engagierte Bürger

Bürgerengagement und Bürgerprotest spielten und spielen für die außerschulische politische Bildung in Deutschland eine konstitutive Rolle. Die breit gefächerte, plurale Trägerlandschaft der Jugend- und Erwachsenenbildung versteht sich ja als zivilgesellschaftliche Initiative und damit als politischer Akteur sui generis. Sie will kein bloßer Dienstleister angesichts öffentlicher Notlagen, kein Werk der Politik sein, auch wenn sie auf staatliche Förderung existenziell angewiesen und, zumindest bislang, bildungspolitisch getragen und gewollt ist. (Einschlägige Kürzungsmaßnahmen etwa bei der Bundeszentrale für politische Bildung, siehe EB 1/11 und EB 2/11, lassen hier jedoch Schlimmes befürchten.) Zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement und das Spannungsverhältnis, das sich daraus zur staatlichen Sphäre ergibt,

beschäftigen daher die nonformale Bildung seit Langem.

Politik-Professor Herfried Münkler hat im Journal für politische Bildung 1/11 festgehalten, dass das bürgerschaftliche Engagement, das 2011 durch ein Europäisches Jahr besonders gewürdigt wird, im politischen System zwiespältige Wirkungen zeitigt. Die Auseinandersetzungen um den Stuttgarter Bahnhofsneubau hätten z.B. gezeigt, dass sich die politische Administration und größere Teile der Bürgerschaft »immer weiter voneinander entfernen und die von den Parteien verkörperten Verbindungslien, über die Hinweise und Anregungen, Warnungen und Stoppsignale kommuniziert werden, nicht mehr oder nur noch unzulänglich funktionieren«. Das führte Münkler zu der provokativen Frage, was die Parteien eigentlich leisten, »worin sie nicht durch andere Organisationsformen der politischen Meinungsbildung abgelöst werden könnten«. Doch müssten sich auch NGOs befragen lassen, in welchem Auftrag und mit welchen Ressourcen sie öffentlich agieren.

Eine politische Stellvertreter- oder Ersatzfunktion der Zivilgesellschaft – die in der Sozialpolitik schon problematisch genug ist, wenn alles andere beim Alten bleibt – würde gravierende Konsequenzen für die demokratische Ordnung haben. Die deutsche Demokratie ist ja als eine Parteidemokratie institutionalisiert. Die Verlagerung von Kompetenzen auf zivilgesellschaftliche Initiativen würde eine solche Konstruktion infrage stellen, so wie das Fernbleiben aktiver Bürger jetzt schon den Parteien das Wasser abgräbt. Können aber auf singuläre politische Fragen und einen begrenzten Zeitraum hin orientierte Initiativen Parteien ersetzen? Wo läge die demokratische Legitimation sol-



Proteste gegen Stuttgart 21
Foto: Martin Storz

cher Aktivitäten? Wäre Transparenz gewährleistet? Klaus-Peter Hufer, in der Bildungsszene als Vertreter eines emanzipatorischen Ansatzes bekannt, hat ebenfalls im Journal Nr. 1, das dem Jahr des Bürgerengagements gewidmet ist, die Rolle der Erwachsenenbildung in diesem Kontext betont. Politische Erwachsenenbildung hat, so Hufer, soziale Bewegungen über ihr eigenes Projekt, über seine Chancen und Grenzen aufzuklären. Bildungs-

arbeit müsse die partikularen Interessen mit den allgemeinen politischen Erfordernissen vermitteln. Dies lehre die Erfahrung, die bereits in den 1970er-Jahren mit dem Aufbruch der Bürgerinitiativen gemacht wurde. Aber im Unterschied zu dieser Zeit habe sich mittlerweile einiges geändert: »Das allgemeine Ausbildungsniveau ist gestiegen. Stuttgart und der Protest gegen die Atompolitik zeigen, dass die Protestbewegung nicht aus einem gesellschaftlichen Randbezirk heraus kommt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Es wird aber auch deutlich – beispielsweise im Widerstand gegen die beabsichtigte Schulreform in Hamburg –, dass es Initiativen und Bürgerbegehren gibt, die gewohnte Strukturen beibehalten, auch eigene Privilegien verteilen wollen.«

Empörte Bürger

Der Psychologe Harald Welzer hat jüngst im Spiegel (28/11) einen Essay »Empört euch – über euch selbst!« veröffentlicht. Sein Fazit lautet: »Die Politik tritt auf der Stelle, weil Privilegiensicherung zum einzigen Inhalt des Politischen geworden ist.« Welzers Thema sind die warnenden

Prognosen einer »Ökodiktatur«, die teils von interessierter Seite (Vahrenholt, RWE) verbreitet werden und sich darauf richten, dass »die energetische Transformation der Gesellschaft« ein Maß an Idealismus und Opferbereitschaft verlange, das »auf demokratischem Wege nicht zu verwirklichen« sei. Welzers Reaktion ist ambivalent. Einerseits verweist er darauf, dass unsere »Leitkultur des Verbrauchs und der Verschwendungen« systembedingt ist. Sie ist ja die Folge des Wachstumsimperativs, der für die marktwirtschaftliche Ordnung generell gilt; also müsste hier auch angesetzt werden. Andererseits gibt er dem diktatorischen Zugriff auf unser aller Opferbereitschaft gewissermaßen recht. Die Politik soll Mut fassen, sie soll sich daran erinnern, »dass Modernisierung immer das Resultat eines mühsam erkämpften Abbaus von Privilegien ist.«

So ergibt auch Welzers Schlagzeile Sinn: Die durch den Bestseller von Stéphane Hessel (übrigens ein kommerzieller Verlags-Coup eigener Art) bekannt gewordene Forderung, dass sich Bürger und Bürgerinnen empören, d.h. in die Fragen des Gemeinwesens einmischen und nicht in Lethargie verharren sollen, wird zurückgenommen. Der Einzelne soll da ansetzen, wo er sowieso zuständig ist, nämlich bei sich und seinem Lebensstil. Er soll die Eingriffe in seine Lebensqualität hinnehmen und seine materielle Versorgungslage im weltweiten Maßstab als ein einziges Privileg begreifen. Da passt es, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Sommer 2011 das kontinuierliche Sinken der Löhne im deutschen Niedriglohnsektor meldete. Ideell sollen sich die Menschen hierzulande damit trösten, dass sie sich im Vergleich zu anderen Weltgegenden auf einem guten Lebensniveau befinden. Praktisch hat das die Folge, dass sie immer stärker an diesem Vergleichsmaßstab gemessen werden und ihren »Privilegien« der Prozess gemacht wird.

Politik-Professor Peter Grottian, der selber im Bürgerprotest aktiv und einer seiner wichtigsten Theoretiker ist, vertritt dagegen das Recht des parti-

Trendbericht Weiterbildungsverhalten

Die Weiterbildungsbeteiligung der über 50-Jährigen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das belegt der Trendbericht zum Adult Education Survey (AES) 2010 »Weiterbildungsverhalten in Deutschland«, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Sommer vorlegte. Besonders deutlich ist das Wachstum der Weiterbildungsteilnahme bei den 60- bis 64-Jährigen: Sie stieg innerhalb von drei Jahren von 18 Prozent auf 27 Prozent. Der vollständige Bericht liegt ab Oktober 2011 als eine Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) vor. Der sprunghafte Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung Älterer von 2007 bis 2010 ist laut DIE überraschend, wobei für die begrüßenswerte Entwicklung zwei Ursachen verantwortlich sein könnten: Möglicherweise motiviert die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zur Teilnahme an Weiterbildung als Investition in die berufliche Zukunft, und zwar sowohl die einzelnen Arbeitnehmer als auch die Betriebe. Ferner könnte der Anstieg darauf zurückzuführen sein, dass es sich bei den heute 60- bis 64-Jährigen um die Generation der Bildungsboomer handelt. Weitere zentrale Ergebnisse des Trendberichts werden in der Ausgabe der DIE-Zeitschrift (2/11) kommentiert. Der AES-Trendbericht kann über die Website des BMBF (www.bmbf.de) bestellt werden und steht als Download ([www.bmbf.de/pub/...](http://www.bmbf.de/pub/)) zur Verfügung.

kularen Aufbegehrens. »Ziviler Ungehorsam massenhaft und gewaltfrei – das fürchten die Herrschenden. Stuttgart in dem Sinne zum Tahrir zu machen« sei das Gebot der Stunde (Lunapark21, 14/11). Die Wahl des grün-roten Landtags habe den Protest nicht erledigt. »Das selbstbewusste Pochen auf einer regionalen Legitimation der wirklich Betroffenen« sei der entscheidende Punkt, das habe auch die Anti-AKW-Bewegung seit den 1970er-Jahren gelehrt. Grottian sieht die Stuttgarter Proteste als »Symbol für eine Selbstermächtigung der Bürger«, die die Parteipolitiker, die Angestellten auf Zeit, in die zweite Reihe verweise.

Von einem solchen Anstellungsverhältnis kann in einer repräsentativen Demokratie allerdings keine Rede sein. Bürger und Bürgerinnen geben nicht die Richtlinien der Politik aus, wofür sie sich dann ausführendes Personal suchen. Auch bei Grottian ist das eher eine ideale Bestimmung der Politik – eine Vision, wie sie sein sollte, wenn die Bürgerschaft sie so sähe. Über Visionen lässt sich aber endlos streiten. Produktiver wäre es da, in die politischen Lernprozesse, die die sozialen Bewegungen – da sind sich die meisten Experten einig – dringend brauchen, Fragen zur ideologischen und praktischen Rolle des Allgemeinwohls im real existierenden politischen System einzuspeisen. Welche Interessen haben denn zur Einführung und zum Jahrzehntelang aufrechterhaltenen Betrieb einer lebensgefährlichen Atomtechnologie geführt? Warum muss überall im Lande die Umschlagsgeschwindigkeit von Sach- und Humankapital erhöht und der Rest an überliefelter Stadtkultur geschleift werden? Steht dahinter immer das Gemeinwohl? Gibt es da nicht ganz eigene ökonomische und politische Bilanzen, die solchen Fortschritt erzwingen, sowie Vorentscheidungen, die nur solche »Sachzwänge« zulassen? Das wären z.B. Fragen, wie sie die Erwachsenenbildung in den Diskurs mit bewegten Bürgern und Bürgerinnen einbringen könnte.

Johannes Schillo

Nonformale Bildung ist gefragt

Europäische Diskussion zur Bildungspolitik

Zunehmend bestimmt die bildungspolitische Diskussion auf europäischer Ebene die nationale Entwicklung – ein Trend, der in den EU-Verträgen eigentlich nicht vorgesehen war, der sich aber, wie mittlerweile vieles in der Europäischen Union, als unabsehbare Sachnotwendigkeit eingestellt hat und der auch die betroffenen Organisationen und Träger der Bildungsarbeit in den europäischen Mitgliedsländern herausfordert.

Qualifikationsrahmen

Ein markantes Beispiel ist die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR), der nationale Bildungsabschlüsse europäisch vergleichbar machen soll und der inzwischen, auch in Deutschland, zur Erarbeitung nationaler Rahmenwerke geführt hat (vgl. den Bericht vom Expertenworkshop 2010 in EB 3/10). Zurzeit befindet sich der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) in der Erprobung, und seine Implementierung, also seine Nutzung als Referenzsystem in den Abschlusszertifikaten des deutschen Bildungssystems, ist für 2012 vorgesehen. Bei dem Workshop im Vorjahr »wurde deutlich, dass die Einbeziehung der Weiterbildung schon aufgrund der unterschiedlichen Interpretationen dessen, was zur nonformalen oder formalen Bildung gehört – trotz vorgelegter Definition – unterschiedlich interpretiert wurde«. Das resümierte seinerzeit KBE-Geschäftsführerin Andrea Hoffmeier, die jetzt auch im Sommer 2011 bei neuen Beratungen an der Sitzung einer Arbeitsgruppe (AG 1) für die katholische Erwachsenenbildung teilnahm. Diese befasste sich mit den Anschlussmöglichkeiten nonformalen und informellen Lernens an den DQR in den Bereichen

allgemeine, politische und kulturelle Bildung.

Zu der Konsultation hatte das Bildungsministerium (BMBF) vor allem Vertreter und Vertreterinnen aus Erwachsenenbildung, Jugendarbeit, Jugendbildung und Verbänden eingeladen. Die BMBF-Abteilungsleiterin Susanna Schmidt begrüßte die Teilnehmer der Zusammenkunft, die von Ekkehard Nuissl, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), geleitet wurde, und machte als Ziel der eingerichteten Arbeitsgruppen deutlich, mögliche Verfahrenswege zur Einbeziehung nonformalen und informellen Lernens in den DQR unter Beteiligung der Hauptakteure der Fort- und Weiterbildung sowie der Sozialpartner zu erarbeiten. Die Absicht, den außerschulischen, nach der europäischen Bildungsterminologie: nonformalen Bereich einzubeziehen, ist also politisch vorhanden. Die Schwierigkeiten, über die in der Erwachsenenbildungsszene schon vielfach diskutiert wurden, sind damit noch nicht überwunden.

Hier sind jetzt konkrete Initiativen gefragt – und auch schon einige unterwegs. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden ihre Empfehlungen zeitnah in den weiteren Beratungsprozess eingeben und auch Weiterbildungen/Kurse probeweise dem DQR zuordnen. Daran wird sich die katholische Erwachsenenbildung beteiligen. Auch der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet, wurde aktiv. Er hat Anfang 2011 seine Arbeitsgruppe Grundsatzfragen neu konstituiert. Die AG kam im Sommer 2011 zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wertete u.a. die Ergebnisse der Konsultation mit dem BMBF aus. Sie hat für die nächste Zeit ein Arbeitsprogramm vereinbart, das sich

vor allem mit dem Kompetenzbegriff und den daraus resultierenden Kontroversen sowie mit der Dokumentation von Lernleistungen im nonformalen Bereich befassen wird. (Interessenten wenden sich an den bap: info@bap-politischebildung.de.)

Nonformal und informell

Seit gut zehn Jahren wird auf europäischer Ebene über die Rolle nonformaler Bildung diskutiert. Mit der neuen begrifflichen Einordnung werden auch Aufgaben der Jugend- und Erwachsenenbildung erfasst. Im EU-Memorandum über Lebenslanges Lernen aus dem Jahr 2000 wurde die Dreiteilung in formale, nonformale und informelle Bildung mehr oder weniger offiziell eingeführt, wobei sich gleich eine Diskussion ergab, inwiefern dadurch etwa eigenständige Erwachsenenbildungstraditionen, wie sie in den europäischen Ländern bestehen, infrage oder zur Disposition gestellt sind. Definitorisch ist die Dreiteilung folgendermaßen bestimmt: Als formale Bildung werden im EU-Memorandum die auf Abschlüsse und Zertifikate ausgerichteten Bildungsangebote bezeichnet, während pädagogisch arrangierte und begleitete, aber nicht abschlussbezogene Angebote als nonformale Bildung und alle Formen des alltäglichen Lernens en passant als informelle Bildung firmieren. Zur Begriffsklärung gibt es jetzt einen Kommentar von Benedikt Widmaier im Journal für politische Bildung Nr. 3/11, das der neuen Bildungs-Trias gewidmet ist. Hier zeigt sich auch, dass die definitorische Abgrenzung einige Probleme aufwirft.

In der bildungspolitischen Diskussion richtet sich heutzutage das Hauptaugenmerk auf Fragen der Beschäftigungsfähigkeit, wobei das EU-Memorandum aber – tendenziell gleichberechtigt – die Bedeutung der Active Citizenship nannte. Um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, werden demnach immer häufiger Kompetenzen verlangt, die sich aus rein formaler Bildung nicht direkt ergeben;

diese Soft Skills sichtbar zu machen sei ein entscheidender Schritt zur Anerkennung nonformaler Bildung, heißt es in der Diskussion. Mit dem Thema beschäftigt sich jetzt auch das Arbeitspapier »Pathways 2.0 towards recognition of non-formal learning/education and of youth work in Europe«, das in Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit dem Europarat entstanden ist. Weitere Institutionen und Verbände waren an der Ausarbeitung

ebenfalls beteiligt. Das Papier liegt mittlerweile auf Deutsch unter dem Titel »Wege zur Anerkennung von nicht formalem Lernen/nicht formaler Bildung und Jugendarbeit in Europa« vor. (Der Wortlaut des Arbeitspapiers findet sich auf dem Youth-Partnership-Webportal, das von der Europäischen Kommission und dem Europarat betrieben wird. Adresse: <http://youth-partnership-eu.coe.int>.)

js

Weiterbildungsstatistik im Verbund

Im Sommer 2011 hat das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE) zum achten Mal die »Weiterbildungsstatistik im Verbund« veröffentlicht. Sie fasst zum Berichtsjahr 2009 Daten aus vier großen Organisationen allgemeiner und politischer Weiterbildung, darunter auch die katholische Erwachsenenbildung, zusammen. Das kommentierte Tabellenwerk enthält umfassende Informationen zu Rechtsformen, Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der beteiligten Weiterbildungsorganisationen. Wichtige Ergebnisse aus der Verbundstatistik 2009 sind:

- Im Verbund wurden rund 1,2 Millionen Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.
- Das Zeitvolumen der durchgeführten Veranstaltungen betrug insgesamt 21 Millionen Unterrichtsstunden.
- 2009 wurden 18,6 Millionen Teilnahmen an Veranstaltungen der beteiligten Organisation gezählt.
- Im Verbund waren 13.000 Mitarbeiter hauptberuflich beschäftigt. 276.000 Menschen waren im Verbund ehrenamtlich, neben- oder freiberuflich tätig.
- Die Teilnehmenden trugen 36 Prozent der Kosten für Weiterbildung durch Gebühren und Entgelte. 27 Prozent wurden von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht (inklusive kommunaler Träger bei Volkshochschulen), 28 Prozent stammten aus verschiedenen öffentlichen Haushalten. Die Einrichtungen warben 9 Prozent sonstige Mittel ein. Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,4 Milliarden Euro.

Für die Weiterbildungsstatistik 2009 wurden Daten von fast 1.900 Einzeleinrichtungen ausgewertet. Die Angaben wurden auf die insgesamt 2.140 Weiterbildungseinrichtungen im Verbund hochgerechnet. Damit deckt die Verbundstatistik etwa ein Fünftel der Einrichtungen der organisierten Weiterbildung in Deutschland ab und leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz über einen bedeutenden Teilbereich der Weiterbildungslandschaft. Am Verbund sind der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung beteiligt. Hinzu kommt als assoziierter Partner der Deutsche Volkshochschul-Verband. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beteiligte sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung. Neben Auswertung und Veröffentlichung der Daten bietet das DIE auch eine individuell zugeschnittene statistische Aufbereitung für die Verbundpartner sowie für Wissenschaft, Politik und Praxis an. Weitere Informationen: www.die-bonn.de/Weiterbildung/Statistik/Verbundstatistik. Kontakt: steinbach@die-bonn.de, www.die-bonn.de.

120 Jahre Rerum novarum

AKSB würdigt Sozialencyklika

Den 120. Jahrestag der Veröffentlichung der Enzyklika Rerum novarum hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) zum Anlass genommen, in einer Erklärung vom Mai 2011 das kirchliche Dokument mit Blick auf die eigene Bildungsarbeit zu würdigen. Die erste große Sozialencyklika, mit der die Kirche zum beginnenden weltweiten Siegeszug des Kapitalismus Stellung nahm, ist für den Vorstand der AKSb ein zentrales Dokument der politisch-sozialen Orientierung. In ihm werden, so die katholische Fachorganisation für politische und sozialethische Bildung, grundlegende Standards sozialer Gerechtigkeit und Ordnung benannt, die auch heute noch für die Weiterentwicklung der Arbeit katholisch-sozial orientierter Bildung ein wichtiges Fundament darstellen. Der in der Sozialencyklika thematisierte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und ihr Eintreten für die soziale Gerechtigkeit zeigten deutlich, dass zumeist strukturelle Ordnungsprobleme und nicht in erster Linie das Verhalten von Einzelnen zu Ungerechtigkeit und Exklusion führen.

Notwendigkeit des Nachdenkens

Aus Anlass des Jubiläums verweist daher die AKSb auf die bleibende Notwendigkeit des Nachdenkens und der Vergewisserung der tragenden Werte und Prinzipien der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Hier kann übrigens auf einer langen sozialkatholischen Tradition aufgebaut werden. Mit der Veröffentlichung der ersten Sozialencyklika durch Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 wurde – nach einem längeren Vorlauf sozialethischer Studienkreise und verschiedenen Bemühungen auf

nationalkirchlicher Ebene – die Entwicklung der modernen päpstlichen Sozialverkündigung begründet. Seitdem stellt die katholische Soziallehre, die im Korpus der autoritativen päpstlichen Rundschreiben zusammengefasst wird, aber auch als Sozialverkündigung von Verbänden und Experten weiterentwickelt wird, eine wichtige Quelle kritischer Reflexion dar, die viele Anregungen zur Lösung der sozialen Fragen bietet.

Maßgebliche Traditionslinie

Das gelte, so die Aksb, gerade auch in der gegenwärtigen Situation. Das Jubiläum von Rerum novarum eröffne die Gelegenheit, die Positionen der Soziallehre wieder stärker in den öffentlichen Diskurs zu rücken. Als Antwort auf die Ordnungsprobleme moderner Industriegesellschaften, die durch den Gegensatz von Kapital

und Arbeit geprägt sind, hatte die Enzyklika die Berücksichtigung von Prinzipien genannt, die für eine gerechte Ordnung wesentlich sind: Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Im Zeitalter der ökologischen Krise ist in der kirchlichen Sozialverkündigung die Nachhaltigkeit als weiteres Prinzip hinzugekommen. Die Aksb erinnert in ihrem Statement auch daran, dass die Bedeutung von Rerum novarum für die Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit der modernen Gesellschaft in den folgenden Sozialencykliken Quadragesimo anno von Pius XI. (1931), Mater et Magistra von Johannes XXIII. (1961), Octogesima adveniens von Paul VI. (1971) und Centesimus Annus von Johannes Paul II. (1991), die jeweils im Rückbezug auf das Veröffentlichungsdatum der ersten modernen Sozialencyklika erschienen, immer wieder betont wurde. Außerhalb dieses Turnus veröffentlichte dann Benedikt XVI. 2009 Caritas in veritate – ein soziales Rundschreiben, das nach der weltweiten Krise des Kapitalismus mit ihrer Vernichtung von Milliardenwerten, ihrer Ruinierung einzelner Volkswirtschaften und ihrem finanziell-kapitalistisch fast bis zum »Systemabsturz« vorange-

Solidarische Gesellschaft und Web 2.0

Wenn die Stabilität einer Gesellschaft auf angemessene Formen gelingender Sozialisation und Solidarität angewiesen ist, stellt sich heute zunehmend die Frage, ob soziale Netzwerke dazu einen Beitrag leisten. Wie sozial sind die »Social Media« eigentlich? Das fragt auch die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die sich unter dem Titel »Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0 – Sozialisation, Partizipation und intergenerationale Solidarität« auf ihrer Jahrestagung vom 21. bis 22. November 2011 mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich »Social Web« und intergenerationaler Dialog vertraut machen will. Dabei geht es natürlich vor allem darum, Konsequenzen für die politische Bildung zu ziehen. Als Referenten nehmen Prof. Bernd Trocholepczy (Frankfurt/M.), Thomas Kupser (Institut für Medienpädagogik, München), Dr. Jan Hinrik Schmidt (Hans-Bredow-Institut, Hamburg), Jürgen Ertelt (Fachstelle Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland), Dr. Stephan Eisel (Konrad-Adenauer-Stiftung) und Jürgen Pelzer (Universität Frankfurt/M.) teil. Die Jahrestagung findet im Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart statt. Die Akademie ist Kooperationspartner dieser Tagung. Weitere Informationen finden sich auf der Website der Aksb (www.aksb.de). E-Mail: schuck@aksb.de.

triebenen Furor der Geldvermehrung eine erstaunlich milde, von Kritikern auch als »weltfremd« bezeichnete Bewertung des Kapitalismus vornahm (vgl. EB 3/09).

Die Traditionslinie, die von Rerum novarum ausgeht, belegt laut AKSB die Produktivität und Fruchtbarkeit der katholischen Soziallehre im Blick auf aktuelle Herausforderungen. Diese Linie der kirchlichen Sozialverkündigung sei für politisch-pädagogische Bemühungen grundlegend. Die Konvention für katholisch-sozial orien-

tierte politische Bildung der AKSB (vgl. dazu die Vorstellung aktueller Fachliteratur in EB 2/11) will diese Positionen und Erkenntnisse in aktueller Form aufnehmen und in ihrer Bildungsarbeit die Impulse für eine gerechte und solidarische Entwicklung unserer Zeit umsetzen. In den Seminaren der politischen Bildung, die von den Mitgliedseinrichtungen der AKSB angeboten werden, sollen die Prinzipien der katholischen Sozialethik den Reflexionshintergrund bilden und auch jungen Teilnehmenden

eine verlässliche Orientierung bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen bieten. Dass hier Bedarf besteht, zeige sich auch an den Rückmeldungen auf das vielfältige Bildungsangebot der AKSB zu aktuellen Gestaltungsaufgaben wie Migration, Demokratiepraxis, Partizipation, aktive Bürgerschaft. (Weitere Informationen und den gesamten Text der Erklärung finden sich im Netz unter: www.aksb.de, Link Aktuelles.)

js

Online-Medien gewinnen Bedeutung

Eine aktuelle Übersicht

Die Fachöffentlichkeit der Erwachsenenbildung wird nicht mehr allein durch Printmedien bestimmt, sondern findet zunehmend im Internet statt (vgl. dazu das Themenheft Web 2.0 von EB, Nr. 2/11). Die meisten Zeitschriften haben zusätzlich eine Netzpräsenz – so auch die Zeitschrift EB (siehe unter: www.kbe-bonn.de), die zurzeit Überlegungen zum Ausbau dieses Angebots anstellt. Darüber hinaus gibt es Fachzeitschriften, die gleich als Online-Angebot gestartet sind.

»erwachsenenbildung.at«
Das Magazin »erwachsenenbildung.at« (www.erwachsenenbildung.at/magazin) wird dreimal jährlich im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur durch das Institut EDUCON herausgegeben. Es enthält Beiträge aus Wissenschaft und Praxis und steht allen Interessierten als Plattform im Bereich Erwachsenenbildung, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen zur Verfügung. Es ist ein kostenloses Online-Fachmedium, das von ExpertInnen und AutorInnen aus den unterschiedlichsten Feldern gestaltet wird. Es will einen Diskurs zwischen Forschung und Praxis anregen und so als

zeitgemäßes Online-Medium der (österreichischen) Erwachsenenbildung fungieren. Die fachliche Qualität wird durch das Review einer sechsköpfigen Fachredaktion sichergestellt, die sich aus Vertretern der Erwachsenenbildung und der Bildungsforschung zusammensetzt. Als letzte Ausgabe ist im Sommer 2011 die Nr. 13 »Erwachsenenbildung als Faktor aktiven Alterns« erschienen.

»Auswege«

Seit fast vier Jahren gibt es das kostenlos zugängliche Online-Magazin »Auswege – Perspektiven für den Erziehungsalltag« im Internet (www.magazin-auswege.de). Es widmet sich dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die Themen Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht und basiert auf der Mitarbeit zahlreicher TheoretikerInnen und PraktikerInnen. Das Magazin ist zwar als Initiative in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) entstanden, es will aber keine Verbandszeitschrift sein oder den Kreis der Autoren und AutorInnen in diesem Sinne beschränken. Die Redaktion möchte eine offene demokratische Diskussion über Pädagogik, Bildungspolitik und Psychologie pflegen und damit ein Forum für

»gesellschaftlich-progressive Denksätze« bieten. Einen Schwerpunkt bilden Fragen des Schulunterrichts, es werden aber auch viele andere Themen aus Bildungspolitik, -theorie und -praxis abgehandelt.

Zum Herbst 2011 hat z.B. EB-Autor Uwe Findeisen in den »Auswegen« seine Aufsatzreihe »Wie bitte wird man eine erfolgreiche (Ware) Arbeitskraft?« abgeschlossen. Findeisen greift mit dieser Reihe, deren vierter und letzter Teil jetzt den Übergang vom Bildungs- zum Beschäftigungssystem thematisiert, den neueren bildungsoökonomisch Fokus aufs »Humankapital« in kritischer Absicht auf. Im Schlussteil geht es u.a. um folgende Fragen: Welche Bedeutung hat das selektive Bildungssystem im Kapitalismus? Unterstützen die Unternehmer individuelle Bildungsinteressen der Lohnabhängigen? Welche Rolle spielen Löhne und Gehälter? Warum scheitern junge Azubis und Arbeitssuchende, obwohl sie alles »richtig« machen? Ausgangspunkt der Aufsatzreihe sind die Schwierigkeiten von Bildungseinrichtungen, mit Lernwidderständen und Lernunlust von Jugendlichen und jungen Erwachsenen umzugehen.

js

Gute Noten für zivilen Friedensdienst

Umfassende Evaluierung

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein wirksames und wichtiges Instrument der deutschen Friedens- und Entwicklungspolitik. Das bescheinigte dem ZFD eine umfassende Evaluation, die zum Sommer 2011 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegt wurde. Durchgeführt wurde sie von einem unabhängigen Schweizer Forschungsinstitut. »Die Evaluierung bestätigt, dass der ZFD die Zivilgesellschaft in Krisenregionen erfolgreich in gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Friedensförderung unterstützt«, so Minister Niebel. Die durch die Evaluation aufgezeigten Stärken sollen im folgenden Reformprozess gemeinsam mit dem Konsortium ZFD weiter ausge-

baut und die Schwächen bearbeitet werden. Es gelte dabei insbesondere, den Wirkungsgrad und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu steigern und den ZFD so zu entwickeln, dass er andere deutsche und internationale Instrumente der Friedensförderung effektiv ergänzt. Auch die beteiligten Organisationen nahmen die Ergebnisse der Untersuchung positiv auf. »Die Evaluierung bestätigt – bei aller Kritik in Detailfragen – den Nutzen, die Bedeutung und die Effektivität des Zivilen Friedensdienstes. Die Kritik und die Empfehlungen aus der Evaluierung sind für den Zivilen Friedensdienst wichtig«, kommentierte Jürgen Deile vom Konsortium ZFD, in dem sich die Trägerorganisationen zusammengeschlossen haben.

Der Zivile Friedensdienst ist ein Programm, das von sieben staatlichen und nichtstaatlichen Trägerorganisationen, darunter den konfessionellen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit, durchgeführt und vom BMZ finanziert wird. In den 12 Jahren seines Bestehens wurden insgesamt mehr als 700 Fachkräfte in über 40 Länder entsandt. Über den ZFD werden professionell ausgebildete Fachleute weltweit in Konfliktregionen entsandt. Sie unterstützen zivile Gruppen und Organisationen in den jeweiligen Ländern bei ihrem Bemühen, offene oder schwelende Konflikte friedlich zu regeln und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Bei der Vor- und Nachbereitung sind auch viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung beteiligt. Die deutsche Zusammenfassung der Evaluation steht unter folgendem Link zum Abruf bereit: www.bmz.de/de/publikationen/reihen. Weitere Informationen über den ZFD finden sich auf www.ziviler-friedensdienst.org.

Jede Generation muss Demokratie einüben

Positionspapier der politischen Stiftungen

Mit einem Positionspapier zur politischen Bildung haben die Vorsitzenden der politischen Stiftungen in Deutschland (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) eine aktuelle Standortbestimmung zu Zielen, Aufgaben und Grundsätzen ihrer Arbeit vorgenommen und Pläne zur Weiterentwicklung der politischen Bildung vorgestellt.

Das Papier wurde am 12. Juli 2011 Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich übergeben. Demokratie sei die einzige freiheitliche, damit aber auch anspruchsvolle Staatsform, heißt es in der Erklärung. Aus diesem Grunde müsse sie von jeder Generation neu erlernt und eingeübt werden. Der offensichtliche Vertrauensverlust in die Politik und ihre Institutionen gehe

heute einher mit einem abnehmenden Kenntnisstand vieler Menschen über die Funktionsweise eines demokratischen Systems. Beides gefährde auf Dauer die notwendige Teilhabe und verantwortliche politische Mitgestaltung des Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und Bürger. Politische Beteiligung setze also politische Bildung voraus.

Werte und Orientierungsrahmen

Politische Bildung, so die Stiftungen weiter, müsse nachhaltig angelegt sein. Aus einem historischen Bewusstsein heraus solle sie zur Zukunftsgestaltung motivieren und sich der aktuellen Themenfelder annehmen. Um gerade auch junge Menschen für Politik zu motivieren, nehme sie die Entwicklungen in der digitalen Welt auf und modernisie-

re sich dabei stetig. Ziel der Bildungsarbeit der politischen Stiftungen sei es, den Bürgerinnen und Bürgern basierend auf den politischen Strömungen in Deutschland Werte und Orientierungsrahmen anzubieten, Grundlagenwissen über politische Themen, über Entscheidungsverläufe, aber auch politisches Rüstzeug zu vermitteln und sie vor allem zur Übernahme von gesellschaftspolitischer Verantwortung zu befähigen und zu ermutigen. Dabei gehen die Stiftungen von einem umfassenden Bildungsbegriff aus: Die berufliche Aus- und Weiterbildung und die politische Bildung seien seitens des Staates gleichermaßen zu fördern. Denn eine Demokratie braucht politisch gebildete Bürger. (Das Positionspapier ist auf den Websites der Stiftungen erhältlich: www.kas.de, www.fes.de, www.freiheit.org, www.boell.de, www.hss.de, www.rosalux.de.)

Verfassungsschutz als Bildungsakteur?

Unter dem Titel »Bildungsarbeit ohne Geheimdienst« wurde zum Sommer 2011 ein Aufruf für kritische, freie und qualifizierte politische Bildung als Grundlage demokratischer Kultur und Gesellschaft veröffentlicht. Den Aufruf unterstützen bisher rund 100 Personen und Projekte, u.a. aus der Politik (vor allem aus SPD und Linkspartei), aus der Bildungsarbeit, aus der Wissenschaft, aus den Gewerkschaften, aus Initiativen und Organisationen gegen rechts. Die Verfasser bemängeln, dass der Verfassungsschutz seit geraumer Zeit zunehmend als politischer Bildungsakteur und »Partner« für zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen rechts in Erscheinung trete. Diese Entwicklung erfordere dringend Widerspruch. Der In-

landsgeheimdienst sei von politischen Vorgaben und Machtverhältnissen abhängig und als staatliches Überwachungsorgan, dessen Tätigkeit oftmals repressive Auswirkungen habe, nicht als Bildungsakteur geeignet. Kritische politische Bildungsarbeit müsse eine gesellschafts- und ideologiekritische Perspektive einbeziehen, die auch bei finanzieller Förderung den Anbietern Aktionsmöglichkeiten unabhängig von staatlichen politischen Interessen erlaube.

In voller Länge ist der Aufruf mit einer Liste aller Unterzeichner und Unterzeichnerinnen im Netz unter <http://bildenohnegeheimdienst.blogspot.de> zu finden. Für Nachfragen steht Nico Schlüter vom Apabiz e.V. (030/6116249) zur Verfügung.

von Personen

Torsten Thiel ist neuer Leiter der Katholischen Bildungsstätte St. Martin in Germershausen. Thiel löste Augustinerpater Lukas Schmidkunz OSA ab, der Germershausen im Sommer verließ, um andere Aufgaben im Orden zu übernehmen.

Einen neuen Vorstand wählte die Mitgliederversammlung des Forums Hochschule und Kirche e.V. (FHOK) im Mai 2011 in Bonn. Als 1. Vorsitzender wurde Jürgen Weber (KHG Mannheim, KHP) wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind: 2. Vorsitzende Antonia Härtel (KHG Marburg), 3. Vorsitzender Robert Lappy (Hochschulreferent im Erzbistum München und Freising), Beisitzer: Dr. Christoph Klock (KHG Mainz) und Sarah Wernerus (KHG Köln). Ausgeschieden sind Tobias Weber (KHG Köln), bisher 2. Vorsitzender, und Andreas Fuhrmann (KHG Mannheim) als Beisitzer. In Verbindung damit fanden die Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen des Forums statt.

Dr. Klaus-Peter Hufer ist seit dem Sommersemester 2011 außerplanmäßiger Professor an der Fakultät Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, hat den diesjährigen Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) erhalten. Der undotierte Ehrenpreis wird am 7. Dezember 2011 in der Frankfurter Paulskirche verliehen. Petra Herre, Redakteurin der Zeitschrift »forum erwachsenenbildung« der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e.V.) ist mit einer Fachtagung (Titel: »Lebenslanges Lernen zwischen Nützlichkeit und Lebenslust - Themen evangelischer Erwachsenenbildung«) in den Ruhestand verabschiedet worden. Die Zeitschrift erscheint neuerdings mit leicht verändertem Design beim W. Bertelsmann Verlag. Außerdem hat sich Petra Herre stark in dem KBE-Projekt InfoNet engagiert.

Nürnberger Tage für Integration

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) richtete vom 19. bis zum 20. Mai 2011 die diesjährigen Nürnberger Tage für Integration aus. Etwa 200 Teilnehmende widmeten sich der Fragestellung »Mittendrin und doch aneinander vorbei? – Der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Prüfstand«. Experten und Expertinnen beleuchteten das Thema im Blick auf Aspekte einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern. Der Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), Lothar Harles, moderierte einen Workshop, bei dem Boris Brokmeier (Tutor beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) mit einem Impulsreferat einen Einblick in bestehende Ansätze und Angebote der politischen Bildung im Bereich interkulturelle Öffnung gab. Ein zweites Impulsreferat von Wiebke Kohl (Fachbereich »Politikferne Zielgruppen« in der Bundeszentrale für politische Bildung) beschäftigte sich mit der zentralen Frage »Identifikation von Zielgruppen« und Projekten der Bundeszentrale.

In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse im Plenum begrüßte Harles die Bereitschaft des BAMF, die politische Bildung in den weiteren Planungsprozess einzubeziehen. Im Fokus der Beratungen stand die Frage, was auf Seiten der Aufnahmegesellschaft passieren müsste, um Integration erfolgreich zu gestalten. Viele Hindernisse stünden dem, so Harles, noch entgegen: verbreitetes Unwissen, fortwirkende Traditionen, mangelnde Kompetenzen im gesellschaftlichen Miteinander, fehlende Kontakte zu Migranten. Die Migrantenorganisationen forderten, dass sie unmittelbar in den Klärungsprozess einbezogen werden. Sie klagten über mangelnde finanzielle Ressourcen, die auch mit intensivem Engagement nicht aufgewogen werden könnten. Nach Ansicht des bap-Vorsitzenden könnten jedoch viele Probleme durch verstärkten Austausch und durch mehr Kooperation vor Ort sowie bundesweit leichter bewältigt werden.

POSITION

Dr. Hartmut
Heidenreich



*Direktor des Bildungswerks der
Diözese Mainz*

Jahr des aktiven Alterns und der
Generationensolidarität 2012

Bald ist es so weit: 2012 ist als das »Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen« von der Europäischen Kommission ausgerufen. Und auch die Evangelische und Katholische Kirche lehnen sich thematisch mit ihrer alljährlichen »Woche für das Leben« im kommenden Frühjahr an: »Engagiert für das Leben: mit allen Generationen«. Dabei war beim Europäischen Jahr (EJ) zwischenzeitlich der zweite Teil des Titels entfallen; nun ist er zum Glück wieder »angehängt«. Ihn halten wir für besonders wichtig für unsere Gesellschaft. Die KBE hat ja durch ihre Kommission »Altenbildung« bereits 2009 Vorarbeiten geleistet mit der Broschüre »Leben. Miteinander. Lernen. Grundlagen zur Intergenerationellen Bildung und Generationensolidarität«, und sie hatte nach einem vom BMBF geförderten Projekt zwei Bände »Generationen lernen miteinander« 2009 aufgelegt.

Damit sind die Fragen freilich nicht gelöst, sondern sie harren allemal der weiteren Umsetzung in die Praxis. Leider waren schnell aus Brüssel die Dämpfer zu hören, dass es im EJ 2012 nur in bescheidenem Umfang die vielfach erhofften Mittel für weitere einschlägige Projekte geben würde. Viel Wind also um nichts oder zumindest wenig?

Die offizielle Homepage beschreibt drei Ziele des EJ:
»Durch aktives Altern erhalten die Generation der geburtenstarken

Jahrgänge und die älteren Erwachsenen von morgen die Chance,
– länger im Erwerbsleben zu bleiben und ihre Erfahrungen weiterzugeben,
– sich weiter aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und
– ein möglichst gesundes und erfülltes Leben zu leben.«

Immerhin ist hier nicht nur, wenn auch an erster Stelle, die längere Beschäftigungsfähigkeit im Blick, sondern auch die aktive Beteiligung am Gemeinwesen und das erfüllte Leben der einzelnen Person.

Politiker sollen dahin zielen, die Möglichkeiten aktiven Alterns und speziell eines unabhängigen Lebens im Alter zu verbessern – und dabei u.a. die Erwachsenenbildung in den Blick nehmen. Denn, so heißt es dort ebenfalls, »dabei werden sie sich so unterschiedlichen Bereichen wie Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Sozialdiensten, Erwachsenenbildung, Freiwilligentätigkeit, Wohnungswesen, IT-Dienstleistungen und Verkehr zuwenden müssen«. Es soll gegen Altersdiskriminierung angegangen, die Solidarität der Generationen als Chance gesehen und der demografische Wandel als Herausforderung begriffen werden. Die Aufmerksamkeit für diese Themen ist sicher so lobenswert wie nötig; konkreter noch wären freilich Mittel für entsprechende Projekte.

In Deutschland kam Ende letzten Jahres der 6. Altenbericht heraus. Er umfasst knapp 300 Seiten und ist durchaus als anregende Lektüre zu empfehlen. Seinen Fokus hat er diesmal bei »Altersbildern in der Gesellschaft«. Er enthält unter seinen 15 Kapiteln eines über »Altersbilder in Bildung und Weiterbildung« und eines über »Altersbilder in christlichen Kirchen und Religionen«. Bei Letzterem war das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD einzbezogen und hat viel Interessantes beigetragen. Als Desiderat fällt aber auf: Ein katholisches Pendant gibt es nicht, um empirische Forschung

und die (durchaus vorhandene) wissenschaftliche und konzeptuelle Literatur in einen solchen Bericht angemessen einzubringen. Bei aller Nähe gibt es doch Unterschiede in der konfessionellen Mentalität und Tradition, die dann deutlicher wahrzunehmen wären.

Beiden Konfessionen wird als Spiegel vorgehalten, dass einerseits ältere Menschen länger fit und aktiv sind und ohnehin die Majorität in den Gemeinden bilden, sie andererseits oft nur in der Reihung, etwa bei Fürbitten, vorkommen: »... für die Behinderten, Alten und Kranken ...« Im Altenbericht heißt es wörtlich: »Die empirisch nachweisbare faktische Angewiesenheit vieler kirchlicher Aktivitäten auf die Beteiligung Älterer wird nicht selten als ein Defizit beschrieben und auch entsprechend erfahren. Die hohe Loyalität der Älteren gegenüber Kirche und Religion wird damit im Vergleich zu den deutlich unterproportionierten Anteilen des Engagements der mittleren Altersgruppen in der Kirche zu wenig gewürdigt, ja bisweilen sogar negativ betrachtet.« Auf gut Deutsch: Ein Teil des Problems der Kirchen ist über ein einseitiges Bild von vor allem »zu betreuenden Alten« hausgemacht.

Das Kapitel endet vorsichtig optimistisch, dass die Kirchen zunehmend als Chance begreifen, Älteren Möglichkeiten zu bieten, sich aktiv einbringen. Die Pfarrgemeinderatswahlen in einigen Bistümern diesen Herbst wird man aber nicht als Gradmesser nehmen dürfen. Die Erwachsenenbildung jedenfalls bietet sich als ein Aktivitäts- und Gestaltungsfeld an. Freilich muss auch sie weiter daran arbeiten, die »Unterjüngung« positiv zu nehmen und zugleich den Generationendialog zu fördern.

Links:

EJ <http://ec.europa.eu/social/ey2012main.jsp?catId=971&langId=de>
AB www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/sechster-altenbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

Förderpreis für Katholische Akademie Trier

Einen Förderpreis der Europa-Stiftung Trier hat die Internationale Jugendmedienwoche 2011, organisiert von der Katholischen Akademie Trier, erhalten. Die mit 2.000 Euro dotierte Auszeichnung wurde im Rahmen des Quattropole-Festes (Städtebund Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier) während des Altstadtfests in Trier am 25. Juni durch den Oberbürgermeister Klaus Jensen verliehen. Die Jugendmedienwoche fand in diesem Jahr zum 18. Mal, vom 26. September bis 30. September, statt und trug den Titel »Freiheit – wo gibt es die und wie viel kann ich mir davon nehmen?« Sie wurde mit Teilnehmenden aus Frankreich, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Slowenien und Deutschland durchgeführt.

Heinrich Pesch Haus: Sanierung beschlossen

Das Heinrich Pesch Haus, Katholische Akademie Rhein-Neckar, in Ludwigshafen wird sein Bildungsprogramm am bisherigen Standort in der Frankenthaler Straße fortführen. Trotz des großen Sanierungsbedarfes haben sich das Bistum Speyer und der Trägerverein nach umfangreichen Untersuchungen entschieden, das Gebäude zu erhalten und zu renovieren.

Verabschiedung von Franz-Josef Volmert

Nach 35-jähriger Tätigkeit in der Erwachsenenbildung des Erzbistums Paderborn wurde Franz-Josef Volmert (65), Direktor der Bildungsstätte Liborianum und Leiter der Abteilung Erwachsenen- und Familienbildung im Erzbischöflichen Generalvikariat, am 18. Juli 2011 in den Ruhestand verabschiedet. Über einhundert Gäste hatten sich in der Bildungsstätte Liborianum versammelt, um dem scheidenden Direktor für seinen Einsatz zu danken. Nach dem Studium der Volkswirtschaft begann Franz-Josef Volmert als pädagogischer Mitarbeiter in der Kommande in Dortmund. 1981 übernahm er die Leitung des Bildungshauses. Am 1. Januar 1989 wurde ihm die Leitung der Abteilung Erwachsenenbildung im Erzbischöflichen Generalvikariat Paderborn übertragen. Damit wurde er gleichzeitig auch Leiter des Diözesanbildungswerks und Direktor des Liborianums. Nachfolger von Franz-Josef Volmert als Direktor der Bildungsstätte Liborianum wird zum 1. August 2011 Stephan Winzek. Der 57-Jährige war bisher Leiter des Referats Sakramentenpastoral im Erzbischöflichen Generalvikariat. Franz-Josef Volmert wird seine Tätigkeit im Vorstand der KBE bis zum Ende der Amtsperiode 2012 weiterhin ausüben.

Erwachsenenbildung und der Dialog in der Kirche

KBE sieht Bildung als konstitutiven Teil der Pastoral

Die Mitgliederversammlung der KBE vom 27. bis 29. Juni 2011 in Aachen beschäftigte sich mit der Rolle der katholischen Erwachsenenbildung in den pastoralen Umstrukturierungsprozessen der Bistümer. Gegenwärtig werden auf Bundes- und Bistums-ebene die unterschiedlichsten Pastoralkonzepte für die neu entstandenen kirchlichen Strukturen diskutiert. Unter Stichworten wie »missionarische Pastoral« und »Pastoral der Weite« werden Grundlagen für eine differenzierte Pastoral entwickelt, die sich an den unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen orientiert.

»Wir möchten glaubwürdiges Christsein fördern, in dem Menschen Orientierung, ein Verstehen der Zeichen der Zeit und Motivation zu einer Gestaltung der Welt aus dem Evangelium finden«, so Dr. Bertram Blum, Vorsitzender der KBE. »So hat sich katholische Erwachsenenbildung immer verstanden, und so bringt sie ihr Verständnis und ihre Kompetenzen in die Zukunftsprozesse der Bistümer ein.«



Die katholische Erwachsenenbildung verabschiedete im Rahmen der Mitgliederversammlung einstimmig ein Positionspapier zum Thema »Erwachsenenbildung und Pastoral«. Damit stellt sie sich bewusst in den von den deutschen Bischöfen angestoßenen Dialogprozess im Hinblick auf die Zukunft des Glaubens in unserem Land und die Zukunftsfähigkeit der Kirche. Diesem Prozess geht es um eine vertiefte Klärung und Vergewisserung in Bezug auf das Zeugnis der Kirche in der Welt und ihre Sendung zu den Menschen. Das Papier soll den Einrichtungen der katholischen Erwachsenenbildung als Argumentationshilfe für die Klärungsprozesse in den Diözesen dienen. Mit den darin enthaltenen Perspektiven sollen Diskussionen angeregt und pastorale Entwicklungen begleitet werden. Bischof Heinrich Mussinghoff, Vorsitzender der bischöflichen Kommission für Wissenschaft und Kultur und stellv. Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, betonte beim Empfang des Bistums Aachen für die Mitglieder der KBE die Bedeutung der personalen Bildung, die gerade in der katholischen Erwachsenenbildung den Schwerpunkt ausmacht. In all ihrer Offenheit müsse Bildungsarbeit in Trägerschaft der Kirche ein geistliches Profil erkennen lassen, das in den vielfältigen Angeboten als Grundhaltung durchscheine.

InfoNet wird neu aufgestellt

Vorerst keine EU-Förderung/Hohe Zahl von Nutzern

European InfoNet Adult Education, das europäische KBE-Netzwerk zur Verbreitung von Informationen über die Erwachsenenbildung, wird sich ab Oktober neu aufstellen und versuchen, die Zeit bis zu einer Weiterförderung zu überbrücken. Da die dreijährige Förderung Ende September ausgelaufen ist und ein unmittelbarer Nachfolgeantrag nicht erfolgreich war, soll der Service jetzt für eine Übergangszeit auf Minimalniveau weitergeführt werden. In der nächsten Antragsrunde soll dann ein neuer Versuch gestartet werden, InfoNet wieder über das Programm Lebenslanges Lernen der EU zu finanzieren.

Die Auswahl der Anträge erfolgt über ein Gutachten mit Punktesystem, das externe Experten erstellen. Anhand der so erstellten Rangfolge werden dann die Projekte und Netzwerke je nach zur Verfügung stehendem Geld auf die Förderliste gesetzt. Im Fall InfoNet kritisierte das Gutachten vor allem die Zusammensetzung des Netzwerkes selbst, nicht aber die Sinnhaftigkeit oder Qualität der Arbeit. Dieses Auswahlverfahren sei zwar auf der einen Seite unabhängig, auf der anderen Seite erschwere es eine kontinuierliche und strategisch ausgerichtete Förderung, so Netzwerk-Koordinator Dr. Michael Sommer. Das Schicksal eines Antrags hänge so vor allem vom Geschmack und dem Eindruck

des jeweiligen Gutachters ab. Das Hauptproblem aber sei, dass es keine europäische Struktur der Erwachsenenbildung gebe, in der ein Informationssystem wie InfoNet passen würde. Versuche einer europäischen Arbeitsgruppe bei der Erstellung des europäischen Aktionsplans seien nicht sehr erfolgreich gewesen. Bei der beruflichen Bildung (CEDEFOP) und bei der schulischen Bildung (Eurydice) existieren europäische Institute, die ein Informationssystem anbieten und unmittelbar von der Kommission finanziert werden.

Zum Abschluss der vergangenen Förderphase traf sich das Netzwerk in der Akademie Klausenhof. Dort begrüßte KBE-Geschäftsführerin und Projektverantwortliche Andrea Hoffmeier die rund 30 Partner. Hauptthema des Jahrestreffens war eine Bilanz des Erreichten: InfoNet hat derzeit rund 4.400 Abonnenten und verzeichnet 30.000 Downloads aller thematischen Newsletter (InfoLetter) pro Jahr. Insgesamt verfassten die Partner und 28 Korrespondenten aus 23 europäischen Ländern in den vergangenen drei Jahren 530 Berichte über neue Entwicklungen in den Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene. Sowohl im Erscheinungsbild und Design wie in der Funktionalität der Homepage konnte InfoNet einen professionellen Stand erreichen.

Neues EU-Bildungsprogramm

(InfoNet – Christina Gerlach) Die Europäische Kommission hat ihr Konzept für die nächste Finanzperiode vorgestellt. In diesem Kontext schlägt die Kommission ein neues Programm für Erziehung, Bildung und Jugend vor mit dem Namen »Education Europe«. Das neue Programm soll die bestehenden Aktionen des Programms »Lebenslanges Lernen« mit internationalen Aspekten der Hochschulbildung und der Aktion »Jugend in Aktion« zusammenbringen. Es schließt zum Beispiel Fragen des transnationalen Lernens, Arbeitsmarkt und Qualifikationen, Freiwilligentätigkeit, Modernisierung des Bildungssystems und ausdrücklich auch das nichtformale Lernen ein. 15,2 Milliarden Euro sind insgesamt vorgesehen. Das bisherige Programm für Erwachsenenbildung »Grundtvig« soll als Unterprogramm erhalten bleiben

Evaluation: Budget für Grundtvig zu gering

(InfoNet – Ricarda Motschilnig) Das EU-Förderprogramm »Lebenslanges Lernen« ist bei einer Zwischenevaluation, das die EU-Kommission in Auftrag gegeben habt, grundsätzlich positiv bewertet worden. Die wesentlichen Ziele seien insgesamt erreicht worden, heißt es in dem Bericht. Allerdings bestehe besonders bei der Aktion für die Erwachsenenbildung *Grundtvig* das Risiko, dass aufgrund des geringen Budgets einige Ziele nicht geschafft werden können. Die Autoren der Evaluation schlagen deswegen vor, dass *Grundtvig* ein höheres Budget bekommt, und sich auch die anderen Programme mit der Erwachsenenbildung beschäftigen. Außerdem stellt die Evaluation heraus, dass eine gute Verbreitung der Projekt ergebnisse erheblich zum Erfolg des Programms beitragen würde. Dazu müssten entsprechende, übergreifende Maßnahmen wie etwa Trainings angeboten werden.



Abschlusskonferenz in der Akademie Klausenhof

Wie kommt man auf die richtige Spur?

Erfolgreiche Bildungsberatung am Beispiel Norwegens

(InfoNet – Hilde S. Grønhovd) Norwegen 2011: In einer Studie der norwegischen Agentur für Lebenslanges Lernen (VOX) gaben 22 Prozent klar und eindeutig an, dass sie Bildungsberatung benötigen. Hinzu kommt, dass viele junge Leute das Berufsbildungssystem in Norwegen ohne Abschluss verlassen. Außerdem hat sich die Arbeitswelt sehr verändert: Wir müssen lernen, unsere Fähigkeiten ständig zu aktualisieren und flexibel zu sein. Der Bedarf an Bildungsberatung erscheint darum offenkundig zu sein.

Eigene Beratungszentren

Bildungsberatung wird in Norwegen offiziell als Schlüssel bezeichnet, um Bildungs- und Beschäftigungsziele zu erreichen. Dazu existieren eigene Beratungszentren. Für Kjersti Isachsen, Direktorin des Karrieresenter Telemark in Skien, ist die Beratung etwas, was jeder in Laufe seines (Erwerbs-)Lebens benötigt. Dies zeige auch die VOX-Studie. »Diejenigen, die in dem Sektor arbeiten, sehen die Arbeit als Form der Gesundheitsfürsorge. Es ist gut zu wissen, dass man auf der richtigen Spur ist. Beratung kann ein Element sein, das dazu beiträgt, sich sicher auf dem Arbeitsmarkt zu bewegen und sich vor Arbeitslosigkeit zu schützen.«

Die Verantwortung für die Bildungsberatung liegt in Norwegen bei den Regionen. Sie ist vor Ort in unterschiedlicher Weise partnerschaftlich organisiert, sodass der Service von Region zu Region anders organisiert sein kann. Kjersti Isachsen sieht es als größte Herausforderung an, dass »der Zugang zur Beratung nicht sehr gut ist. Die Ausstattung in den Schulen ist begrenzt, nicht alle Regionen haben ein entsprechendes Angebot für Erwach-

sene, und es gibt kein modernes internetgestütztes Beratungssystem, um den Service besonders Menschen aus den ländlichen Gebieten zugänglich

zu machen.« Vor diesem Hintergrund wurde VOX 2010 vom norwegischen Ministerium für Bildung und Forschung beauftragt, eine nationale Stelle für Bildungsberatung einzurichten, die im Mai eröffnet wurde – mit hohen Erwartungen an das Team um Direktorin Ingjerd Espolin Gaarder. Das Zentrum soll die Beratung in Norwegen koordinieren, das Personal auf diesem Gebiet unterstützen und so die Professionalisierung fördern.

Europäische Strategien zur Umsetzung der lebensbegleitenden Beratung

(InfoNet – Clinton Enoch, Martina Pohl, Petra Herre) In den letzten Jahren wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um Bildungsberatung als wichtige Dimension der Bildungspolitik in der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzubauen und zu professionalisieren. Trotz höchst unterschiedlicher Ausgangsbedingungen ist ein dynamischer Prozess in Gang gekommen, der zu einer Reform bestehender Strukturen lebensbegleitender Beratung geführt hat. Die europäische Politik stützt sich auf zahlreiche EU-Grundsatzpapiere der letzten 10–15 Jahre. Nun werden sukzessive einzelne Maßnahmen auf Ebene der Nationalstaaten umgesetzt.

Die Beratungsstrukturen sind in den einzelnen Ländern sehr heterogen, weisen verschiedene Entwicklungsstände auf, so Studien der OECD und der Weltbank (2003, 2004). In den Studien werden folgende Empfehlungen formuliert: Die Einrichtung altersübergreifender und berufsgleitender Beratung, die Einbindung von Beratungskonzepten in Schulcurricula, leichtere Zugangsmöglichkeiten, einheitliche europäische Qualitäts- und Ausbildungsstandards. Ziel ist, trotz unterschiedlicher Strukturen ein in allen Ländern funktionierendes System lebensbegleitender Beratung in staatlicher Verantwortung auf- und ggf. auszubauen. Empfohlen wird eine Orientierung an Best-Practice-Modellen.

Neben den Studien sind ferner die EU-Ratsentschließungen von 2004 und 2008 zu nennen (EU-Rat 2004, EU-Rat 2008). Die in den Entschließungen festgelegten Prioritäten beziehen sich sowohl auf die Entwicklung eines hochwertigen Beratungsangebotes und die Optimierung von Sicherungsmechanismen für die Qualität von Beratungsdienstleistungen als auch auf die Stärkung von Strukturen der Politik und der Systeme auf regionaler und nationaler Ebene. Die EU-Ratsentschließungen verleihen dem Prozess eine verbindlichere politische Note, zeigen Entwicklungsmöglichkeiten auf und betonen stärker die Förderung von Fähigkeiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung individueller Berufswege in jedem Alter.

Zeitgleich sind Aktivitäten gestartet worden, die stärker operativer Art sind. So wurde ein Handbuch zur Berufsberatung für politisch Verantwortliche veröffentlicht (OECD 2004), das konkrete Vorschläge unterbreitet, lebenslaufbezogene Beratungsleistungen an Systemübergängen (z.B. Schule/Beruf, Arbeitslosigkeit/Beruf) zu optimieren. In diesem Zusammenhang ist zudem das ELGPN (European Lifelong Guidance Policy Network) zu nennen. Dieses politikberatende Gremium wurde 2007 von den Mitgliedstaaten der EU gegründet und soll den Entwicklungsprozess durch Austausch, Forschung und Konzeptentwicklung unterstützen. Die deutschen Interessen werden durch Repräsentanten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Kultusministerkonferenz sowie des Nationalen Forums Beratung e.V. vertreten.

Kurt Koddenberg

Leitbilder – notwendig oder überflüssig?

Eine kritische Durchsicht von Leitbildern in der Weiterbildung

Um das umfangreiche und wertgeschätzte Engagement der Kolleginnen und Kollegen, die die Leitbilder erarbeitet haben, zu achten und zu schätzen, hat Kurt Koddenberg im folgenden Text auf Quellenangaben verzichtet. Dementsprechend werden die 30 ausgewerteten »katholischen« Leitbilder nicht konkret benannt, ebenso nicht die weiteren 15 Erklärungen von nicht kirchlichen, z.B. kommunalen Weiterbildungseinrichtungen.

Man könnte meinen, die Fragen nach der Sinn und nach dem Nutzen von Leitbildern für die katholische Erwachsenen- und Familienbildung hätten sich erübrigt, denn den auf der Basis staatlicher Gesetze arbeitenden Einrichtungen ist für die öffentliche Anerkennung ein Qualitätsmanagement vorgeschrieben, und dort, wo die staatliche Vorgabe noch nicht greift, ist es oft der Markt mit den Konkurrenten, der die Einführung der »Qualität« begünstigt hat. Die Festlegung von Leitbildern und Zielen ist Ausgangspunkt aller Qualitätsbeschreibungen (auch wenn man in der Praxis oft erst am Ende zum Anfang kommt). Sie bietet die Basis oder besser gesagt den Anspruch, an dem sich die externen wie internen

Geschäftsprozesse orientieren. Leitbilder haben ursprünglich nur wenig mit ablaufbezogener Organisation oder mit Strukturen zu tun. Was heute als Leitbild gilt, ist in den 60er-, 70er-Jahren intensiv als Selbst- und Aufgabenverständnis diskutiert worden und war damals schon häufig in seinem Wert umstritten.

Die Ausgangsfrage nach dem Sinn und nach dem Nutzen von Leitbildern zielt im Folgenden auf weitere Zusammenhänge, wie z.B.: Was sind übereinstimmend zentrale Kernaussagen? Welche Unterschiede sind bemerkenswert? Was fehlt? Welche Rolle spielen Leitbilder in kirchlichen oder in öffentlichen Auseinandersetzungen? Wie werden Leitbilder weiterentwickelt?

Der Beitrag trägt lediglich einige Befunde zusammen und führt zu ersten Überlegungen und Fragen. Er greift auf eine zwar breite, dennoch zufällige Auswahl von Leitbildern zurück. Eine systematische Beschäftigung auf der Basis einer validen empirischen Auswertung bleibt einer aufwendigen wissenschaftlichen Arbeit vorbehalten. Aber auch mit diesen Einschränkungen lassen sich hier einige interessante Hinweise geben und hoffentlich auch berechtigte Fragen stellen. Es gibt plausible Gründe dafür, dass die vorliegenden Leitbilder inhaltlich weitreichend übereinstimmen. Der Stand der theoretischen Argumenta-

tion, die formalen Anforderungen des Qualitätsmanagements, die professionellen Sprachcodes dürften in der jeweiligen Zeit für die Prozessbeteiligten fast identisch sein. So beziehen sich erwartungsgemäß alle Leitbilder auf das christliche Menschen- und Weltbild, versprechen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Lebensorientierung und Werte – und das alles auf der Basis eines »ganzheitlichen« Bildungsverständnisses. Der oft formelhaften Beschwörung dieser Grundlagen entspricht ein Versäumnis in Konkretisierungen und Akzentuierungen: Welche christlichen Werte, welche existenziellen Fragen, welches Gottesbild?

Vage und unbestimmt

Viele Leitbildformulierungen bleiben vage und unbestimmt. »Orientierung bieten« erscheint als zentrale, formale Aufgabenstellung. Sie unterstellt auf Teilnehmerseite Defizite und bleibt doch überraschend offen darin, wie und womit die diagnostizierten Leerstellen gefüllt werden sollen. Auf die geistigen Kräfte von Aufklärung und Unterscheidung wird selten verwiesen, nur in Ausnahmen wird der für Christen maßgebende Unterschied direkt angesprochen: der Gottesglau- be als Ausgangs- und als Zielpunkt der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung (»die Sinn- und Gottesfrage spielt für uns eine besondere Rolle«, »der Mensch als Geschöpf Gottes«, »vor Gott stehen«).

Die Einrichtungen und Träger verorten ihre Bildungsangebote übereinstim- mend »mitten« im Leben. Das kann



Kurt Koddenberg ist Vorsitzender der LAG Katholischer Erwachsenen- und Familienbildung NRW.

mit Strukturen (»subsidiäre Zusammenarbeit mit Gemeinden«) zusammenhängen, mit traditionellen Programmschwerpunkten (»Arbeitswelt und Berufswelt«), mit instrumentellen Ressourcen (»Ort des offenen Dialogs«), vor allem ist es aber das grundlegende Selbstverständnis, das sich auf den konziliaren »Weltauftrag der Kirche« beruft. Einige Formulierungen heben zusätzlich die Verpflichtung gegenüber den Teilnehmerbedürfnissen hervor. Es scheint, als wenn dann auch systematisch gesellschaftliche Strukturen in den Blick geraten (»Bennachteiligte«, »Menschenwürde«, »Gerechtigkeit«, »Gemeinwohl«).

Offensive Selbstbehauptung

Nach der weltanschaulich begründeten Klärung von Optionen für Ziele, Inhalte und Zielgruppen könnte man in den Leitbildern eine ausführliche Darstellung der spezifischen Vorgehensweise – Lehren und Lernen – erwarten. Das wäre auch deshalb naheliegend, weil seit langer Zeit ein spürbarer Druck von anderen kirchlichen und öffentlichen Akteuren auf die Erwachsenen- und Familienbildung lastet. Das Spektrum der Konkurrenten reicht von kommerziellen Unternehmen (Buchhandlungen, Zeitungshäusern, Sprachschulen) über soziale Einrichtungen (Beratungsstellen, Bürgerzentren, Schulen, Kitas), über Betriebe und Vereine (Berufsbildung, Freizeit) bis zur Pastoral der Kirchen (Gemeinden, kategoriale Seelsorgefelder). Da allenthalben beklagt wird, dass sich die Konkurrenten der Innovationen und des Know-hows der Weiterbildung bemächtigen, würde sich an dieser Stelle eine offensive Selbstbehauptung der professionellen Bildungsarbeit anbieten. Dabei ginge es um die Darstellung der Kernkompetenz (der »zentralen Dienstleistung« in der QM-Sprache oder des »Alleinstellungsmerkmals« wie im Marketing), gezielte Lernprozesse der Teilnehmer/innen unter optimalen Bedingungen zu ermöglichen. Wer erwartet, die Leitbilder stellen

die Kernkompetenz »Lehren und Lernen« als zentrales Merkmal heraus, wird enttäuscht. Wenn überhaupt, fallen Aussagen dazu erstaunlich begrenzt aus: In wenigen Fällen wird die soziale Komponente (»Lernen in Gruppen«), in einigen anderen die Förderung von Selbstlernkompetenzen hervorgehoben. In einzelnen Leitbildern wird auf die Unterstützung durch Medien (»moderne Tagungstechnik«, »Medieneinsatz«) oder auf interdisziplinäre Arbeitsweisen hingewiesen.

Der vergleichende Blick auf die kommunalen Volkshochschulen führt zu keinem signifikanten Unterschied. Dagegen findet sich in Leitbildern von evangelischen Einrichtungen auffällig häufig der Begriff des »ganzheitlichen« Lernens, das sich zusätzlich oft als »biografie-, erfahrungs- und handlungsorientiert« versteht.

Als bemerkenswertes Ergebnis darf aber festgehalten werden, dass in den ausgewerteten Leitbildern übereinstimmend für alle Mitarbeiter/innen eine hohe Professionalität beansprucht wird.

Beitrag zum öffentlichen Bildungsangebot

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Frage, wie in den Leitbildern der Beitrag der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung zum öffentlichen Bildungsangebot verstanden wird.

Die meisten Selbstdarstellungen verweisen lediglich auf eine bestehende staatliche Anerkennung und reklamieren für sich eine Rolle im öffentlichen Raum (»Teil des öffentlichen Bildungswesens«, »Dienstleister«, »Beitrag der Kirche zur Fortentwicklung der Gesellschaft«, »Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Kirche«, »an die breite Öffentlichkeit gerichtet«). – Mit etwas Distanz fällt auf, dass sich eine gewisse Einseitigkeit in der Perspektive einstellt: von der Kirche in die Gesellschaft (»Teil kirchlicher Verkündigung und Diakonie«, »Verkündigung beim Lernen mit

der Kirche«, »Zugang zur Kirche«), obwohl es in der Praxis nicht selten wegen der staatlichen Förderung zur Beteiligung an bzw. zur Übernahme von reinen bildungspolitischen Aufgaben kommt. Drei unterschiedliche Beispiele dafür sind die Förderung bildungsferner Bevölkerungsgruppen, die Sprach- und Integrationsmaßnahmen und die Lernangebote hinsichtlich neuer Medien- und Kommunikationstechnologien. Es ist fraglich, ob es angemessen ist, diese quantitativ bedeutsamen Aufgaben nur unter den beschriebenen Begründungen und Motivationen zu subsumieren. Meines Erachtens ist es wichtig, diesen für viele Einrichtungen existenziellen Zusammenhang präziser zu bestimmen und in der Folge die Beteiligung an der pluralen, öffentlichen Aufgabe und ihrer Finanzierung klarer zu beschreiben. Das Gleiche gilt für die Standortbeschreibung der Kath. Erwachsenen- und Familienbildung in den Systemen lebenslangen Lernens, die sich seit einiger Zeit über Bundes- und Landesprogramme vor Ort entwickeln (Lernende Regionen, Regionale Bildungsnetzwerke ...) und über die bildungspolitisch die Zukunft der allgemeinen Weiterbildung mitentschieden wird.

Erschließen sich in den Leitbildern Unterschiede zwischen der katholischen und evangelischen Erwachsenenbildung bzw. zwischen den katholischen und den kommunal verantworteten Weiterbildungsangeboten?

Es wird nicht überraschen, wenn der konfessionelle Vergleich zu weitreichenden Übereinstimmungen führt, sieht man von den genannten, kleinen Unterschieden einmal ab.

Mit dem Vergleich zu den Leitbildern der kommunalen Volkshochschulen verhält es sich anders. Zunächst ist bemerkenswert, dass bei Weitem nicht alle Volkshochschulen über ein Leitbild verfügen bzw. es veröffentlicht haben. Die meisten VHS präsentieren sich auf den kommunalen Internetseiten z.B. als »integraler Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge« und damit ausdrücklich als rele-

vanter Standortfaktor. Einbezogen in die kommunalen Strukturen werden prioritär Kooperationen mit anderen kommunalen Instituten beschrieben. Inhaltlich verstehen sich alle VHS erwartungsgemäß als überparteilich und überkonfessionell. In Übereinstimmung mit den kirchlichen Anbietern zielen sie angesichts des gesellschaftlichen Wandels in ihrem breit gefächerten Angebot auch auf den kulturellen und sozialen Ausgleich, fokussieren im Selbstverständnis aber deutlicher z.B. auf die interkulturellen und interreligiösen Programmaufgaben.

Währenddessen fallen die Unterschiede in den Aussagen zur praktischen Qualität der Angebote nur gering aus.

Diese Feststellung lässt sich so übrigens auch auf die erklärten Selbstverständnisse weiterer Weiterbildungseinrichtungen (in anderer Trägerschaft) übertragen.

Klärung des Selbstverständnisses

Leitbilder der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung sollen der Klärung und Darstellung des Selbstverständnisses einer Einrichtung nach außen und nach innen dienen. Unter zwei Voraussetzungen erfüllen sie identitätsstiftende und profilbildende Bedeutungen: Das Leitbild ist in einem offenen Kommunikationsprozess zwischen allen Mitwirkenden und Verantwortlichen erarbeitet worden, und es bleibt anschließend als Grundlage in allen strategischen und operativen Prozessen tatsächlich präsent.

Die vorliegende, kleine Auswertung nährt Zweifel an der Aussage und Wirkkraft der Leitbilder, unabhängig davon, wie aufwendig der zugrunde liegende Diskussionsprozess dafür gewesen sein mag. Es scheint, als unterscheiden sich die Erklärungen nur im geringen Maße. Als Orientierung für potenzielle Teilnehmer/innen oder für Kooperationspartner geben sie somit wenig her, ebenso wenig zur präzisen Abgrenzung zwischen

den Anbietern gemeinwohlorientierter Weiterbildung untereinander. Nun mag man hinsichtlich eines innerkatholischen Vergleiches z.B. einwenden, der potenzielle Teilnehmer in München interessiere sich nicht für das Leitbild der katholischen Erwachsenenbildung in Hamburg; die Übereinstimmungen sprächen im Gegenteil positiv für ein bundesweit identisches Selbstverständnis. Dem muss entgegnet werden, dass damit zumindest die Chance auf eigene Entwicklung, örtliche Akzentuierung, progressive Entwicklung angesichts der Veränderungen in Kirche und Gesellschaft gemindert wird. Und im Wesentlichen hätten dann nur die beteiligten Akteure profitiert, die für sich noch einmal Ziele und Aufgaben beschreiben, die an anderen Stellen, insbesondere in den geltenden Weiterbildungsgesetzen, bereits grob festgelegt sind. Die hier zusammengestellten Befunde enthalten leider Hinweise auf eine Fülle an aussageschwachen Belanglosigkeiten, deren Wirkung auf die praktische Programmentwicklung, aber auch auf die legitimatorische Selbstbehauptung hoffentlich nicht überschätzt wird. Diese harte Bewertung wird von dem Eindruck gestützt, dass die große Zahl der Leitbilder von langer Gültigkeit geprägt ist. In vielen Fällen lässt sich trotz der abstrakten Formulierungsweise auf den zeitlichen Entstehungszusammenhang zurücksließen, da nur in Ausnahmen fortlaufende Revisionen aufgrund bildungspolitischer, gesellschaftlicher oder kirchlicher Entwicklungen vorgenommen worden sind.

Interessant ist auch das, was – fast übereinstimmend – keine Erwähnung findet: Gender-Mainstreaming, Mitbestimmung von Mitarbeiterschaft und Teilnehmerschaft sowie von Kooperationspartnern, nachhaltiges und umweltgerechtes Handeln, familiengerechte Lernorganisation und Unterstützungsformen, weitere lernbezogene Dienstleistungen ... Leerstellen finden sich auch hinsichtlich einer Profilierungsabsicht mithilfe einer werbenden Ansprache von

bestehenden Zielgruppen wie auch einer Gewinnung neuer Teilnehmergruppen. Überhaupt vermisst man Hinweise auf ein waches Selbstbewusstsein, das sich anstelle der vorherrschenden »Kommstrukturen« den Anliegen gegenüber verpflichtet fühlt, die von außen je aktuell herangetragen werden.

Leitbilder ähnlich

Etwas pointiert kann man resümierend feststellen:

Für die Unterscheidung von Einrichtungen der katholischen Erwachsenenbildung untereinander (aber auch für den Vergleich mit anderen Trägern) sind die ausgewerteten Leitbilder wenig aussagekräftig. Vom Leitbild her wird man kaum eine Einrichtung sicher erkennen können. In der hier beschriebenen weitgehenden Übereinstimmung spiegeln sich die ambivalenten Folgen von allgemeinen, theoretischen Klärungsprozessen und mangelnder Differenzierung des praktischen Weiterbildungsangebotes wider. Es bestätigt sich, was übrigens auch schon für andere Bereiche wie Krankenhäuser, Hotels, Hochschulen und deren Dienstleistungen provokativ festgestellt worden ist: Wer ein Leitbild liest, kennt alle. Daraus lassen sich alternativ nur zwei Konsequenzen ziehen: entweder keine Zeit mit der Aufstellung von Leitbildern zu verschwenden oder die intensive Arbeit an gesellschaftlichen und institutionellen Herausforderungen mit spezifischen Aufgabenbestimmungen für trägerspezifische, teilnehmerorientierte, regionale Bildungsangebote ernst zu nehmen – als katholischer Beitrag zu einem insgesamt pluralen, d.h. auf Wettbewerb zielenden Gesamtangebot. Die knapper werdenden kirchlichen und staatlichen Ressourcen werden diese Entwicklung in Zukunft sicherlich herausfordern. So verstandene Leitbilder würden ständig hinterfragt und weiterentwickelt. Sie wären Steuerungsinstrument – und nicht ästhetischer Schmuck.

Jan-Philipp Küppers

Community Organizing

Ein Bürgerinstrument für Deutschland?

Community Organizing (CO) oder Gemeinwesenarbeit (GWA) bedeutet im Kern, mit großer Entschlossenheit das lokale Engagement aus der Verantwortung des Einzelnen in ein Gesamtinteresse (»Community of Interests«) zu bündeln. CO kann sich an der zunehmenden Hilfebedürftigkeit vieler Menschen reiben und auf einem dünnen gesellschaftlichen Firnis den Nährboden für gemeinsames solidarisches Handeln ableiten. Aus dieser Notwendigkeit heraus ergibt sich die Frage, inwieweit Bürger in einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft ihre Belange vertreten, sich Gehör verschaffen, alternative Lösungsvorschläge zu politischen Sparmaßnahmen vorbringen und Entscheidungen der lokalen Wirtschaft beeinflussen – und auch umsetzen können?

Trotz angelsächsischer Wurzeln, symptomatischer Historie, unterschiedlichen Demokratie- und Wohlfahrtsverständnisses bewährte sich CO als krisensicherer Ansatz im interkulturellen Dialog.¹ Insbesondere multiethnische Vororte europäischer Metropolen und anderswo sind heute in gewisser Weise mit den Problemen konfrontiert, vor denen Alinskys Organizing-Anfänge in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen.² Die Gelegenheit für Community Organizing scheint zur Zeit auch in Deutschland günstig. Wie aber gewinnt man möglichst viele Mitstreiter für gemeinsame Anliegen? Zunächst galt die Methode der Bürgeraktivierung für Deutschland lange Zeit als ungewohnt: Deutschland versteht sich als sozialer Bundesstaat mit institutionalisiertem Sozialhilfeangebot, Probleme der Segregation von ethnischen Minderheiten waren nicht so gravierend wie in den USA (insbesondere und bis heute in Chicago), und das deutsche Parteienpektrum war so breit gefächert, dass alle gesellschaftlichen

Kreise mehr oder minder ihre Interessenparteien wählen konnten.

Gleichwohl gab es drei Wellen von CO in Deutschland:

1. Anfang 1950 gab es erste sporadische Rezeptionsversuche von CO in der deutschen Sozialarbeit, die »als rein literarisch bezeichnet werden«³ können und bis in die Mitte der Sechzigerjahre reichten.

2. Ab 1970 wurden einzelne konfliktorientierte Taktiken Alinskys in die GWA übernommen und befreudlich als radikale Ansätze beschrieben. Zu jener Zeit wurde Organisierung als Notwendigkeit einer aktiven Beteiligung, als bedeutsamer Inhalt des Politikverständnisses von GWA gesehen.⁴

3. In den 1990er-Jahren gründeten sich das Forum für Community Organizing (foco) und das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO). Sie hatten maßgeblichen Einfluss an dieser erneuten Welle.

Heute existieren vielerorts Bürgerplattformen und Bürgerinitiativen, die auch erste Erfolge erzielen und beweisen, dass CO – auch wenn sie dem Selbstverständnis von CO aufgebauten Bürgerplattformen (Diktum der Eigenfinanzierung zwecks Unabhängigkeit) nicht vollends gerecht werden – in Deutschland umsetzbar sind.

Während der Staat und die Wirtschaft die Rahmenbedingungen setzen, muss GWA als Unterstützer der Bürgergesellschaft beide erstgenannten Bereiche in die Pflicht nehmen und sich »auf Augenhöhe als anerkanntes Gegenüber von Staat und Markt«⁵ als »dritte Säule« etablieren, um öffentlich mitwirken zu können. »Eine auf drei Säulen ruhende Gesellschaft kann nur gedeihen, wenn sich neben einem starken Staat und einer leistungsfähigen Wirtschaft eine relativ autonome und handlungsfähige Zivilgesellschaft entwickelt.«⁶ Koope-

rationen zwischen kommunaler Politik, lokalen Wirtschaftsunternehmen und organisierter Zivilgesellschaft werden angestrebt und gesucht.

Schritte zu einer Bürgerorganisation

Ein Prozess der Selbstorganisation von lokalen Kräften der Zivilgesellschaft entsteht, um gemeinsam aktiv ein Problem zu lösen. Vor allem aus zwei Gründen engagieren sich Menschen: Aus direktem Eigeninteresse an einer Sache (Schule ihres Kindes), oder man wurde durch einen direkten Kontakt zur Mitarbeit eingeladen.⁷ CO zeigt sich als ein Prozess in drei Schritten:

Schritt 1: Organizing (Zuhören und Auswählen)

- Welche Probleme/Interessen haben die Menschen?
- Gespräche von Angesicht zu Angesicht führen
- Ungezwungene Zusammenkünfte wie Kaffee trinken, Kneipengespräche, wo erste Schlüsselpersonen wie Führungskräfte ausgemacht werden (Organizing ist eine Sisyphusarbeit, funktioniert wie ein Schneeballsystem) usw.

Schritt 2: Recherche

(Wie kann man das Problem lösen?)

- Mit wem kann man zusammenarbeiten?
- Gibt es vergleichbare Beispiele?
- Unterstützer suchen
- Kooperationen eingehen – auch mit der kommunalen Verwaltung, Unternehmen usw.

Schritt 3: Umsetzung der Aktion (Lernen und Stärkung durch das Tun)

- Dem eigentlichen Tun ist ein Kreislauf aus Recherche, Aktionen und

Evaluation vorausgegangen.

- Den Schluss bilden mediale Treffen mit kommunalen Entscheidungsträgern, bei denen oftmals zum ersten Mal auf »Augenhöhe« Gespräche geführt werden.

CO-Einrichtungen in Deutschland

1995 wurde das Forum für Community Organizing (foco)⁸ gegründet, ein offener Zusammenschluss bundesdeutscher Gemeinwesenarbeiter. Ziel von foco e.V. ist es, Prinzipien und Methoden des CO in Deutschland zu verwurzeln und ihre Rezeption weiterzuentwickeln. Foco bietet zu diesem Zweck Erfahrungsaustausch, die Förderung von Organisation und ihrer Vernetzung, Trainings und Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftliche Verzahnung von Forschung und Lehre in der GWA und Sozialen Arbeit, sowie eine Kooperation mit gesellschaftlichen Organisationen. Foco ist Mitglied im European Community Organizing Network (ECON).⁹ Heute bestehen verschiedene Projekte in Deutschland.

2006 wurde das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO)¹⁰ an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) gegründet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, »innovative Praxis und angewandte Forschung im Bereich CO und verwandter Ansätze zur zivilgesellschaftlichen Stärkung und demokratischen Bürgerbeteiligung zu betreiben und zu reflektieren«. Das Institut fördert die Entwicklung von unabhängigen Bürgerplattformen auf breiter gesellschaftlicher Basis nach dem Modell von CO und unterstützt die Stärkung der demokratisch agierenden Akteure der Zivilgesellschaft als auch die Ausbildung von Gemeinwesenarbeitern, die im Auftrag dieser organisierten Zivilgesellschaft handeln und den Ansatz von CO be- und vorantreiben. Das Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für CO in Deutschland. 2010 wurde ein Fördernetzwerk¹¹ zur Unterstützung der Arbeit von DICO gegründet. Das Internetportal wegweiser-buergergesellschaft.de und die Stiftung MITARBEIT unter mitarbeit.de bieten umfangreiche Informationen und Praxishilfen

zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bürgerbeteiligung.

Einladung zum Handeln

Hannah Arendts hohe Idee des Politischen besteht in ihrem besonderen Verständnis von Politik als eine Einladung an die Bürger mitzumachen.¹² CO als handlungsbezogener Ansatz aktiviert die Bürger zu politischem Handeln und unterstützt ihre Selbstorganisation. CO nimmt die Einladung im Sinne Arendts an und setzt eine verstandene Bürgergesellschaft in die Tat um, auch auf die Gefahr hin, dass dies unbequem für manchen politischen Entscheidungsträger werden kann! Das Prinzip CO ist die selbst organisierte Einmischung der Bürger in die Politik, weil die aufkommende Bürgerschaft spürt, welches Spiel die Politik mit ihnen treibt und dadurch hilft die richtigen Fragen zu stellen. Community Organizing ist nichts anderes, als sich aus der passiven Zuschauerrolle am Spielfeldrand anonymer wirtschaftlicher und politischer Akteure zu verabschieden und sich aktiv in Bürgerorganisationen, runden Tischen, Anwohnerinitiativen und anderen Interessengruppen zusammenzufinden, um ihre Anliegen in eine bürgerferne politische Debatte zu werfen.¹³ Dennoch hat die Politik im Vorfeld von Auseinandersetzungen die Möglichkeit, in eine echte Dialogbereitschaft mit ihren Bürgern zu treten, um gemeinschaftlich die Herausforderungen anzugehen. Schließlich geht es um die ihre und unsere Nachbarschaft, verstanden als Bindeglied einer jeden Gesellschaft. CO bleibt eine notwendige und nachhaltige Erinnerung daran, dass wir nicht in Lethargie erstarrten dürfen angesichts zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen. Die praktischen Verfahrensweisen des CO sollten dabei nicht nur einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, sondern auch oder gerade in den Politikwissenschaften (im Studium annähernd unbekannt!) und darüber hinaus Gehör finden.

Existierende Bürgerbewegungen (Quelle: DICO/foco)

- Menschen verändern ihren Kiez »Organizing Schöneweide« (Berlin, www.organizing-berlin.de)
- Bürgerplattform Wedding/Moabit »Wir sind da!« (Berlin, www.wir-sind-da-berlin.de)
- Bürgerplattform für Hamm und Horn »ImPuls Mitte« (Berlin, www.impuls-mitte.de)
- Community Organizing im Forum Kinderarmut Uslar (Niedersachsen, www.foco.info/Uslar.htm)
- Community Organizing in Hamburg Wilhelmsburg (www.rothschuh.de/co-whb.pdf)

Weitere Bürgerplattformen/Bürgerbewegungen sind über die ganze Bundesrepublik verteilt.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Fänderl 2009.
- 2 Vgl. Szynka 2006, S. 268.
- 3 Oelschlägel 1999, S. 180.
- 4 Vgl. ebenda S. 181.
- 5 Penta, Sander 2007.
- 6 Ebenda.
- 7 Vgl. Cromwell 2005, S. 60 f.
- 8 Online unter: www.fo-co.info.
- 9 www.communityorganizing.eu.
- 10 www.dico-berlin.org.
- 11 www.koerber-stiftung.de/community-organizing.html.
- 12 Vgl. Sontheimer 2005, S. 257.
- 13 Vgl. Szynka 2006, S. 270.

LITERATUR

- Cromwell, P. (2005): Nichts geht mehr? Blödsinn. Vieles lässt sich verändern, wenn man nur miteinander redet, sagt Paul Cromwell, der Bürgerengagement organisiert. In: Chrismon 12. S. 60–61.
- Fänderl, W. (2009): Die Obama-Strategie für Deutschland? Netzwerk Gemeinsinn. www.netzwerk-gemeinsinn.net/content/view/478/45.
- Oelschlägel, D. (1999): Saul. D. Alinsky. Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen.
- Penta, L.; Sander, S. (2007): Community Organizing und Bürgergesellschaft. Berlin. www.b-b-e.de/uploads/media/nl0703_penta_01.pdf.
- Sontheimer, K. (2005): Hannah Arendt. München.
- Szynka, P. (2005): Theoretische und empirische Grundlagen des Community Organizing bei Saul D. Alinsky (1909–1972). Eine Rekonstruktion. Akademie für Arbeit und Politik der Universität Bremen. Bremer Beiträge zur Politischen Bildung 3.

Jan-Philipp Küppers ist Diplom-Sozialarbeiter und Student der Politikwissenschaft/Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Markus Schuck

Politik trifft Hartz IV

Auf dem Weg zu politischer Partizipation: Projekt des Nell-Breuning-Hauses

Glückliche Gesichter bei den Vertretern des Nell-Breuning-Hauses (NBH) in Berlin: Die AKSB-Mitgliedseinrichtung erhielt bei der feierlichen Verleihung des »Preises Politische Bildung 2011« in der Katholischen Akademie in Berlin den mit 5.000 Euro dotierten zweiten Preis. »Politik trifft Hartz IV. Neue Verbindungen wagen« lautet der Titel des Projekts, für den das NBH den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geförderten Preis des Bundesausschusses Politische Bildung erhielt. Theo W. Länge, ehemaliger Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), würdigte das Projekt in Berlin: »Die Herangehensweise ist in der Fortführung beispielhaft: Rund 200 Langzeitarbeitslose diskutierten auf ›Augenhöhe‹ mit Politiker/-innen über die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit – authentisch-lebensnah. Offensichtlich ist es ihnen in dieser Veranstaltung gelungen, aus ›der Isolation‹ auszubrechen und ihre Situation als Langzeitarbeitslose sichtbar zu machen.«

Die preisgekrönte Projektarbeit des NBH fand ihren Anfang mit dem Seminar »Das Leben ist kein Ponyhof – Wege aus der Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit« im Dezember 2009. Teilnehmende waren 22 Bezieher von Arbeitslosengeld II, die an Trainingsmaßnahmen der ARGE in der Städteregion Aachen teilnahmen und zuvor noch nie eine Veranstaltung der politischen Bildung besucht hatten. Um diese Zielgruppe für politische Bildung zu gewinnen, hatte das NBH zuvor Kurzinterviews mit den Teilnehmenden in ihren Maßnahmen vor Ort durchgeführt. Bildung kannten

die Teilnehmenden nur aus dem weit zurückliegenden Schulalltag oder von Qualifizierungsangeboten. Entscheidend war bei dieser Befragung der Abbau von Schwellenängsten und tiefem Misstrauen: »Etwas lernen? Ich kann doch gar nicht gut denken« (O-Ton) oder »Für meine Meinung hat sich noch nie jemand interessiert, ist das wieder so eine Schleichwerbung der ARGE?« (O-Ton) oder »Politische Bildung, so'n Quatsch, als ob ich etwas ändern könnte« (O-Ton) waren typische Antworten.

Das Leben ist kein Ponyhof

Demgegenüber war der Veranstaltungstitel »Das Leben ist kein Ponyhof« allen Teilnehmenden ein vertrauter Begriff. Zum Teil hatten sie diesen Spruch bereits als ablehnende Haltung auf den für sie zuständigen Behörden der Grundsicherung wahrgenommen. Dass sie sich in einer »Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit« befinden, war den Teilnehmenden aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen mehr als bewusst. Attraktiv war für sie das Seminar aber vor allem wegen der neu zu gewinnenden Perspektive, dieser Falle aus eigener Kraft zu entkommen. So verfolgte das Seminar zunächst einen biografischen Zugang zu Erfahrungen und Ressourcen der Teilnehmenden. Im zweiten Teil wurde diese Perspektive geöffnet um die Wahlmöglichkeiten, die sie als Bürger in Politik, Gemeinwesen und Kultur haben. Es zeigte sich, dass die kreative Arbeit in drei verschiedenen Workshops die Zugänge für die bildungsfernen Teilnehmer/innen erleichterte. Obwohl es

die Gemeinsamkeit »Langzeitarbeitslosigkeit« für alle gab, zeigte sich an den unterschiedlichen biografischen Verläufen und Erfahrungen, dass es eine große Variationsbreite im Umgang mit dieser Tatsache gibt. Am Ende des ersten Tages konnte folgendes Resümee gezogen werden: »Langzeitarbeitslosigkeit« ist kein Schicksal, in das man sich fügen muss und aus dem es kein Entkommen gibt.

Der Input am zweiten Tag zur Entstehung und Entwicklung von Arbeitsmärkten und Arbeitslosigkeit ging über diese Folgerung hinaus: Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt. Der Akt des Verlustes der Arbeit ist insofern gewalttätig, als Menschen ohne eigene Entscheidung um ihr existenzsicherndes Einkommen gebracht werden, ihre gesellschaftliche Anbindung verlieren und ihr Recht auf Bildung nur noch eingeschränkt einlösen können. Sie sind angewiesen auf einen Träger, der ihnen einen festgesetzten Anteil an Grundsicherung zukommen lässt. Diese für die Teilnehmenden durchaus ungewöhnliche Sicht auf ihr »Schicksal« löste unter ihnen Empörung aus und animierte sie zum Weiterdenken. Im Seminar suchten sie nach Wegen politischer Partizipation, um ihre Isolation beenden und sich mit anderen Betroffenen zusammenschließen zu können. Sie planten dazu die weitere Teilnahme und die Organisation eigener Veranstaltungen der politischen Bildung. Mit dem Seminar erhielten sie erste Eindrücke, welche Möglichkeiten der Partizipation bestehen und wie der drohenden gesellschaftlichen Isolation begegnet werden kann.

Bildungsfern und selbstbewusst

In zwei weiteren Seminaren dieses Projekts erarbeiteten die Teilnehmenden Strategien zur Anwerbung weiterer Partner, um im Juni 2010 eine große Tagung vor Ort mit Landespolitikern der Region Aachen zum Thema Hartz IV zu veranstalten. Zugleich bildeten sie aus ihrem Kreis eine Steuerungsgruppe zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Tagungsvorbereitung.

Die drei Foren zur Tagungseröffnung waren »Jugend und Hartz IV«, »50plus und Hartz IV« und »Familie und Hartz IV«. Abschließend diskutierten rund 200 Langzeitarbeitslose auf »Augenhöhe« mit PolitikerInnen über die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit – authentisch-lebensnah, die Situation von Langzeitarbeitslosen sichtbar machend.

Konsequenzen für die politische Bildung und Ausblick

Die Veranstaltung war ein sichtbares Zeichen dafür, dass der oft von Benachteiligengruppen gehörte Spruch: »Wir können ja doch nichts tun« oder »Wer hört schon auf die Kleinen« keineswegs so gültig ist. Bürgerinnen und Bürger im SGB-II-Grundsicherungsbezug hatten sich gewünscht, mit Politikern ihre Lebenslagen zu diskutieren und um Verbesserungen zu ringen. Am Ende eines halbjährigen Vorbereitungsprozesses war für sie deutlich geworden, dass sie politisch Agierende sein können und wollen. Doch der Anstoß zu dieser Initiative, zum politischen Handeln, muss von ihnen selbst ausgehen, was nicht heißt, dass sie deswegen auf demokratische Lobbyisten verzichten können. Im Gegenteil, ihr Versuch, diese geschickt für ihre politischen und gesellschaftlichen Fantasien einzubinden, war ein großer Erfolg. Mit ihnen zeigten sich das Bildungswerk des DGB NRW, das NBH, der Förderverein für Arbeit, Umwelt und Kultur Herzogenrath sowie der Aachener Trägerdachverband ProArbeit e.V. solidarisch.

In der Konsequenz lässt sich für die Bildungsarbeit schlussfolgern, dass für diese Gruppe bildungsferner TeilnehmerInnen besondere (Werbe-) Maßnahmen erforderlich sind, damit Partizipation für sie als Option sichtbar wird. Dies sind sowohl Maßnahmen der einladenden Einrichtung als auch der Grundsicherungsträger.

Entscheidend wird nun sein, wie nachhaltig alle Beteiligten in der Lage sind, an der Fortsetzung dieses Prozesses zu arbeiten. Aus Sicht der Projektverantwortlichen benötigt die Gesellschaft einen grundsätzlichen Diskurs über die Fragestellung, wie politische Partizipation von Langzeitarbeitslosen strukturell und finanziell in Zukunft ermöglicht werden kann. Denn, so die These des Projektes und aller Beteiligten, nur wenn in Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration auch politische Bildung verankert wird, kann

gesellschaftliche Integration gelingen und damit auch Arbeitsmarktintegration: Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die politische Gestaltungskraft von fünf Millionen Menschen zu verzichten. Der Prozess soll weitergehen im Sommer 2011 mit einer neuen Runde im Landtag und Arbeitsminister Schneider. Mit dem Folgeprojekt »Wenn ich in der Politik wäre ...« möchten wir an die Ergebnisse der Tagung anknüpfen, nur dieses Mal den umgekehrten Weg beschreiten. Wir folgen der Einladung von Arbeitsminister Schneider in den Landtag NRW. Auch für dieses neue Projekt wird es wieder eine lange Zeit der Vorbereitung brauchen, denn es ist unser Ziel, mindestens 200 langzeitarbeitslose Menschen zu finden, die im Zentrum der Politik für ihr Anliegen streiten.«



Wutbürger | Der Wähler

Foto: Wolfgang Schmidt

Marco Düsterwald

Transparenz für komplexe politische Themen

Politische Planspiele in der Erwachsenenbildung

»Das geht nicht!«, schildert ein junger Erwachsener im Planspiel »Die beste aller Welten!«, das von der Bundeszentrale für politische Bildung entworfen wurde. Gemeint ist seine (fiktive) Inhaftierung, die darauf begründet war, dass er seine Meinung gegenüber der Regierung frei äußerte. »Es gibt doch die Meinungsfreiheit!«, versucht er weiter auf sein Recht zu bestehen. »Schon«, so die Antwort der Spielleitung, »aber eben nicht in der von der Gruppe gewählten Staatsform Diktatur.«

Ungewohnte Pfade betreten

Solche und ähnliche Situationen erfahren Erwachsenenbildner ständig, wenn sie mit politischen Planspielen arbeiten. Das gewohnte, vertraute gesellschaftliche Umfeld zu verlassen ist schon eine Herausforderung, wenn man sich auf ein Planspiel einlässt. Gesellschaftliche Regeln und auch Stereotypen scheinen unter anderen Vorzeichen zu existieren. Dabei bietet diese Methode gerade die Möglichkeit, ungewohnte Pfade zu betreten. Planspiele bieten die Chance, schwierige Erklärungsmuster politischer Systeme auf eine spielbare Ebene herunterzubrechen und Interesse an Partizipation zu wecken. Erfahrungen machen in einem »Übungsräum«, so lässt sich vielleicht die Essenz dieser Methode politischer Bildung beschreiben. Politische Fehler, die zweifellos gemacht werden, können reflektiert und korrigiert werden. Sie können plastisch dargestellt und Handlungsalternativen können angeboten werden. Eine andere, vielleicht ebenso wichtige

ist die Reduktion von Komplexität der Realität. Planspiele können dazu verhelfen, politische Prozesse zu verstehen, können somit einen Beitrag dazu liefern, Transparenz möglich zu machen.

Zusammengefasst bieten Planspiele eine Lernerfahrung auf drei Ebenen: Auf einer formalen Ebene wird Wissen erworben, Kenntnisse erweitert und rhetorische Praxis geübt. Auf einer emotionalen Ebene wird Empathie für die jeweilige Rolle oder Rollenbeschreibung aufgebaut, Verstehen und Verständnis entwickelt. Schließlich findet das Lernen auf einer politischen Ebene statt durch Interaktion, in der die Verantwortung für sich und die Gesellschaft erkannt werden kann und Vernunfthandeln verlangt wird. Planspiele stellen ein systemisches Konstrukt dar, das Realität nicht kopiert, sondern neu in ihrer Dynamik und Beschaffenheit konstruiert. Die Regeln werden dem System angepasst, sodass im Ganzen eine Art Mikrokosmos entsteht, konsequenzlos für die Weltbühne, konsequenzvoll für das eigene Leben und dessen Gestaltung.

Neu sind Planspiele indes nicht. Selbst das Schachspiel und seine Vorgänger können als Planspiele benannt werden, beschreiben sie doch die Simulation einer komplexen militärisch-taktischen Situation. De facto gibt es auf dem Markt drei Arten von Planspielen: militärische, wirtschaftliche und eben politische. Pädagogisch einzuordnen sind sie in die Familie der Rollen- und Simulationsspiele. Dennoch grenzen sie sich von Rollenspielen, wie sie im professionellen Einsatz als z. B. therapeutisches oder analytisches Instrument eingesetzt werden, klar

ab. In Rollenspielen steht die Rolle selbst im Mittelpunkt des Interesses, und die begleitende Frage lautet: Wie reagiert die Rolle auf situative Herausforderungen. In politischen Planspielen spielen die Charaktere eine eher untergeordnete Rolle. Wichtig sind hier die Gesamtsituation, sich vernetzende Handlungsstränge und Entscheidungsfindungen.

Hohe Leitungskompetenz

All dies setzt eine hohe Leitungskompetenz des Spielleiters voraus. Zunächst ist die Herausforderung an die Vorbereitung und Organisation. Sofern nicht ein vorgefertigtes Planspiel benutzt wird, ist der Zeitaufwand für die Entwicklung eines neuen immens hoch. Neben diesem zeitlichen Aufwand ist auch der Aufwand zu bedenken, der die innere Struktur des Planspiels betrifft. Die Rolle der Leitung setzt unabdingbares Wissen der formalen Materie voraus. Nur so kann die Leitung während des Planspiels souverän auftreten. Die Leitung eines Planspiels fordert die Leitung als Handelnde auf drei Ebenen: organisatorisch, pädagogisch und reflektiv. Der organisatorisch Handelnde kümmert sich um die richtige Abhandlung des Planspiels. Ihm obliegt die Überwachung der Spielregeln und Organisation des Spielablaufs, der Räumlichkeiten etc. Der pädagogisch Handelnde arbeitet am und mit den Teilnehmenden des Planspiels, z. B. in Hinsicht auf Empowermentstrategien. Er sorgt sich um die Motivation und die Erreichung von Intentionen und Zielen. Der reflektiv Handelnde schließlich bildet die Kontrollinstanz.

Seine Aufgabe liegt darin, Spielprozesse zu dokumentieren, Höhe- und Tiefpunkte zu erkennen und Feedback zu geben. Falls diese Aufgaben von mehreren Personen übernommen werden, was empfehlenswert ist, müssen sie in einer ständigen Interaktion stehen, um Wandlungen im Spielprozess frühzeitig erkennen und dementsprechend intervenieren zu können.

Gefahr der Überfrachtung

Bei allen positiven Effekten, die ein Planspiel haben kann, muss auch auf einige Risiken hingewiesen werden. Es läuft schnell Gefahr, überfrachtet zu werden. Sei es von der politischen Thematik oder auch von einer pädagogischen. Die Realität kann zu einfach wiedergegeben werden, und alle politischen Probleme scheinen einfach lösbar zu sein. Schließlich kann es auch im Gegenteiligen zu sehr eine Realitätskopie sein, sodass die Teilnehmenden kaum eine Möglichkeit haben, Komplexität zu durchdringen.

Politische Planspiele werden zu unterschiedlichen Zwecken entwickelt, zum Beispiel von der Akademie Klausenhof. Dort wurde das Planspiel »Zoff in Stoiverhoff« erarbeitet, das ein Teil des Seminars »Arbeit im Integrationsrat« war und für den Preis Politische Bildung 2011 nominiert wurde. Dieses Planspiel dient als Beispiel für kundenspezifische Planspiele, die neben dem Effekt der rhetorischen Bildung auch neue Erkenntnisse zu politischen Diskussionen bringen. Konkret ging es in dem Planspiel um eine fiktive westdeutsche Gemeinde, in der ein Diskussionsprozess im Gange ist, ob eine bilinguale Grundschule eingeführt werden soll. Die Teilnehmenden lernten begründete und unbegründete Pro- und Contra-argumente kennen und konnten ihren eigenen Erfahrungshorizont weiterentwickeln. So wurden moderate Meinungen demokratischer Parteien und Bürger für und gegen die bilinguale Grundschule geäußert. Es gab

aber auch extreme Stimmen, die nahe an gesellschaftlichen Tabuthemen operierten.

Kooperation mit Landesintegrationsrat NRW

Das Seminar und das Planspiel entstanden durch eine Kooperation mit dem Landesintegrationsrat NRW. Teilnehmende des Planspiels waren Menschen, die Mitglied eines Integrationsrates waren oder werden wollten. Für diese politischen Akteure war es schon insofern wichtig, das Planspiel zu spielen, als dass sie verstanden, wie unterschiedliche Meinungen zu stehen kommen und wie politische Kompromisse entstehen können.

Politische Planspiele können also einen Beitrag dazu leisten, für ein Verstehen der politischen Landschaft zu sorgen. Mehr noch: Sie können dazu führen, dass auch politisch motivierte Handlungen verstanden werden können, sodass darin eine Grundlage für Partizipation gesehen werden kann. Aus »denen da oben« werden handelnde Menschen, die ihre Entscheidungen aufgrund bestimmter Umstände treffen müssen.

Marco Düsterwald ist Leiter des Arbeitsbereichs »Politische Bildung/Jugendakademie« der Akademie Klausenhof.



Planspiel »Zoff in Stoiverhoff«



Bürger, wo seid ihr?

Internetrecherche

Bürgernah zu sein, wo können Regierende das besser sein als im Netz? Es gibt reichlich Techniken, die der »E-Partizipation« nützlich sein könnten. Ideen, Vorschläge, Kritik – im Internet könnten die politisch Etablierten dem (digitalen) Volk hemmungslos aufs Maul schauen, sie nach ihrer Meinung fragen und mit den Bürgerinnen und Bürgern online oder im Real Life diskutieren.

40 x Steffen Seibert

Fangen wir doch mal ganz oben an: www.bundesregierung.de. Rechts die Bannerleiste: Steffen Seibert »Reg-Sprecher« auf Twitter, alsobrisante Infos, direkt am Puls des Geschehens. Wer darauf klickt, ist selber schuld: Tatsächlich gezählte 40-mal ist immer das gleiche Foto von Steffen Seibert zu sehen, und Steffen Seibert twittert mehrmals täglich, was Steffen Seibert, sprich die Bundesregierung, auf dem Herzen hat, zum Beispiel dass die Bundesregierung deutschen Athleten gratuliert, was Angela Merkel so sagt und dass sich Steffen Seibert über 35.000 Follower freut. Herzlichen Glückwunsch, Steffen Seibert!

Nun, die Seite hat noch mehr zu bieten (als Steffen Seibert), zum Beispiel: »Informationstour – die Bundesregierung kommt zu Ihnen!« Was ist zu sehen, wenn man diesen Menüpunkt anwählt? Genau, Steffen Seibert. Darunter Berichte über eine Sommer-Werbereise der Bundesregierung, etwa: »Zahlreiche Urlauber und Kurgäste besuchten den Informationsstand der Bundesregierung im Ostseebad Damp ...« Das Bild daneben: gähnende Leere, viel Himmel und Straßenpflaster. Weiter unten dann: ein Link zu www.dialog-nachhaltigkeit.de. Bundeskanzlerin Merkel (diesmal nicht Steffen Seibert!) bittet alle um Meinungen und Stellungnahmen zu einem 307-Seiten-Wälzer, genannt »Nachhaltigkeitsstrategie«.

Immerhin, 343 Beiträge (max. 1.500 Zeichen!) sind bis dato von Bürgerinnen und Bürgern dazu geschrieben worden. Hoffentlich werden die auch alle gelesen und finden irgendwo Beachtung. Von Dialog ist jedenfalls nichts zu sehen. Sind hier – wohl dank eines Moderators – nur ernste Einträge zu finden, hatte Innenminister Hans-Peter Friedrich mit seiner Seite vergessen-im-internet.de weniger Glück. Hier tummelten sich im Forum (passenderweise) massenhaft Viagra- und Casino-Botschaften. Die Seite ist inzwischen überarbeitet, das Forum gelöscht, und man kann nun sich nur noch an einem Ideenwettbewerb beteiligen, wie man Informationen im Internet besser schützen kann. Familienministerin Kristina Schröder hat ihre Dialogseite laut Spiegel online für 430.000 Euro erstellt (www.dialog-internet.de). Sie leitet gleich auf eine Facebook-Seite weiter. Man kann dort den wenig anregenden Diskus von Medienpädagogen folgen – 230 Freunde sollen es sein, die hier für die gute Sache streiten. Die meisten Fans auf Facebook hat übrigens Coca-Cola mit mehr als 30 Millionen.

Auch der Bundespräsident kann bür-

gernah! Sein Portal: www.buergerforum2011.de. In 25 Regionen Deutschlands haben sich Diskussionsgruppen mit 400 (zufällig ausgewählten) Teilnehmenden online oder »in echt« gebildet und unter Moderation eines Bürgerredakteurs über die wichtigsten politischen Fragen diskutiert. Das Ergebnis in Form von Veränderungsvorschlägen wurde Ende Mai dem Bundespräsidenten übergeben.

Start »in Kürze«

Zurück zur Bundesregierung. Die hat, berichtete Die Zeit, 1,5 Millionen Euro aus dem IT-Investitionsprogramm des Bundes für den Aufbau einer Beratungsstelle zur E-Partizipation bereitgestellt. Entsprechend verkündet der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnologie auf seiner Homepage: »Beratungsstelle für E-Partizipation startet in Kürze«. Unter dem Motto »Digitales Deutschland – Einfach online beteiligen« sollte mithilfe moderner bedarfsgerechter Beteiligungsformate die Nutzung des Internets zur Einbindung und Teilhabe aller (E-Partizipation und E-Inklusion) gesteigert werden. E-Partizipationsangebote sollen mittelfristig als Standard in der Verwaltung etabliert und genutzt werden. Erstellt: 1.10.2009.

Michael Sommer

Wer ist noch mal der Regierungssprecher der Bundesregierung?

Harald Schwillus

Spiritueller Tourismus in Thüringen

Das »Thüringer Informations- und Ausstellungszentrum«
in Reinhardsbrunn bei Gotha. Kulturfenster

Der Begriff des »Spirituellen Tourismus« ist eine recht neue Erscheinung auf dem Reisemarkt. Er ist nicht umstritten, zumal er bislang noch nicht eindeutig abgegrenzt und definiert ist. Michael Stausberg hat unlängst vorgeschlagen, die Bezeichnungen »Spiritueller Tourismus« und »Religiöser Tourismus« mehr oder weniger synonym zu verwenden und gegenüber dem »Religionstourismus« abzugrenzen:¹ »Während religiöser/spiritueller Tourismus primär aus religiösen/spirituellen Motiven unternommene Reisen umfaßt [sic!] (Warum?), erfolgt die Kennzeichnung von Religionstourismus über die Bestimmung der Reiseziele (Wohin?). Beide können, müssen aber nicht zusammenfallen.«² Der Begriff »Spiritueller Tourismus« umschreibt damit einen Bereich zwischen Religion und Tourismus: In der Perspektive von Reiseveranstaltern, aber auch von Ländern und Kommunen wird hierunter ein Reisesegment verstanden, bei dem Religiosität, Religion und Glaube deziert unter touristischer Sichtweise betrachtet werden; in der Perspektive der authentischen »Anbieter« vor Ort – allen voran Kirchen und Klöster – eröffnet sich ein neues Kommunikationsfeld über und in Religion. Verbunden damit sind auch Chancen für religiöse Bildungsangebote. Aufgrund dieser vielschichtigen Interessenlage sind die Besucherinnen und Besucher religiöser Stätten nicht nur im Blick von Kirchen und Glaubengemeinschaften, sondern auch von staatlichen Stellen. So entwickelte im Jahre 2003 das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit den Kir-



Blick in das »Thüringer Informations- und Ausstellungszentrum«

Foto: tecton Berlin

chen das Projekt »Spiritueller Tourismus in Sachsen-Anhalt«. Im Rahmen dieses Projekts entstand eine 2006 veröffentlichte Studie, die eine »Potenzialanalyse und Handlungsempfehlungen« für diese Reiseform vorlegte.³ Dabei ging es insbesondere darum, die vorhandenen religiösen bzw. spirituellen Vorfindlichkeiten so zu erschließen, dass sie für Touristen erfahrbar und zugänglich werden. Unter einem deutlicher religionspädagogischen und damit bildungsbezogenen Fokus entstand daran anschließend 2009 die Studie »Klosterlandschaft Sachsen-Anhalt«, die an 50 ausgewählten Standorten ehemaliger und lebendiger Klöster und Stifte Vernetzungsmöglichkeiten und spirituel-

le Alleinstellungsmerkmale erarbeitete.⁴ Ähnliches hat auch eine 2008 in zweiter Auflage erschienene Studie zu »Klosterstätten in Mecklenburg-Vorpommern« unternommen, die auf mögliche Vernetzungen und Zusammenarbeit der einzelnen Standorte hinwies.⁵ Ein 2011 erschienener Reiseführer setzt die Ergebnisse der sachsen-anhaltischen Klosterlandschaftsstudie in Form eines Reisebegleiters um. Er nimmt die Empfehlungen der Studie auf und bietet den Reisenden zu den beschriebenen Orten spirituelle Anregungen, die über historische, architektonische und kunstgeschichtliche Informationen hinausgehen.⁶ Damit ist Spiritualität »eine besondere, nicht notwendig eine konfessio-

nelle religiöse Lebenseinstellung eines Menschen, der sich auf das transzendenten oder immanente göttliche Sein bezieht. Spiritualität bezieht sich aber auch auf das eine umgreifende Sein des Menschen, das den Menschen als unfassbares Geistiges versteht. Spiritualität beginnt mit der Suche nach oder der Erkenntnis des Sinns des Lebens und der eigenen Lebensaufgabe. Das Ziel einer gelingen den Spiritualität lautet: Erkenne dich selbst und gehe deinen Weg, denn der Weg ist das Ziel.⁷ Die Studien zeigen jedoch, dass mit der Erschließung der spirituellen Potenziale der vorgestellten Stätten und Orte immer auch eine religiöse Bildungsaufgabe verbunden ist, wenn Spiritualität nicht beliebig und damit für die Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen der touristischen Destinationen uninteressant werden soll.

Religion für Touristen

Es geht also darum, Religion und Glaube für Touristen aufzuschließen. Damit dies gelingt, ist zunächst zu beachten, wer überhaupt »Tourist« ist: »Touristen sind Personen, die zu Orten außerhalb ihres gewöhnlichen Umfeldes reisen und sich dort für nicht mehr als ein Jahr aufzuhalten aus Freizeit- oder geschäftlichen Motiven, die nicht mit der Ausübung einer bezahlten Aktivität am besuchten Ort verbunden sind.⁸ Diese Definition gilt es bei der Gestaltung entsprechender Angebote zu berücksichtigen – sie können weder dazu dienen, die Reisenden in die Gemeinde vor Ort integrieren zu wollen, noch können sie lediglich subsidiäre Angebote für religiöse Feiern und Kulte sein, die aufgrund der Reisesituation nicht zu Hause, sondern ersatzweise am Urlaubs- oder Arbeitsort besucht werden, wie dies die gängige Touristenpastoral zumeist als ihre Aufgabe begreift.

Religiös – und auch kirchlich – verantwortete Angebote und Anregungen im spirituellen Tourismus zeichnen sich daher insbesondere dadurch aus, dass sie die Reisenden – ob religiös

gebunden oder nicht – einladen, den Grundfragen des Menschseins (»Wer bin ich?«, »Woher komme ich?«, »Worauf zu lebe ich?«) Raum zu geben und im Rahmen der äußeren Reise zu Reisezielen die Möglichkeit einer inneren Reise zu eröffnen. Hier erhält religiöse Bildung eine neue und eigene Aufgabe. Mit Gotthard Fuchs kann ein solches Reisen als ein Unterwegssein nicht nur als Wellness, sondern als Wholeness interpretiert werden. Die spirituellen Angebote und Möglichkeiten vor Ort – zuvörderst bei christlichen und kirchlichen Destinationen – müssen dann aber auch so gestaltet sein, dass sie tatsächlich dazu einladen: »Zum ganzen, zum heil-en, zum heil-igen Leben gehört christlich offenkundig beides: das dankbare Einverständnis mit der irdischen Welt und das Wissen von einem Jenseits zu ihr schon darin [...]«⁹

Am 3. Juli 2011 wurden in Reinhardtsbrunn bei Gotha im Freistaat Thüringen mit der Eröffnung des Thüringer Informations- und Ausstellungszentrums¹⁰ für Spirituellen Tourismus verschiedene Möglichkeiten dieser Reiseform erstmals für ein ganzes Bundesland gebündelt. Hier werden Reisende auf dieses spezifische Angebot im Freistaat hingewiesen. Das unter dem Motto »sichtbar – unsichtbar. Thüringen spirituell« stehende Projekt wurde vom Arbeitsbereich Religionspädagogik am Institut für Katholische Theologie und ihre Didaktik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg entwickelt und wissenschaftlich begleitet. Als Präsentationsraum für die zu konzipierende Informationsausstellung stand ein ehemaliges Heizhaus zur Verfügung, das aufgrund seiner funktionalen Architektur eine Präsentation der Reisethemen in Form von Messeständen – ähnlich denen auf Tourismus- und Reisemessen – nahelegte. Insgesamt wurden acht spirituelle Destinationen für Thüringen entwickelt, die dazu anregen sollen, sich mit den oben genannten Grundfragen persönlich zu beschäftigen. Jedes der acht Angebotsbündel zeigt eine Landkarte des Freistaats, auf der

wichtige Orte oder Routen der jeweiligen touristischen Reiseziele und -routen eingetragen sind. Daneben werden einzelne Destinationen exemplarisch vorgestellt und für deren Besuch geworben. Bei jedem »Messestand« ist zudem eine Ablage für Prospekte und Informationsmaterial der Tourismusunternehmer vor Ort integriert. Die spirituelle Qualität des jeweiligen Reiseclusters wird durch einen Impuls, der auch als Eyecatcher dient, verdeutlicht.

Destinationen und Impulse

1. *Geheimnisvolles Erbe. Tiefe Wurzeln:* Orte vorchristlicher Religiosität in Thüringen.

Eyecatcher: Schnitt durch eine archäologische Grabung mit sichtbarem Wurzelwerk

Text: Wo liegen meine Wurzeln – biologisch und spirituell?

2. *Eichen fällen – Kirchen bauen. Bonifatius bringt das Christentum:* Ursprungsorte des Christentums in Thüringen

Eyecatcher: Eichenbaumscheibe

Text: Fälle deine Eiche – mach dich nicht abhängig! Geld, Aussehen, ständige Erreichbarkeit, Erfolg ... – zu viele »Götter« können ganz schön anstrengend sein und zu »Scheinheiligtümern« werden, wenn man ihnen alles unterwirft. Sie sind – wie Eichenbäume – zweifellos schön. Genießen wir sie, aber machen wir uns nicht abhängig von ihnen.

3. *Den Rahmen überschreiten. Spuren Elisabeths und Meister Eckharts:* Lebensorte Elisabeths und Eckharts in Thüringen

Eyecatcher: beweglicher Spiegel

Text: Ich stelle mich vor – und sage nichts von Beruf und Familie.

4. *Klöster im Land. In Reinhardtsbrunn und anderswo:* Klöster mit spirituellem Angebot

Eyecatcher: drei Glasrohre mit Sandfüllung zur Veranschaulichung der Stunden für Gebet, Arbeit und Erholung in einem Kloster unserer Tage; daneben ein Einwurfschlitz mit Zettelblock

Text: Die Zeit verrinnt – fülle den Tag! Womit ich meinen Tag fülle. Sie können Ihre Tagesfüllung auf dem Zettel eintragen und ihn dann in den Kasten werfen. Das Ergebnis aller Zettel wird monatlich ausgewertet.

5. *Vor Gott und den Menschen. Reformation in Thüringen*: Lebensstationen von Martin Luther, Thomas Müntzer und Andreas Bodenstein, gen. Karlstadt, in Thüringen

Eyecatcher: Wand mit Bildnissen der drei genannten Reformatoren, daneben auf grafisch angedeuteten Zetteln zugehörige wichtige Bibelzitate; davor eine Bibel zum Blättern mit Abreißzetteln

Text: Bibelworte können die Welt verändern und zu Taten anregen: nicht nur bei Reformatoren. Sie können sich ein Bibelzitat auf einen Zettel schreiben und auf Ihre Reise zu Schauplätzen der Reformation in Thüringen mitnehmen.

6. *Spirituell in Bewegung. Pilgerwege und Radwegekirchen*: Pilgerrouten für Fußgänger und Radfahrer durch Thüringen

Eyecatcher: Landschaftsbild von Thüringen mit Diabetrachtern, die Pilgerziele zeigen (Santiago de Compostella: Jakobsweg, Marburg: Elisabethweg, Lutherstadt Wittenberg: Lutherweg)

Text: Tu dir etwas Gutes – mach dich auf den Weg! Nehmen Sie sich Zeit für die Landschaft und für die Ziele. Freuen Sie sich an der Anstrengung und am Erreichen von Radwegekirchen und Pilgerorten.

7. *Klang und Musik. Glocken, Kantaten, Orgeln*: Orte des Wirkens von Johann Sebastian Bach und Heinrich Schütz, Standorte von Orgeln und Glocken

Eyecatcher: Orgel als Hintergrundbild; davor Sitzgelegenheit mit Audiostation (Pachelbel: Magnificatfuge Terti Toni Nr. 36, Bach: Kantate »Christ lag in Todesbanden«, Erfurter Gloriaglocke)

Text: Die Seele nährt sich vom Schönen. Hören Sie einfach zu!

8. *Tradition und Pluralität. Einladung zur Unterbrechung*: Stätten der drei großen monotheistischen Religionen,

die zur Unterbrechung des Tageslaufs und zur Besinnung einladen

Eyecatcher: drei Klappen mit je einem Symbol für Christentum, Judentum und Islam; beim Öffnen ist ein der jeweiligen Religion zugeordnetes, leise eingespieltes Glaubensbekenntnis zu hören

Text: Die Glaubensbekenntnisse von Christen, Juden und Muslimen sind Aufforderungen zum Innehalten und Unterbrechen des Alltäglichen. Hören Sie einfach rein!

Alle im Thüringer Informations- und Ausstellungszentrum für Spirituellen Tourismus vorgestellten Reiseempfehlungen eröffnen aufgrund ihrer inhaltlichen Profilierung Möglichkeiten für religiöse Bildung, die von den Anbietern vor Ort konkretisiert werden können.

Religiöse Orte wie Kirchen und Klöster, aber auch Pilgerwege besitzen damit das Potenzial, Menschen mit Inhalten und Themen religiöser Bildung zu erreichen – insbesondere auch diejenigen, die ansonsten von kirchlichen Angeboten nicht erreicht werden. Ein Kirchenbesuch – unternommen aus historischem oder kunstgeschichtlichem Interesse – kann in diesem Rahmen neue Horizonte eröffnen.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. Stausberg 2010, S. 21.

2 Ebenda, S. 22.

3 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landtags Sachsen-Anhalt 2006.

4 Schwillus, Kasper, Volgenandt 2009.

5 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2008.

6 Beier 2011.

7 Poensgen 2006, S. 17.

8 Stausberg 2010, S. 17.

9 Fuchs 2004, S. 276.

10 Träger: Kirche und Tourismus e.V. Das Projekt versteht sich als ein Beitrag zur Lutherdekade der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.

LITERATUR

Beier, S. (2011): Klosterlandschaft Sachsen-Anhalt (Kulturreisen in Sachsen-Anhalt, Bd. 11). Wettin.

Fuchs, G. (2004): Reiselustig und standortfest. Kleine Theologie des Tourismus in praktischer Absicht. In: Religionsunterricht an höheren Schulen, S. 270–276.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2008): Klosterstätten in Mecklenburg-Vorpommern. Mögliche Zusammenarbeit und Vernetzung. Schwerin, 2. Aufl.

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Referat Tourismus (Hg.) (2006): Spiritueller Tourismus in Sachsen-Anhalt. Potenzialanalyse und Handlungsempfehlungen für eine besondere Reiseform (Tourismus-Studien Sachsen-Anhalt 19). Magdeburg/Lutherstadt Wittenberg.

Poensgen, H. (2006): Neue Entwicklungen des spirituellen Tourismus – Beispiele, Trends, Orientierungen. Was ist Spiritueller Tourismus oder Spirituelles Reisen? In: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Referat Tourismus (Hg.): Heilige Orte, sakrale Räume, Pilgerwege. Möglichkeiten und Grenzen des Spirituellen Tourismus. Magdeburg, Lutherstadt Wittenberg, Bensberg, S. 17–21.

Schwillus, H.; Kasper, U.; Volgenandt, A. (2009): Klosterlandschaft Sachsen-Anhalt. Machbarkeitsstudie zur Konzeptentwicklung im Rahmen des Spirituellen Tourismus. Berlin.

Stausberg, M. (2010): Religion im modernen Tourismus. Berlin.

Prof. Dr. Harald Schwillus ist Leiter des Arbeitsbereiches Religionspädagogik und Katechetik mit Schwerpunkt Didaktik des Katholischen Religionsunterrichts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Literatur zum Thema SOZIALEHRE

Peter Klasvogt/Andreas Fisch (Hg.)

Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät? Christliche Weltverantwortung im Horizont der Globalisierung Paderborn (Bonifatius Druckerei) 2010, 500 S., 36,90 €

Mit dem Titel und dem Cover kommt das Buch etwas esoterisch daher. Jedoch bietet der Band im Großen und Ganzen aktuelle, qualifizierte und engagierte Beiträge zur gegenwärtigen Weltlage aus christlicher Perspektive. Es finden sich hoffnungsvolle und pragmatische Impulse aus wissenschaftlicher, fachlicher, theologischer und ethischer Sicht, um den globalen Herausforderungen zu begegnen. Die Argumentationen erfolgen im Horizont der Sozialenzyklika Caritas in veritate von Papst Benedikt XVI., der die kirchliche Soziallehre in einen globalen Rahmen stellt. Reinhard Marx versucht die Kerngedanken der Enzyklika zu vermitteln. Die »Liebe« steht am Anfang der Enzyklika, sie sei der Hauptweg, den die Soziallehre vorschlage, und die Gerechtigkeit folge aus ihr. Liebe sei auf eine grundsätzliche Anerkennung des anderen gerichtet, weil er Mensch sei. Grund unseres Lebens sei die schöpferische Liebe, die wir Gott nennen. Globalisierung sei nicht einfach ein Verhängnis, sondern eine konkrete, annehmende Aufgabe, die der Mensch bewältigen könne. Der Papst fordere eine »neue humanistische Synthese« zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft, und zwar auch auf globaler Ebene. Die Weiterentwicklung der Marktwirtschaft sei eine der Hauptherausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Es folgen Kapitel über die Soziallehre, über Europa in seiner sozialen Dimension, über Wirtschaftsethik, Friedensethik, Entwicklungspartnerschaft, Umweltethik und das Thema Jugend. Die nachstehend ausgewählten Brosamen sollen nicht nur einen kleinen Einblick in einzelne Argumentationsfiguren geben, sondern auch den Tenor des Buches andeuten. Hans-Gert Pöttering erachtet aufgrund der unterschiedlichen Sozialstaatstraditionen die Konzeption großer Sozialmodelle in der EU als wenig sinnvoll, votiert stattdessen für die Vereinbarung von Mindeststandards, in deren Genuss alle EU-Bürger kommen sollen: Zugang zu Wohnung, Gesundheit, Nahrung, Bildung; hoher Verbraucher- und Umweltschutz; Generationengerechtigkeit und Kinderschutz. Probleme der Nivellierung und Amerikanisierung des europäischen Sozialmodells diskutiert Karl Gabriel: »Angezielt ist ein stärker residualer Sozialstaat, der seine Leistungen nur noch jenen anbietet, die auch *wirklich* Hilfe benötigen.« Er plädiert für die Stärkung einer Grundsicherung und sieht bei den Kirchen eine wichtige Aufgabe darin, den Diskurs über globale Wohlfahrt mitzubestimmen. Chancen einer Verbindung von Ökonomie und Ethik mit Blick auf eine neue Weltwirtschaftsordnung betont Andreas Fisch. Konsumenten und Unternehmer seien gefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten auszuloten, z.B. durch ethikbezogenes Investment, gezielten Einkauf wie auch Boykott, wertorientierte Unternehmensführung, Achtung

der Rechte aller Stakeholder. Daraus könnte dann eine Vision globaler sozialer Marktwirtschaft entstehen. Auch Birgit Riess setzt auf Selbstverpflichtung und private Regulierung, indem Unternehmen durch Corporate Social Responsibility gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Hannes Koch argumentiert von der politischen Seite her und greift eine Idee der SPD auf, Aktiengesellschaften ausdrücklich auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Zudem sollten in Aufsichtsräten verschiedene gesellschaftliche Interessen vertreten sein, um eine Art »Gewissen« zu implementieren. Markus Vogt skizziert sein Konzept für Klimagerechtigkeit, das eine Transformation des Völkerrechts vom Koexistenz- zum Kooperationsrecht voraussetzt. Formuliert wird u.a. die Idee eines Umweltgerichtshofes, die Weiterentwicklung der Global Governance, die Anerkennung des Rechts auf Entwicklung, CO₂-Gerechtigkeit und Lebensstildiskussionen.

Die Beiträge geben nicht nur einen Einblick, wie sich die Kirche angesichts der dringlichen Fragen vielfältig positioniert, sondern zeigen auch ihre Rolle als eine wichtige und ernst zu nehmende Stimme für zeitgemäße Argumentationen und Forderungen. Dazu gehören: Menschenrechte und eine Kultur der globalen Verantwortung, Gemeinwohlorientierung, Selbstverpflichtung und korporative Verantwortung, politische Steuerung, Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie Zivilgesellschaft als unverzichtbare Kraft. Die verschiedenen Beiträge sind gut lesbar, wohltuend knapp gehalten und fokussieren jeweils auf spezifische Argumentationsfiguren, die durch ausreichende Quellenangaben vertieft werden können. Sie eignen sich nicht nur für ein gesellschaftlich interessiertes Fachpublikum im kirchlichen Kontext, sondern als Denkanstoß überhaupt für die öffentliche Auseinandersetzung über die Zukunftsfähigkeit unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Tilly Miller

ENERGIEPOLITIK

Eike Bohlken u.a. (Hg.)

Kirche, Kernenergie, Klimawandel – Eine Stellungnahme mit Dokumenten

Münster (Lit), 2. Aufl. 2011, 176 S., 19,90 €

Der Band mit kirchlichen Stellungnahmen zur Energie- und Umweltpolitik, der in der Reihe »Philosophie aktuell« des Forschungsinstituts für Philosophie in Hannover erschienen ist, wurde im Frühjahr 2010, also noch vor der Laufzeitverlängerung der deutschen AKWs und der nachfolgenden überraschenden Energiewende der schwarz-gelben Koalition, redaktionell abgeschlossen. Veraltet ist er dennoch nicht. Er bringt bedenkenswerte Einwände gegen die offizielle Energiepolitik und deren in der Öffentlichkeit gern übersehene »Lenkung durch Kapitalinteressen« (S. 10). Die deutliche Positionierung ist mit einem ebenso deutlichen Votum gegen die Nutzung der Kernenergie verbunden, wofür vor allem der beim Hannoveraner Forschungsinstitut angesiedelte Arbeitskreis, der die Publikation erstellte, verantwortlich zeichnet. Die Einrichtung des

Arbeitskreises war vom Bistum Hildesheim, in dem sich übrigens die beiden atompolitisch brisanten Orte Asse und Gorleben befinden, in die Wege geleitet worden. Die Aufarbeitung der katholischen und evangelischen Diskussion beendete der AK mit der Formulierung eines eigenen Positionspapiers, das in dem Sammelband die Einleitung zu weiteren kirchlichen Stellungnahmen abgibt (Erklärungen der DBK zum Klimawandel von 2006/07, des ZdK zur Schöpfungsverantwortung von 2008, der EKD zum Klimawandel von 2008 etc.).

Im Blick auf die Atomenergie ist das Buch natürlich jetzt, nachdem Bundestag und Bundesrat im Sommer 2011 den Atomausstieg beschlossen haben, überholt und sind die Einwände, die hier vorgetragen werden, fast Allgemeingut. Doch können nicht nur die kritischen Bemerkungen zu Triebkräften und Zielsetzungen der Energiepolitik Anstöße für die weitere Debatte geben, es werden auch aufschlussreiche Unterlagen zur Beurteilung der katholischen Entscheidungsfindung und ihrer ethischen Qualität beigebracht. Abgedruckt ist hier z.B. ein markantes Dokument von der 52. Vollversammlung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) aus dem Jahr 2008, in dem sich Erzbischof Mamberti als Vertreter des Vatikans entschieden für die weitere Nutzung der Kernenergie ausspricht. Dies scheint ja immer noch die gültige Linie des Heiligen Stuhls zu sein, der vor 50 Jahren zu den Mitbegründern der IAEA gehörte und seitdem der Atompolitik seinen Segen erteilt. Papst Benedikt vermeidet es in seinen Aufrufen zur Bewahrung der Schöpfung, kritische Worte über die Kernenergie zu verlieren; an den einschlägigen Stellen heißt es bei ihm – so in der Erklärung von 2010, die in dem Band abgedruckt ist –, dass es die Kirche als »Expertin für Menschlichkeit« vermeide, »sich zu spezifischen fachlichen Lösungen zu äußern« (S. 95). Diese Widersprüchlichkeit hätte man auch an der deutschen Kirche zeigen können. Denn das kritische Votum der Deutschen Bischofskonferenz kurz nach der Katastrophe von Fukushima, wie es von Kardinal Marx mit Verweis auf den frühen Antiatomprotest von Kardinal Höffner vorgetragen wurde, verzerrt das Bild: Katholische Lehre in Deutschland war lange Jahre das entschiedene Ja zum Bau von Atombomben und Atomkraftwerken. Höffner z.B. tat sich in der Befürwortung der Atompolitik besonders hervor und erklärte in seinem Standardwerk »Christliche Gesellschaftslehre« von 1975 die Kernenergie noch selbstverständlich zu einem Bestandteil geordneten und kontrollierten Wirtschaftswachstums. Erst mit der AKW-Katastrophe von Harrisburg 1979 und dem nachfolgenden Katholikentag kamen bei Höffner kritische Töne auf, die sich aber, wie die FAZ (14.4.11) nachgewiesen hat, nicht zu einer Absage an die Kernkraft verstiegen. Ähnliches wiederholte sich nach Tschernobyl, als Höffner seinen Ton verschärfte (immerhin ging es um ein Kraftwerk aus dem Reich des gottlosen Bolschewismus), es aber nicht zu einem Bruch mit der christlichen Atompolitik unter Helmut Kohl kommen ließ (vgl. Spiegel 39/86). Vielleicht könnte man bei einer Neuauflage diese Traditionslinien im Dokumententeil, der erst mit dem Jahr 2006 beginnt, berücksichtigen. Spannend bleibt das Thema allemal.

Johannes Schillo

SOZIALKAPITAL

Stefan Vater/Wolfgang Kellner/Wolfgang Jütte (Hg.)
Erwachsenenbildung und Sozialkapital
Wien und Berlin (Lit) 2011, 190 S., 19,90 €

»Sozialkapital gehört nicht zu den etablierten Konzepten in der deutschsprachigen Erwachsenenbildung/Weiterbildung« (S. 9), schreiben Wolfgang Jütte (Universität Bielefeld), Wolfgang Kellner (Ring österreichischer Bildungswerke) und Stefan Vater (Verband österreichischer Volkshochschulen) in dem Sammelband »Erwachsenenbildung und Sozialkapital«, der sich genau die Etablierung eines solchen Konzepts vorgenommen hat, ohne dass er eine unkritische Propagierung dieser sozialwissenschaftlichen Perspektive auf pädagogische Prozesse betreiben will. Den Autoren und Herausgebern ist nämlich bewusst, dass mit derartigen begrifflichen Innovationen – jenseits der inhaltlichen Kontroversen, die sich im Einzelnen ergeben – oft genug nur »auf der proklamatorischen Ebene« (S. 10) Legitimationen für bildungspolitische Modernisierungs- und Reformvorhaben geschaffen werden. Sie thematisieren dies etwa am Beispiel des informellen Lernens oder der lernenden Gesellschaft und zeigen so auch, dass ihnen die Praxisprobleme der Erwachsenenbildung vertraut sind, der eben nicht mit zeitgeistkompatiblen Umetikettierungen und flotten Slogans geholfen ist, die vielmehr auf die sachhafte Klärung und Erhellung ihres Praxisfeldes angewiesen ist.

Die knapp 20 Autoren und Autorinnen des Bandes kommen aus Bildungsverwaltung und -verbänden, aus universitärer und praxisnaher Forschung mit deutlichem Bezug zur Weiterbildungslandschaft. Sie stammen vorwiegend aus Österreich, es sind aber auch Fachleute aus Deutschland, Großbritannien und Kanada vertreten. Der Band ist aus einer Tagung hervorgegangen, die das österreichische Bundesinstitut für Erwachsenenbildung Ende 2008 veranstaltete und die vor allem von den Leitfragen ausging, welchen Stellenwert Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen für die Stärkung von Sozialkapital haben und, umgekehrt, wie bedeutsam Letzteres für unterschiedliche Formen des lebenslangen Lernens sein kann. Eine weitere Frage zielte darauf, welche Methoden zur Erfassung von Sozialkapital sich im erwachsenenpädagogischen Rahmen einsetzen lassen. Der erste Teil der Publikation befasst sich mit dem theoretischen Gehalt des neuen Konzepts, mit den Weiterungen und Desideraten, die sich im Blick auf das pädagogische Feld ergeben. Der zweite Teil gibt empirische Einblicke, etwa zu einer Workshop-Reihe über freiwilliges Engagement im Alter oder zur Social Software, Stichwort: Web 2.0, und zur neuen Art der sozialen Vernetzung im Internetzeitalter. Der dritte Teil bringt in einem Ausblick »kritische Anfragen und methodische Schärfungen«, so z.B. eine Auseinandersetzung mit dem Begründer der Social-Capital-Theorie, Robert D. Putnam.

Vater hält abschließend fest, dass die von Putnam gegebenen Anstöße auf wichtige Probleme, auf das »Auseinanderdriften der Gesellschaft« (S. 178), auf die Tendenz »zu einer Entsolidarisierung und Ignoranz gegenüber den Problemen ande-

rer« S. 178), aufmerksam machen können. Dies verbindet er aber mit kritischen Anmerkungen, wie sie auch von anderen Autoren des Sammelbandes vorgetragen werden: Die sozialwissenschaftliche Richtung, aus der Putnam stammt, weise »a strong upper class accent« (Schattschneider) auf; es stelle sich die »Frage nach der Relevanz von Ungleichheit und nach der Aussagekraft des Konzepts bezogen auf Ungleichheit« (S. 9). Andere befragen das Konzept kritisch im Blick auf die Genderperspektive (Gidengil/O'Neill). Solche Einwände und Bedenken kommen in dem Band ausführlich zur Sprache. Die Herausgeber tun sich deshalb auch mit einem eindeutigen Fazit schwer. Im Grunde dokumentiere die Tagung, so die Einleitung des Bandes, den Beginn einer Debatte; das neue Konzept sei aber auf jeden Fall geeignet, »vorherrschende Diskurse und tradierte Selbstverständlichkeiten der Weiterbildung in zielgruppenorientierten Handlungsfeldern herauszufordern« (S. 14). Auf einer grundsätzlichen Ebene wäre allerdings zu fragen, ob es sinnvoll ist, die bildungsökonomische Fassung von pädagogischen Prozessen, wie sie sich heute mit dem Begriff »Humankapital« etabliert hat, gewissermaßen dadurch zu überhöhen oder zu überbieten, dass man die sozialen Zusammenhänge, die beim individualistischen Humankapital-Ansatz verloren gehen, wieder mit dem Kapitalbegriff einzufangen versucht.

Leif O. Mönter

UTOPIEFÄHIGKEIT

Klaus Ahlheim/Horst Mathes (Hg.)
Utopie denken – Realität verändern. Bildungsarbeit
in den Gewerkschaften
Hannover (Offizin) 2011, 155 S., 13,80 €

Die von Klaus Ahlheim vor zwei Jahren gestartete Reihe »Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft« hat sich zu einem wichtigen Forum für die fachliche Debatte der Erwachsenenbildung entwickelt – dies gerade auch im Blick auf Auseinandersetzungen, die um Modernisierung und Innovation geführt werden und die mitunter weitreichende Umlaufpläne für die Weiterbildung ins Spiel bringen (Orientierung auf neue Lernkulturen, auf informelles oder internetbasiertes Lernen). Der neue, vierte Band, den Ahlheim gemeinsam mit Horst Mathes, dem langjährigen Leiter des IG-Metall-Bildungszentrums Sprockhövel, herausgegeben hat, widmet sich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Diese wird, wie die Herausgeber eingangs vermerken, in der erwachsenenpädagogischen Debatte eher ignoriert, wobei anzumerken wäre, dass das nicht allein dem »neoliberalen« Zeitgeist geschuldet ist, sondern auch auf eine Zurückhaltung der betreffenden Szene bei konzeptionellen Kontroversen zurückzuführen ist. Die Zeiten, da Oskar Negt mit seiner Theorie der Arbeiterbildung (»Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen«, 1968) wichtige Orientierungspunkte für die erwachsenenpädagogische Profession insgesamt setzte, sind vorbei und die Ansätze

gewerkschaftlicher Bildung großteils in den Mainstream der »Vermarktlichung« eingeordnet.

Dass sich dieser Zustand ändert, dass sich die Gewerkschaften wieder stärker in die allgemeine professionelle Debatte einbringen und dass auch in den Gewerkschaften die Aufgabe der politischen Erwachsenenbildung wieder stärkeres Gewicht erhält, ist das Hauptanliegen des neuen Bandes. Eröffnet wird er mit einem Einführungsbeitrag von Ahlheim zur politischen Erwachsenenbildung »in Zeiten des Marktradikalismus«. Er liefert einen ausgezeichneten Überblick über den aktuellen Weiterbildungsdiskurs, in dem sich ein modernisierungsbewusster Mainstream und ein auf der Aufklärungs- und Kritikfunktion beharrender, emphatischer Bildungs- und eben nicht Lern- oder Qualifizierungsansatz gegenüberstehen. Dem folgen fünf Aufsätze von Bildungspraktikern und -experten aus der Gewerkschaft IG Metall, die als »einer der großen Bildungsveranstalter der politischen Bildung in der Bundesrepublik« – »jährlich beteiligen sich ca. 80.000 Mitglieder an Seminaren« (Kolbe/Meine) – exemplarisch mit ihren Bemühungen und Überlegungen vorgestellt wird. Die Texte machen deutlich, dass sich Gewerkschaften wie andere gesellschaftliche Großorganisationen auch (Parteien, Kirchen ...) schwer damit tun, den Ansatz einer »Zweckbildung« mit dem Prinzip der Teilnehmerorientierung zu vereinbaren.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, das programmatische Ziel der Utopiefähigkeit zu präzisieren. Auffällig ist zunächst, dass die aktuelle gewerkschaftliche Perspektive nach der Finanz- und Wirtschaftskrise – wie Hermann Nehls vom DGB-Bundesvorstand vor einem Jahr in Praxis Politische Bildung (PPB 3/10) schrieb – darin bestehen soll, auf gewerkschaftspolitische Ideen von gestern, nämlich der Adenauer-Ära, zurückzugreifen; empfohlen wird etwa der Rekurs auf Viktor Agartz und die »Neuordnungsdebatte« nach 1945, die weniger auf »Verstaatlichung« als auf das Konzept der »Vergesellschaftung« setzte (Nehls). Damit rücke, so jetzt die weit gehend übereinstimmende Argumentation der IG-Metall-Autoren, die Aufgabe der Demokratisierung erneut in den Fokus der Aufmerksamkeit: Die Gewerkschaften halten »mit ihrem politischen Eintreten für die Demokratie den Schlüssel für eine fundierte Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft und ihren aktuellen wirtschaftspolitischen Auswüchsen in der Hand« (Klaus Dera u.a.). Man könnte allerdings einwenden, dass »Demokratie« eher ein Schlagwort, zumindest eine recht unbestimmte Zielsetzung darstellt, von der zudem zweifelhaft ist, wie sie in der Bildungsarbeit Utopiefähigkeit vermitteln soll.

Joachim Beerhorst versucht die Bedeutung des Utopischen grundsätzlich zu klären, es gehe um »Wunsch- und Leitbilder gesellschaftlicher Verhältnisse und menschlichen Zusammenlebens«, also um das, was gemeinhin als »Visionen« bezeichnet wird und sich in der Regel mit der »Tendenz zur Pragmatisierung« bestens verträgt: Das Fernziel soll eben eine Überhöhung der eher kleinkarierten Alltagspraxis leisten, die zaghaften und weitgehend in Vergessenheit geratenen Ansätze zum Ausbau einer Mitbestimmungsdemokratie sollen im Blick auf die große Perspektive neuen Glanz gewinnen. So plädiere

ren die Autoren des Sammelbandes an anderer Stelle dafür, die Demokratisierungsforderung nicht mit der »Systemfrage« zu belasten, da man sich sonst »in den Bereich der wünschbaren, aber mittelfristig unrealistischen Utopien« (Dera u.a.) begebe. Die dem gegenübergestellte realistische »betriebliche Zukunftswerkstatt« in einem Großbetrieb legte dagegen Wert darauf, dass über den Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung das Betriebsergebnis verbessert wurde. »Kompetenzen der Projektplanung und Systemanalyse«, mit denen die Mitarbeiter den Gewinn des Unternehmens steigerten, sind also schon alles, was man sich von der Vermittlung einer realistischen Utopiefähigkeit zu erwarten hat?

Johannes Schillo

Aktuelle Fachliteratur

BILDUNG & BIOGRAFIE

Nicole Justen

Erwachsenenbildung in biographischer Perspektive. Lebensgeschichten – Bildungsmotive – Lernprozesse Opladen & Farmington Hills (B. Budrich) 2011, 450 S., 48 €

Die Dissertation von Nicole Justen ist dem thematischen Feld der Bildungs- und Biografieforschung sowie der Erwachsenenbildungspraxis als Persönlichkeitsentwicklung zuzuordnen. Gegenstand ist die Auseinandersetzung mit dem zyklischen Wechselverhältnis von Lebensgeschichten, Bildungsmotiven und Lernprozessen Erwachsener. Den Ausgangspunkt für die Erhebung bildete Justens Annahme, dass in unserer heutigen Wissensgesellschaft mit ihren rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wandlungsprozessen Flexibilität und Bereitschaft, sich kontinuierlich neuen Lernherausforderungen zu stellen, notwendige Voraussetzungen geworden sind (vgl. S. 11).

Justen führte narrative Interviews mit insgesamt 14 Teilnehmerinnen an autobiografischen Volkshochschul-Schreibwerkstätten und wertete sie nach dem Analyseverfahren von Fritz Schütze aus, das auf der Erschließung von Prozessstrukturen des Lebenslaufs gründet. Männliche Probanden konnten leider nicht gewonnen werden, da sie in biografisch orientierten Erwachsenenbildungssangeboten erfahrungsgemäß unterrepräsentiert sind. Ein geschlechtsspezifischer Vergleich wäre aber aufgrund der Unterschiedlichkeit der Lebensverläufe wünschenswert gewesen. Die Teilnehmerinnen der Schreibkurse wurden nach ihren Lebensgeschichten befragt, um in Erfahrung zu bringen, welche persönlich bedeutsamen Motive die Probandinnen für das autobiografische Schreiben animiert hatten, welche Wirkung die Teilnahme an einem Erwachsenenbildungssangebot auf die Biografie ausübt und welche Lernprozesse damit initiiert werden.

Ein Ergebnis der empirischen Studie ist, dass Erwachse-

nenbildung mit biografieorientierten Bildungsangeboten als Vermittlungsinstanz zwischen Subjekt, Biografie und Struktur fungieren kann, auch wenn die Bildungsmotive sich so unterschiedlich gestalten wie die Lebensgeschichten selbst (vgl. S. 441). Justen erstellte auf Grundlage der Analyse des Interviewmaterials eine Typologie, die die verschiedenen Beweggründe für die Bereitschaft zu einer bewussten Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte kategorisiert. Zwar weist die Typologie zum Teil Parallelen und Überschneidungen zwischen den sechs Typen auf, insgesamt ist die generierte Merkmalsausprägung jedoch gut nachvollziehbar. Betrachtet man die Minimax-Ausprägung der sechs herausgearbeiteten Typen, so lässt sich feststellen, dass mit der Teilnahme an einem biografieorientierten Bildungsangebot der Repräsentantinnen des einen Typenpols ein Identitätslernen verbunden ist, bei dem die eigene Biografie den Lerngegenstand darstellt. Die Selbstreflexion, die durch die Bildungsveranstaltung ausgebaut wird, äußert sich in einer emotionalen Entlastung aufgrund des aufklärenden, sortierenden und bilanzierenden Charakters. Bei Repräsentantinnen des entgegengesetzten Typenpols besteht das Ziel der Teilnahme an biografischen Schreibkursen darin, die eigene Geschichte für sich selbst, aber auch für die nachfolgende Generation schriftlich zu fixieren.

Justen differenziert dabei zwischen manifesten und latenten Motiven, die Anlass für die Befragten sind, um biografisch ausgerichtete Erwachsenenbildungskurse zu besuchen. Zu Ersteren gehören Bedürfnisse der Lebensbilanzierung, der Tradierung der Lebens- und Familiengeschichte, der aktiven Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase in einem altersadäquaten Bildungsraum, der Pflege von außerfamiliären Sozialkontakten sowie der geistigen Herausforderung. Latente Motive, die vor allem sozialemotionale Bildungsbedürfnisse umfassen, sind u.a. die emotionale Stärkung der eigenen Person, die Verarbeitung von biografisch belastenden Erinnerungen oder die biografische Zusammenhangsbildung (vgl. S. 423). Die Erhebung leistet einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung biografieorientierter Erwachsenenbildung und bietet innovative Ansätze für die Optimierung zukünftiger Bildungsangebote. Sie präsentiert auf sprachlich anschauliche Weise zentrale biografisch-narrative Darstellungsformen, Prozessstrukturen, Bildungsansprüche und deren biografische Relevanz.

Susanne Dick

BILDUNGSBERATUNG

Anne Schlüter

Bildungsberatung – Eine Einführung für Studierende Opladen & Farmington Hills (B. Budrich) 2010, 168 S., 14,90 €

»Beratung hat eine große Zukunft« – auf diese allgemeine Feststellung beruft sich auch Prof. Anne Schlüter, geschäftsführende Direktorin des Instituts für Berufs- und Weiterbil-

dung, Sprecherin des Netzwerks »Frauenforschung NRW« sowie Vorsitzende der Gleichstellungskommission, in ihrer erfolgreichen »Einführung für Studierende« und macht die Aussage für Leser wie Leserinnen nachvollziehbar, denn das Lehrbuch legt einen Schwerpunkt auf die hohe Relevanz der Bildungsberatung in der heutigen Gesellschaft. Durch den demografischen Wandel, durch Globalisierungsbestrebungen, technischen Fortschritt oder starke Umstrukturierungsprozesse der Ausbildungs- und Studiengänge werden Menschen ja immer mehr mit neuen Lernherausforderungen konfrontiert, für die die wenigsten qualifiziert sind. Um die daraus resultierende Unsicherheit, aber auch die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft zu minimieren, ist Bildungsberatung hilfreich und vonnöten. Dabei ist sie prinzipiell für alle Menschen möglich, doch bildungs- und sozial benachteiligte sowie beruflich oder am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppierungen werden in dem Lehrbuch als Hauptzielgruppe benannt.

Angesichts dessen ist die Professionalität der Beratenden von grundlegender Bedeutung. Dazu liefert das Lehrbuch Grundwissen für Studierende und Lehrende in einer leicht verständlichen und mit vielen Beispielen versehenen Sprache. Neben fachlichen Kompetenzen stellt es soziale und emotionale Kompetenzen für das Gelingen von Beratung in den Vordergrund. Dabei wird dem Einfluss der nonverbalen Kommunikation immer wieder umfangreiche Beachtung geschenkt. Die Relevanz der interkulturellen und der Genderkompetenz wird den Leser/-innen in gesonderten Kapiteln ausführlich verdeutlicht. Denn diese Kompetenzen stärken das Bewusstsein fremder kultureller Werte und Normen sowie der Geschlechterrollen; sie fördern zudem die Reflexion möglicher Vorurteile, wodurch das Beratungshandeln qualifiziert werden soll. Im Blick aufs professionelle Handeln der Beratenden bezieht sich das Lehrbuch auch auf die individuellen Lerngeschichten. Denn durch die Lernbiografien der Ratsuchenden können Beratende

Beratung hat eine große Zukunft.

u.a. Rückschlüsse und Erklärungen für mögliche Lernwiderstände oder Lernhemmungen finden. Es wird immer wieder betont, dass es *nicht* Aufgabe von Beratung sein kann, die Probleme der Ratsuchenden durch die Beratenden lösen zu lassen oder in entsprechender Weise auf sie einzuwirken. Ziel ist es vielmehr, die Ratsuchenden von ihren Problemen weg auf ihre Ressourcen hin zu orientieren und dabei Lernen anzuregen. Das ressourcenorientierte Konzept als Ansatz für die Lern- und Bildungsberatung wird dabei in einem gesonderten Kapitel ausführlich erläutert. Als wesentliches Instrument innerhalb dieses Beratungskonzepts wird der »Profilpass« vorgestellt. Das Lehrbuch ist gut und sinnvoll gegliedert. Im ersten Themenblock »Kontexte für Bildungsberatung in der Weiterbildung« werden grundlegende Informationen zum Handlungsfeld Bildungsberatung im Rahmen von Erwachsenenbildung/Weiterbildung gegeben. Der zweite Block stellt die verschiedenen Formate der Bildungsberatung vor, was Einblicke in mögliche Berufsfelder ermöglicht, und der dritte Block thematisiert die spezifischen Kompetenzen und Instrumente

innerhalb der Bildungsberatung. Ursprüngliche Zielgruppe der Publikation waren Studierende des Bachelorstudiengangs Erziehungswissenschaft der Fakultät Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen, gedacht zur Vorbereitung für die jeweiligen Vorlesungs- und Seminareinheiten sowie für Gruppenarbeiten. Doch kann die Einführung sicherlich von einem breiten Leserkreis genutzt werden. Für Hochschulabsolvent/-innen ist sie durch die Vertrautheit mit der Thematik einfach zu lesen und eine gute Auffrischung der Wissensbestände. Verschiedene Hochschullehrerinnen haben sich an der Erarbeitung des Lehrbuches beteiligt. Nach jedem Kapitel haben Leser und Leserin die Möglichkeit, Fragen zu beantworten, um ihr (neu gewonnenes) Wissen und Textverständnis zu überprüfen. Dies stellt sich im Lesefluss als ausgesprochen angenehm und hilfreich dar. Nach jedem Kapitel bietet das Buch mit aktuellen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen die Gelegenheit zur Vertiefung, einen Anhang, in dem die Autorinnen vorgestellt werden, ein Literatur- sowie ein Stichwortverzeichnis. Wegen der kompakten Anlage, der guten Lesbarkeit und dem niedrigen Preis ist es insgesamt als Einführung sehr zu empfehlen.

Mandy Biesold

POLITISCHE BILDUNG

Alexander Lahner

Bildung und Aufklärung nach PISA – Theorie und Praxis außerschulischer politischer Jugendbildung
Wiesbaden (VS) 2011, 363 S., 49,65 €

Wenn sich heutzutage europäische Identität oder deutsche Leitkultur als geschichtlicher Auftrag in Szene setzen – um sich z.B. von der rückständigen islamischen Welt abzugrenzen oder das chinesische Publikum mit der europäischen Geistesgeschichte zu beeindrucken –, darf der Hinweis auf die abendländische Tradition der Aufklärung nicht fehlen. Wenn es aber konkret wird, wenn es etwa um die pädagogische Vermittlung dieser Aufgabe geht, sieht die Sache anders aus. Gerade in der Weiterbildung gehört es zum »modernen« Selbstverständnis, dass »Pädagogen ihren Adressaten nicht als Aufklärer gegenübertreten« (vgl. die Rezension zu Panke u.a. in EB 1/11). Und Klaus Ahlheim hat jüngst in einem Aufsatz nachgezeichnet (s.o.), wie sich die Modernisierung der Erwachsenenbildung in den letzten beiden Jahrzehnten, speziell mit der geforderten Integration von beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung, zu einem »Dienstleistungskonzept« vorgearbeitet hat, das, so DIE-Direktor Ekkehard Nuissl, »mit einem entwickelten aufklärerischen Impetus kaum zu vereinbaren« ist. Alexander Lahner nimmt hierzu eine entschiedene Gegenposition ein und bemüht sich in jeder Hinsicht um die Ausarbeitung eines »entwickelten aufklärerischen Impetus«. Zwar steht bei ihm die außerschulische Jugendbildung im Mittelpunkt, doch sind die grundsätzlichen Überlegungen genauso für die Erwachsenenbildung von Bedeutung, und auch das Schlusskapitel, das sich einer »inhaltlichen Konzeptionierung« bzw.

Konkretisierung am Beispiel Rechtsextremismus und Rassismus widmet, betrifft durchaus die Arbeit mit (jungen) Erwachsenen. Die Bezugnahme des Titels auf die PISA-Debatte soll wohl vor allem zum Ausdruck bringen, dass sich spätestens mit der öffentlichen Auseinandersetzung um die internationale Konkurrenzfähigkeit des nationalen Bildungsniveaus ein bildungspolitischer Mainstream eingestellt hat, der sich auch massiv auf die Praxisfelder der Jugendarbeit, Jugendbildung oder Erwachsenen-/Weiterbildung auswirkt. Resultat ist jedenfalls, so Lahner, dass die klassischen Intentionen von Bildung und Aufklärung mittlerweile »nicht nur als anachronistischer Idealismus, sondern auch als kontraproduktive störende Ideologien gelten«.

Lahners Arbeit, die aus einer Promotion hervorgegangen ist, bewältigt ihr Programm in lesbarer und gut strukturierter Form. Sie geht dabei in vier Schritten vor: Als Erstes vergewissert sie sich der philosophischen Tradition von Bildung und Aufklärung, indem sie sich unter den Stichworten »Individualität«, »Objektivität« und »Kritik« mit den drei klassischen Positionen Humboldts, Hegels und Adornos befasst. Dieser Teil schließt mit dem Verweis auf Adornos »Theorie der Halbbildung«, die ja in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten als die angemessene Diagnose des heute vorherrschenden Bildungsprofils eingestuft wurde. Der folgende Teil resümiert den aktuellen »politischen Bildungsdiskurs«, wie ihn die EU im neuen Jahrhundert mit der »Lissabon-Strategie« einläutete, wechselt also von der philosophischen Ebene zu den entscheidenden Bestimmungsfaktoren dafür, in welchem Rahmen sich pädagogische Theorie und Praxis heute entwickeln.

Ein fundierter Beitrag zur pädagogischen Arbeit, der die gängigen Modernisierungsimperative infrage stellt.

Der dritte Teil behandelt die Bildungsdiskurse in Jugendarbeit und politischer Jugendbildung, verortet Letztere in der Jugendhilfe, sieht aber, so etwa in den Kapiteln über »Qualifizierung« oder »Selbstgesteuertes Lernen« (3.3.2.1 f.), die Verbindungslinien zur Weiterbildungsdebatte. Der Schlussteil, dem noch ein kurzer Ausblick und ein ausführliches, aber nicht ausuferndes Literaturverzeichnis folgen, umreißt ein praxisorientiertes Programm politischer Bildung und geht dabei auch auf konkrete Themen (Beispiel Ausländerfeindlichkeit) oder Zusammenhänge interkultureller Praxis ein. Besonders hervorzuheben ist hier, dass ein Ansatz wie der von Lahner vorgeschlagene gerade dem verbreiteten pädagogischen Stereotyp von Aufklärung als einem doktrinären Top-down-Prozess widerspricht und darauf besteht, dass »Lebenslage und Alltagsbewusstsein« der Adressaten »zum Ausgangspunkt und Inhalt« der Bildungsarbeit zu machen sind. Auch wenn noch einige Praxisfragen offenbleiben, liegt hier ein fundierter Beitrag zur Konzeption non-formaler pädagogischer Arbeit vor, der die gängigen Modernisierungsimperative infrage stellt.

Johannes Schillo

MIGRATION

Veronika Fischer/Monika Springer (Hg.)

Handbuch Migration und Familie – Grundlagen für die Soziale Arbeit mit Familien

Schwalbach/Ts. (Wochenschau) 2011, 526 S., 49,80 €

Familien gelten aus dem Blickwinkel der deutschen Politik als Zukunftspotenzial oder Investition ins Gemeinwesen. »Allerdings wurden Zugewanderte und ihre Familien in der Vergangenheit vielfach anders und eher negativ wahrgenommen. Lange Zeit wurden sie mit Blick auf eine Anwerbepolitik, die nach dem Prinzip der Rotation funktionierte, als vorübergehendes Phänomen eingestuft und gar nicht erst in politische Strategien einbezogen, sondern ignoriert. Des Öfteren wurden sie als Belastung des sozialen Netzes und des Bildungssystems gesehen. In einer dritten Perspektive wurden sie als »Parallelgesellschaft« etikettiert, die sich von der Aufnahmegerügsellschaft abgrenze und ein Eigenleben führe.« Das schreiben Veronika Fischer, Professorin an der FH Düsseldorf, und Monika Springer von der NRW-Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in dem neuen Handbuch über Migration und Familie. Sie konstatieren, dass erst allmählich ein Umdenken einsetze und die Entwicklungspotenziale von Einwanderung gesehen würden.

Zu diesem Perspektivenwechsel will das Handbuch beitragen, dabei auch die wissenschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre berücksichtigen, die die früher vorherrschende Defizitorientierung zu überwinden versuchen. Der fachliche Diskurs der Sozialarbeit habe bisher Familien mit Migrationshintergrund eher am Rande behandelt, das Thema sei höchstens als ein Gesichtspunkt unter anderen aufgegriffen worden. Diese Randstellung will das Handbuch korrigieren und eine umfassende, interdisziplinäre Aufarbeitung zu den wichtigsten theoretischen und praktischen Aspekten für die Soziale Arbeit leisten. Der Blick soll »sowohl auf die Risiken als auch auf die Chancen gelenkt werden, die mit dem familiären Migrationsprojekt verbunden sind. Es gilt, die Kompetenzen und Erfahrungen aufzuzeigen, die Menschen im Zuge von Migrationsprozessen erworben haben und die sie in die Lage versetzen, sich auf eine gänzlich neue Situation flexibel einzustellen und produktiv mit den gegebenen Möglichkeiten umzugehen.«

40 Autoren und Autorinnen vor allem aus den Sozialwissenschaften haben sich an dem Handbuch beteiligt. Auf rund 300 Seiten beschäftigt sich der erste Teil mit den theoretischen Grundlagen zu den Themen Migration und Familie. Es wird ein weit gespannter Bogen von Beiträgen geboten, die in die einzelnen Facetten der Migrationsdebatte einführen. Es geht um das »Einwanderungsland D« allgemein, es geht um den rechtlichen Status, um die ökonomische Situation, es geht um Medien und Religionsausübung, um die Erfahrungen von Mädchen und Jungen in Migrantenfamilien. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei der demografische Wandel, der in den Debatten über Migration und Integration oft mit alarmistischen oder rassistischen Konnotationen versehen wird.

Das Handbuch betont dagegen die Chancen der Migration, den Effekten einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung entgegenzuwirken.

Der zweite, praxisorientierte Teil »Migration und Soziale Arbeit mit Familien«, der mit 200 Seiten etwas kürzer ausgefallen ist, befasst sich zunächst mit grundlegenden Anforderungen an die Familienarbeit. Veronika Fischer erläutert z.B. das moderne Erfordernis der »interkulturellen Kompetenz« und gibt damit zugleich einen Einblick in die neuere erziehungswissenschaftlichen Diskussionen und den Paradigmenwechsel von der Wissens- hin zur Kompetenzorientierung. Daran anschließend werden sozialpädagogische Methoden und Arbeitsfelder vorgestellt. Ebenfalls von Fischer stammt der Aufriss zur Eltern- und Familienbildung. Hier ist ein Schwerpunkt die Diskussion der Gründe, die für die geringe Weiterbildungsbeteiligung von Migranten und ihren Familien maßgeblich sind; allem Anschein nach spielt, wie auch bei der inländischen Mehrheitsgesellschaft, der Sozialstatus die Hauptrolle. Mitherausgeberin Monika Springer erläutert mit Blick auf NRW das Konzept der Familienzentren (vgl. EB 4/08). Abschließend gibt es einen Überblick zu konkreten Projekten von Elterntraining und Familienbildung. Der Band wird mit einem ausführlichen Sachregister abgerundet, das auch die verschiedenen Bildungsaspekte des Themas erschließt.

Vinzenz Bosse

HUMOR

Frank Schulze

Humor als regulative Idee politischer Bildung
Schwalbach (Wochenschau) 2010, 430 S., 42,80 €

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Dissertation, die darauf zielt, die Verbindung zwischen Humor und pädagogischer Professionalität auf eine breitere theoretische Basis zu stellen. Konkret geht es um die Frage, »inwiefern der Humor als Weltperspektive, Persönlichkeitseigenschaft und didaktisches Prinzip dazu beitragen kann, eine demokratische politische Erwachsenenbildung philosophisch, ethisch und didaktisch zu orientieren«. Hierzu wird der Professionsbegriff handlungstheoretisch entworfen und Professionalität mit Kompetenz in Verbindung gebracht. Daran anschließend relativiert der Autor drei Konzepte, um sein theoretisches Vorhaben zu realisieren. Mithilfe des Kritischen Rationalismus und des Konzeptes der Offenen Gesellschaft von Karl R. Popper wird die gesellschaftliche Dimension für die politische Bildung markiert. Die Emanzipation des Individuums, Pluralismus, das freie Ringen um und das kritische Prüfen von Positionen und Lösungswegen, die Ablehnung von Dogmatismen werden als grundlegend für die politische Bildung dargestellt. Mit Martin Bubers dialogphilosophischem Konzept wird auf die andragogische Kompetenz des Lehrenden fokussiert. Der Dialog als Hilfe zur Menschwerdung und die Beziehung als Realisierung von Entwicklungsmöglichkeiten durch das gegenseitige Geben und Nehmen stehen im Mittelpunkt. Beide Konzepte gelten als Orientierungsfolie für Professionalität in der politischen

Bildung im Sinne einer Gesellschafts- und Subjektorientierung. Mithilfe des Konzepts des »Großen Humors« des dänischen Philosophen und Psychologen Harald Hölldings werden begriffliche Präzisierungen zum Humor vorgenommen. Der »kleine Humor« umfasst Scherz, Witz, Ironie, Satire oder gar Hohn. Der »Große Humor« hingegen kennzeichnet sich durch Relationierungs- und Interaktionsfähigkeit sowie Resilienz gegenüber Ambivalenzen und antinomischen Spannungen. Er ist ein herrschendes Gesamtgefühl, reflexiv, sympathisch, intellektuell. Die pädagogischen Wirkmöglichkeiten, die daraus entspringen, sind: Fehler- und Kommunikationskultur, optimaler Umgang mit Lob und Kritik, Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstrelativierung, Burn-out-Schutz, Ambiguitätstoleranz, Resistenz gegen Vereinfachungen.

In zwei weiteren Kapiteln wird Humor aus der Sicht von Theoretikern und Lehrenden der politischen Erwachsenenbildung erläutert. Dazu erfolgen Literaturstudien und Experteninterviews. Schließlich werden der Kritische Rationalismus, das Dialogprinzip und der »Große Humor« mit Blick auf Professionalität verbunden. Humor wird als Grundton einer humanistisch-aufgeklärten Bildungsarbeit markiert und als Teil eines Kompetenzprofils. Humor ist nach Auffassung des Autors auch dort wichtig, wo Lernende mit all ihren Hürden, Schwächen, Fehlern und Unfertigkeiten auf dem Weg sind. Humor dient sozusagen der Bewältigung von Interaktionsanforderungen. Von dort aus stellt sich dann die Frage, ob Humor lernbar ist, was vom Autor bejaht wird, und zwar mithilfe von Biografiearbeit, Seminaren und im Rahmen erwachsenenbildnerischer Ausbildung.

Mit der Auswahl der drei Konzepte und deren Verknüpfung gelingt es dem Autor, ein zunächst in sich konsistentes Professionalitätsverständnis für die politische Bildung zu konturieren, das theorie- und praxisbezogen ausgerichtet ist. Auch das Heranziehen des Konzepts des »Großen Humors« erlaubt eine vertiefte Reflexion der Bedeutung von Humor in der Bildungsarbeit und kann für all jene eine interessante Reflexionsfolie darstellen, die didaktisch mit Ansätzen des »kleinen Humors« arbeiten, also mit Witzen, Anekdoten und Karikaturen, um die Bildungspraxis lebendig zu gestalten. Die Fokussierung auf die politische Bildung ist nicht ganz überzeugend, denn die pädagogische Arbeit verläuft grundsätzlich im Spannungsfeld Individuum und Gesellschaft. Das Herausfordernde der politischen Bildung in der Gegenwart wird – abgesehen von Hinweisen zur Politikverdrossenheit – wenig beleuchtet, also weder im Blick auf die komplexen Problemlagen globaler, sozialer oder ökologischer Natur noch auf die daran anknüpfenden didaktischen Fragen der Bearbeitung. Die Funktion von Humor vor diesem Hintergrund zu erörtern wäre interessant und zeitgemäß gewesen. Ob Humor lehrbar und lernbar ist, bleibt eine vage Hypothese. Eine Hilfe für den Leser wäre gewesen, den Band didaktisch ansprechender aufzubereiten, beispielsweise durch Zusammenfassungen und gestalterische Elemente. Das soll aber die Leistung nicht schmälern. Das Buch sei all jenen empfohlen, die sich mit Humor im Kontext von Bildung vor allem theoretisch in vertiefter Weise beschäftigen wollen.

Tilly Miller

AFRIKA

Helmut Strizek

Clinton am Kivu-See – Die Geschichte einer afrikanischen Katastrophe

Frankfurt/M. u.a. (Peter Lang) 2011, 408 S., 39,80 €

Afrika gilt gemeinhin, wenn nicht gerade Katastrophenmeldungen (wie jetzt zu Somalia) die Öffentlichkeit erreichen, als der »vergessene Kontinent«. Auch die Erwachsenenbildung und politische Bildung tun sich schwer, den afrikanischen Ländern, in denen mittlerweile eine Milliarde Menschen leben, angemessene Aufmerksamkeit zu schenken. Als Anfang 2011 die Aufstände in Nordafrika die hiesige Öffentlichkeit alarmierten, wunderte man sich allgemein, was es dort unten alles gibt und dass die Bevölkerung dieser Länder nicht, wie man früher von Experten erfahren hatte – paradigmatisch: Dan Diner, »Die versiegelte Zeit« –, in komplette Lethargie verfallen war. An solchen schematischen Expertisen ist kein Mangel, auch nicht an merkwürdigen Problematisierungen (vgl. die Vorstellung von Afrika-Materialien in EB 2/05). Harald Welzer ordnete z.B. in seinem viel beachteten Buch »Klimakriege« von 2008, das auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist, den »Völkermord in Ruanda« unter der Rubrik »Ökozide« ein, obwohl er selber eingestehlt, dass das Massaker »nicht das Ergebnis eines Klimakrieges« war; es gehe aber »auch nicht auf politische und soziohistorische Fakten allein zurück«. Irgendwie soll es das Resultat einer übergreifenden »genozidalen« Tendenz sein, der allein eine »Katastrophensoziologie« auf die Spur zu kommen vermag.

Vorherrschend ist in Deutschland allerdings eine andere Deutung von Massenmord und Massensterben in Ruanda/Kongo Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts, also vom »Ersten Weltkrieg Afrikas«, wie die US-Außenministerin Albright

Bildung tut sich schwer, den afrikanischen
Ländern angemessene Aufmerksamkeit
zu schenken.

die Vorgänge bezeichnete. Demnach musste sich eine Tutsi-Guerilla unter Paul Kagame Anfang der 90er-Jahre aufmachen, um das extremistische Hutu-Regime in Ruanda zu stürzen, weil es einen Völkermord an den Inlands-Tutsi vorbereitete, der dann trotz Eingreifen der Rebellen 1994 stattfand; schützen konnte die ruandische Bevölkerung keiner, auch die Völkergemeinschaft nicht, die gerade mit anderen Dingen befasst war; als Wiedergutmachung gab es dann ein internationales Tribunal in Arusha zur Aburteilung der Täter des inzwischen offiziell anerkannten »Völkermords« sowie die Erlaubnis für ruandische Rachefeldzüge in den Ostkongo, die die geflüchteten Mörderbanden ausräuchern sollten. Helmut Strizek, der bereits Anfang der 1980er-Jahre als EU-Beauftragter in Ruanda tätig war, greift mit seiner Studie diese »offizielle Version« frontal an. Die Hauptlinien seiner Analyse sind – auch wenn er mit einigen Vermutungen und Insiderinformationen operiert – sorgfältig belegt, die Bilanz ist bestürzend.

Sie widerlegt erstens die Behauptung, der Westen, allen voran die Amerikaner, wäre damals nicht über die Einzelheiten informiert gewesen und habe weggeschaut. Die US-Außenpolitik, das schreibt auch der militärische Leiter der damaligen UN-Mission in Ruanda, Romeo Dallaire, in seinen Erinnerungen (vgl. EB 2/08), war über alle Details informiert. Strizek weist minutiös nach, wie das State Departement, aber auch amerikanische Berater, Diplomaten, Hilfsorganisationen oder Lobbygruppen die Kontrolle innehatten, und er zeigt zweitens, dass sich die Amerikaner, beginnend mit der Ankündigung einer »neuen Weltordnung« durch Präsident Bush sen. 1990, in Afrika aktiv einmischten. Sie stellten damit alte Partnerschaften, vor allem Zuordnungen der lokalen Machthaber zur frankofonen europäischen Aufsicht, infrage, konnten aber, da die Franzosen und in ihrem Gefolge auch die anderen europäischen Mächte mitspielten, eigene Pläne zum Regime Change und zu Stabilisierung politischer Herrschaften in Gang setzen – Vorhaben, die im Bereich der Großen Seen gleichzeitig die Destabilisierung bestehender Regime einschlossen, wenn dies für die von der Clinton-Administration identifizierten »neuen Führer Afrikas« von Nutzen war. Davon profitierten Museveni, der Staatschef Ugandas, und der von dort aus operierende Rebellenchef Kagame, der mit US-Genhmigung Ruanda in einen Bürgerkrieg stürzte, nachdem er die Bildung einer nationalen Koalitionsregierung torpediert hatte. In der Folge kam es zu gigantischen Flüchtlingsbewegungen und, entlang dem aus der Kolonialzeit überlieferten rassistischen Hutu-Tutsi-Konstrukt, zu Massakern an Hundertausenden Inlands-Tutsi, aber auch an Hutu. Jede der mörderischen Parteien agierte von einem politisierten Standpunkt der Vergeltung aus: Mit dem Tode bestraft wurden diejenigen, die qua Volks(gruppen)-zugehörigkeit oder Verrat an ihr für die nationale Katastrophe haftbar gemacht wurden.

Strizek zeigt drittens, dass der Sieg des Tutsi-Regimes zu einer gigantischen Flüchtlingsbewegung vor allem in den Ostkongo führte, was für die Anrainer den Ansatzpunkt zu einem regionalpolitischen Neuordnungsversuch und zum Zugriff auf die wirtschaftlichen Potenzen des Kongo bildete. Wiederum mit US-Unterstützung konnte der Regimewechsel in Zaire vollzogen, neue Potentaten inthronisiert und das Feindbild extremistischer Hutu-Milizen, die in ihren ostkongolesischen Lagern die Fortsetzung des Völkermords planten, etabliert werden – eine Entscheidung, an der übrigens auch die deutsche Außenpolitik beteiligt war. In den folgenden drei Kongo-Kriegen kam es zu einer mörderischen Bereinigung dieser Lage. Jedoch duldeten die Amerikaner letztlich nicht die »Balkanisierung« des Kongo und wiesen Ruanda in seine Schranken. Das Kagame-Regime wurde so in seinen regionalen Ambitionen zurückgestutzt, konnte aber einen wichtigen Erfolg verbuchen: Alle Schuld wurde und wird dem alten Regime bzw. der ehemaligen Interimsregierung und deren Willen »zur Vernichtung der Inlands-Tutsi« zugewiesen. »Diese Version der Machtlosigkeit vor dem Tötungswillen der Hutu-Völkermörder wurde Staatsdoktrin der westlichen Welt und diente dem Arusha-Gericht als Arbeitsgrundlage« (Strizek).

Johannes Schillo

ZEITGESCHICHTE

Helge Lehmann

Die Todesnacht in Stammheim – Eine Untersuchung. Indizienprozess gegen die staatsoffizielle Darstellung und das Todesermittlungsverfahren
Mit Dokumenten-CD. Bonn (Pahl-Rugenstein) 2011, 237 S., 19,90 €

Wie wenig beim Kampf gegen den Terror das offizielle Feindbild mit der wirklichen Praxis bewaffneter Staatsfeinde und ihrer Bekämpfung übereinstimmt, hat 2011 die Erschießung Bin Ladens gezeigt: Kaum war der weltweiten antiamerikanischen Verschwörung namens Al Kaida, vor der man sich seit zehn Jahren gruseln soll, der Kopf abgeschlagen, wurde dem Publikum mitgeteilt, dass sich an der Bedrohungslage nichts geändert habe, der Krieg in Afghanistan natürlich weitergehen müsse, eine Verlängerung der Antiterrorgesetze gebraucht werde etc. Die beim War on Terror sichtbar gewordenen Manipulationen der öffentlichen Stimmung – siehe die Anthrax-Fälle in den USA oder die Konstruktion einer Islamismus-Atomwaffen-Connection bei der US-Kriegsvorbereitung gegen den Irak – irritieren natürlich aufgeweckte Zeitgenossen, führen aber leider immer wieder zu Varianten oder Zerrbildern der offiziellen Verschwörungstheorien, wie sie von den Mächtigen der »freien Welt« ausgegeben und als ständiger Kampf der Guten gegen die Bösen ausgemalt werden. Kritischer Bürgersinn ergeht sich dann, siehe WikiLeaks, endlos in dem Bedürfnis, hinter die Kulissen zu blicken ...

»Es gibt immer eine offizielle und eine inoffizielle Version«, lautet auch das Credo von Helge Lehmann, nach eigener Auskunft bis zum Sommer 2006 ein unpolitischer Mensch, der sich als Urlaubslektüre Stefan Austs (mittlerweile mehrfach aufgelegten und umgearbeiteten) »Baader-Meinhof-Komplex« einpackte und dann beim Lesen aus dem Staunen und Zweifeln nicht mehr herauskam. Das hatte zur Folge, dass aus dem unpolitischen IT-Spezialisten, Jahrgang 1964, ein freiberuflicher Zeithistoriker und Hobbykriminalist wurde. Sein Buch dokumentiert das Bemühen eines Amateurs, sich Aufschluss über die Zeitgeschichte zu verschaffen, und belegt als Erstes die erstaunliche Tatsache, dass fast 40 Jahre nach dem Deutschen Herbst mit seiner inszenierten Terrorismushysterie (»Krieg der 60 gegen 60 Millionen«) entscheidende Aktenbestände immer noch unter Verschluss sind und vieles nur selektiv freigegeben wird. Ähnlich wie bei der Neuauflage des Buback-Prozesses zeigt sich, dass damals wie heute über Staatsfeinde à la Baader/Meinhof politisch-fundamentalistisch geurteilt wird, ohne dass ein ernsthaftes Interesse an juristisch sauberer Klärung oder strikter Rechtsstaatlichkeit bestünde. Das Buch dokumentiert zweitens – und deshalb lohnt sich die Befassung mit diesem eher unbeholfen zusammengestellten Materialpaket –, dass der hochgelobte investigative Journalismus in Deutschland ein Witz ist. Als am Morgen des 18. Oktober 1977 die toten RAF-Terroristen im Stammheimer Gefängnis aufgefunden wurden, meldete dpa, noch bevor

die ärztliche Todesfeststellung abgeschlossen war, auf Anweisung des Krisenstabs: »Baader und Ensslin haben Selbstmord begangen.« Diese Linie, jenseits der Tatsachenbeurteilung politischen Vorgaben zu folgen, hat der deutsche Journalismus bei sensiblen Staatsschutzfragen im Grunde seit 1977 beibehalten. Wie es möglich sein konnte, dass trotz totaler Kontakt-/Nachrichtensperre und ständiger Körperkontrollen Waffen und Munition in die streng bewachte Isolierstation in Stuttgart-Stammheim gelangten, wie sie dort bei häufigen Zellenwechseln und -durchsuchungen versteckt werden konnten, wie ein elektronisches Kommunikationssystem der Häftlinge funktioniert haben soll, ohne vom komplementären Abhörsystem erfasst zu werden, wieso keiner die Schüsse hörte, wo doch schon eine Etage tiefer die Toilettenspülung die anderen Inhaftierten störte, wie die seltsamen Spuren, vergessenen Untersuchungen und sonstigen Ungereimtheiten zu erklären sind – all das hat den deutschen Journalismus nie wirklich interessiert.

Stattdessen hat sich mit Aust, dem früheren Kollegen und Bewunderer Ulrike Meinhofs und späteren Spiegel-Chefredakteur, eine Autorität etabliert, die eigenen Vermutungen und Interpretationen ins Geschehen projiziert, alle Jahre nach neuen Aktenfunden die Ablaufschilderung variiert, Aufklärung durch pseudokritisches Nachfragen ersetzt und mit der populärisierten Fassung einer sozialpsychologischen Deutung des Gruppenexperiments Baader-Meinhof – massenwirksam mit dem Erfolgsfilm des deutschen Erfolgsproduzenten Bernd Eichinger in Szene gesetzt – die offizielle Lesart durchsetzt. Dass dieses Deutungsmonopol infrage gestellt wird, ist zweifellos ein Verdienst von Lehmans Schrift, die ansonsten auch nicht recht weiterweiß, aber, statt aus der Differenz von Feindbild und realer Feindschaftserklärung politische Schlüsse zu ziehen, wieder ein paar der handelsüblichen Verdächtigungen in Richtung Geheimzirkel loswerden will.

Johannes Schillo

POLITISCHER ROMAN

Marc Dugain

Der Fluch des Edgar Hoover. Roman

Aus dem Französischen von Michael Kleeberg. Frankfurt/M. (Frankfurter Verlagsanstalt) 2007, 400 S., 18,80 €

Eine »Biographie des vermutlich einflussreichsten und zugleich umstrittensten Mannes der US-Geschichte des 20. Jahrhunderts« (Klappentext) hat der Franzose Marc Dugain mit seinem Roman über den FBI-Direktor J. Edgar Hoover vorgelegt (Originalausgabe: »La malédiction d'Edgar«, 2005). Und in der Tat, hier geht es weniger romanhaft, dafür mehr biografisch bemüht zu. Der Haupteinfall des Autors besteht in der Fiktion, Clyde Tolson, der zweite Mann des FBI und langjährige Lebensgefährte Hoovers, habe Aufzeichnungen zu (oder aus) den Jahren 1932 bis 1972 hinterlassen. Im Grunde bedient sich das Buch, weit gehend korrekt, bei der biografisch

und zeitgeschichtlich orientierten Aufarbeitung von McCarthy-Ära und Kaltem Krieg, die bereits diverse US-Autoren (siehe die Vorstellung von James Ellroys US-Underworld-Trilogie in EB 3/10) zu verwegenen, verschwörungstheoretischen Ergüssen motiviert hat.

Konsens der linksliberalen Vergangenheitsbewältigung, die unter Obama gewissermaßen das Gütesiegel nationaler Ge-wissenserforschung erhielt, ist die Vorstellung von einem totalitären US-Regime der Nachkriegszeit: In den USA wurden Hexenjagden auf Außenseiter, Kritiker, Unangepasste betrieben, Zivilcourage war hochriskant und in der Schaltzentrale der Macht saß eine graue Eminenz – der ein halbes Jahrhundert amtierende FBI-Direktor, der das Privat-, vor allem Sexualleben der Prominenten bespitzelte und mit seinen Insiderkenntnissen die demokratischen Machthaber erpresste. Im Sinne der neueren investigativen Arbeiten wird bei Dugain Präsident Kennedy allerdings nicht mehr als Lichtgestalt einem Gestapo-Hoover entgegengesetzt; die US-Politik erscheint vielmehr als ein durch und durch korruptes Gebilde, gesteuert von Mafia-, Geheimdienst- und Business-Machenschaften.

Der dokumentarische Roman verwendet für sein Psycho-gramm natürlich Hoovers »Kernkomplex«, die unterdrückte, schlecht kaschierte Homosexualität eines Mannes, der beruflich wie öffentlich mit schärfster Homophobie agierte. Und diese persönliche Tiefendimension (über die bereits bei Truman Capote oder William S. Burroughs gewitzelt wurde) soll den Schlüssel zur erzählten Zeitgeschichte liefern: Wer sich selbst unterdrückt, entwickelt auch eine repressive Haltung ge-

genüber anderen Menschen. So erscheinen Hoovers politische Rolle, sein bürokratischer Wahn, seine rassistischen Vorurteile gegenüber Juden oder Farbigen, sein politischer und weltanschaulicher Manichäismus als psychologisches Problem, etwa im Sinne von Heitmeyers Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in dem die sexistischen, rassistischen und sonstigen Stereotype alle irgendwie miteinander zusammenhängen.

Ein solcher individualpsychologischer Zugang zu der Zeit des Kalten Kriegs ist jedoch nicht haltbar. Wenn überhaupt, dann handelte es sich um die Psychopathologie einer Epoche, wobei die individuelle Ausgestaltung der Triebstruktur eine große Bandbreite aufwies. John F. Kennedy, der Hoovers politische Ressentiments in entscheidenden Punkten teilte, war z.B. privat dessen Gegenteil, er lebte seine Sexualität hemmungslos aus. Man könnte als Romanleser solche theoretischen Schieflagen ignorieren, würde Dugain nicht seinem fiktiven Erzähler ausgesprochen viel an analytischem Durchblick gönnen: Tolson, ein altgedienter FBI-Apparatschik, schreibt über den Antikommunismus der Vergangenheit so, als wollte er im Proseminar die Sündenbocktheorie erläutern und dem Publikum von heute die längst verflossene rote Gefahr plausibel machen – ein Anachronismus, der auch bei Ausdrücken wie »Gutmensch« ins Auge springt. Vielleicht hätte der Autor sich mehr Fiktion erlauben sollen, statt auf seriös zu machen, und aus dem legendären Foto, mit dem die Mafia Hoover erpresste, zündende Einfälle herausschlagen sollen. Oder er hätte besser gleich ein Sachbuch geschrieben, statt sich auf den schlüpfrigen Pfad der Politfiktion zu begeben ...

Johannes Schillo

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DIESES HEFTES

Prof. Dr. Karl-Heinz Breier, Universität Vechta, Postfach 1553, 49364 Vechta; Marco Düsterwald, Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln; Dr. Oliver Hidalgo, Universität Regensburg, Institut für Politikwissenschaft, 93040 Universität Regensburg; Kurt Koddenberg; Erzbistum Köln, Stabsstelle Überregionale Projekte und Aufgaben, Marzellenstraße 21, 50668 Köln; Jan-Philipp Küppers, Körnerstraße 4, 24103 Kiel; Prof. Dr. Torsten Oppelland, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiss-Straße 3, 07737 Jena; Markus Schuck, Aksb – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Heilsbachstraße 6, 53123 Bonn; Prof. Dr. Harald Schwilus, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Katholische Theologie und ihre Didaktik, 06099 Halle (Saale)